



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Entbürokratisierung für die Kommunen

Konstituierende Sitzung des neuen KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses

Der Krieg in der Ukraine sowie das Thema „Entbürokratisierung für die bayerischen Kommunen“ standen im Mittelpunkt der Konstituierenden Sitzung des neuen KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Hierzu hieß Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle den Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung, und designierten Vorsitzenden des neuen bayerischen Normenkontrollrats Walter Nussel, MdL, willkommen.

Rößle erläuterte zunächst die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die bayerischen Kommunen. Er nannte es ein gutes Zeichen, dass der Freistaat

Mit Blick auf das vor ca. fünf Jahren vom damaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer ins Leben gerufene, in dieser Form bundesweit einmalige Amt des Beauftragten für Bürokratieabbau, unterstrich Rößle die Wichtigkeit von Vereinfachungen und Entbürokratisierung des Förderwesens für die bayerischen Kommunen.

Zuviel Aufwand bei den Antragsverfahren

Die Masse an Förderprogrammen und diverse Fördervoraussetzungen machten es oftmals hochkomplex und sehr aufwändig, Förderanträge zu stellen. Damit sei ein nicht unerheblicher zusätzlicher Personalaufwand seitens der Kommunen notwendig.



13. Bayerisches EnergieForum: Power für Bayerns Kommunen!

Bürgerhaus Garching bei München, 2.6.2022

Am 2. Juni 2022 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum großen Info-Tag für kommunale Entscheider. Im Bürgerhaus Garching treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Zum 13. Mal heißt es „Power für Bayerns Kommunen!“

Informationen unter www.bayerisches-energieforum.de



8. Bayerisches WasserkraftForum: Wasser. Kraft. Bayern.

Stadthalle Gersthofen, 20.7.2022

Am 20. Juli 2022 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zu ihrem 8. Bayerischen WasserkraftForum in die Stadthalle nach Gersthofen ein. In Zeiten großer Energieknappheit wird es wichtiger denn je grundlastfähige, CO2-freie und nachhaltige eigene Energiequellen zu nutzen.

Informationen unter www.bayerisches-wasserkraftforum.de

wendig. Unterschiedliche Förderprogramme von Land, Bund und Europäischer Union mit unterschiedlichen Fördervoraussetzungen täten ihr Übriges.

Vereinfachung des Förderwesens

Walter Nussel verwies darauf, dass die tatsächliche bürokratische Belastung, die aus einer neuen Gesetzgebung resultiere, meist erst später und besonders bei den Kommunen und ausführenden Behörden zu Tage

trete. Er sprach sich klar für eine Vereinfachung des Förderwesens aus und betonte zudem die Notwendigkeit der schnellen Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes in den Kommunen.

Bayerischer Normenkontrollrat

Was den neugeschaffenen bayerischen Normenkontrollrat angeht, so soll dieser laut Nussel die Zuständigkeiten der verschiedenen Ministerien und (Fortsetzung auf Seite 4)



Bild: Bayerischer Landtag / Rolf Poss

Landtagspräsidentin Ilse Aigner:

Nachhaltigkeitspakt Medien Bayern

Gemeinsam mit BLM-Präsident Dr. Thorsten Schmiede initiiert die Präsidentin des Bayerischen Landtags, Ilse Aigner, den Nachhaltigkeitspakt Medien Bayern. Ziel des Netzwerks aus verschiedenen privatwirtschaftlichen Unternehmen, dem Bayerischen Rundfunk und Wissenschaftlern ist die nachhaltige Gestaltung der Medienwirtschaft.

„Medien sind Dienstleister für die Demokratie – der verbindende Ansatz von gesellschaftlicher und ökologischer Nachhaltigkeit ist das, was wir aktuell brauchen“, erklärte Aigner. Gemeinsam mit dem Präsidenten der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), Dr. Thorsten Schmiede, lud die

Landtagspräsidentin relevante Akteurinnen und Akteure aus Medienbranche und Wissenschaft an einen Runden Tisch im Bayerischen Landtag ein. Ziel des geplanten Netzwerks ist es, aktiv an der Gestaltung einer nachhaltigen Medienwirtschaft mitzuwirken. Die Landtagspräsidentin hat die Schirmherrschaft der Initiative übernommen, der BLM-Präsident fungiert als Koordinator.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Walter Nussel. Bild: Rolf Poss

Bayern hier schnell und unbürokratisch mit einer Milliarde Euro unterstütze.

Mehr Unterstützung vom Bund gefordert

An die Adresse des Bundes gerichtet, forderte der Vorsitzende die Bereitstellung weiterer organisatorischer und finanzieller Unterstützung, um die Kriegsflüchtlingskrise bewältigen zu können. Die drängendsten Herausforderungen reichen von der Unterbringung der Flüchtlinge bis hin zu personellem Mehraufwand für die Kommunen. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU veröffentlichte hierzu ein Positionspapier mit zehn Forderungen zum Krieg in der Ukraine (siehe Kasten auf Seite 4).



Die Preisträger der Bayerischen Landesstiftung mit Staatsminister Albert Füracker (4.v.l.).

Bild: stmfh

Preise der Bayerischen Landesstiftung:

Für eine lebenswerte Heimat

Für hervorragende Leistungen auf kulturellem und sozialem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes wurden die Preise der Bayerischen Landesstiftung vergeben. Allein im Jahr 2021 hatte die Bayerische Landesstiftung für Kultur- und Sozialprojekte im Freistaat ein Fördervolumen von rund 19 Millionen Euro. Der Stiftungsrat stellte beispielsweise 918.000 Euro zur Errichtung eines Kinder- und Jugendhospizentrums in Bamberg zur Verfügung, während in Straubing der Wiederaufbau und die Instandsetzung des historischen Rathauses mit 670.000 Euro gefördert wurden.

„Seit nunmehr fast 50 Jahren unterstützt die Bayerische Landesstiftung Menschen, die sich aktiv für unsere Gesellschaft einbringen, dabei ihre Vorhaben umzusetzen.“

Enthusiasmus, viel Herzblut und Ausdauer

Sie ist damit eine wichtige Säule der Förderung von kulturellem und sozialem Engagement in Bayern“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe der Preise fest. „Alle Preisträger haben eine wichtige Gemeinsamkeit: Mit Enthusiasmus, viel Herzblut und Ausdauer setzen sie sich für ihre Ziele ein. Dieser große Einsatz verdient unsere höchste Anerkennung und soll Vorbild zum Nacheifern sein. Die Preise der Stiftung sind eine wichtige Würdigung dieser Arbeit und ein Ansporn für alle, weiterzumachen und dazu beizutragen, dass unsere Heimat lebenswert bleibt“, so Füracker.

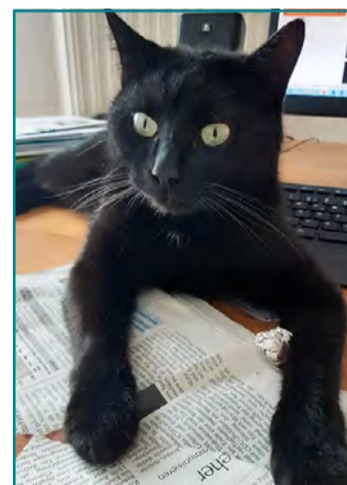
Über den Sozialpreis darf sich „Pfad für Kinder - Landesverband der Pflege- und Adoptivfamilien in Bayern e. V.“ freuen. Seit fast 35 Jahren vereint der Preisträger verschiedenste Organisationen unter einem Dach: Pflege- und Adoptivelterngruppen und Vereine, Familien, Tagespflegeeltern sowie Fachkräfte der Jugendhilfe.

Ansprechpartner

Der Landesverband steht so Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite, ist Ansprechpartner für Gesetzgeber, Behörden sowie Verbände und bringt engagierte Menschen sowie betroffene Familien in zahlreichen Selbsthilfegruppen zusammen.

Ein weiterer Preisträger, der Hospizverein Schwabach, unterstützt und begleitet seit fast 20

Jahren freiwillig und ehrenamtlich Sterbende, Angehörige und Trauernde. Diese wichtigen Erfahrungen in der Hospiz- und Palliativarbeit sind auch wesentlicher Beitrag im Projekt „Zeitintensive Betreuung im Pflegeheim“. Hier setzt sich der Verein für ein menschenwürdiges Dasein für betagte Senioren in (Fortsetzung auf Seite 4)



Die seit neuestem kreativen Wege der Rechtsetzung und dazu noch deren Verkündigungspraxis zu nachtschlafender Zeit irritieren den sich seiner Freiheitsrechte bewussten Rathauskater. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Landtag beschließt 71 Mrd.-Euro-Haushalt	2
Regionalkonferenzen zur aktiven Mitgestaltung der Heimat	2
Unterstützung für innovative Pflegeformen	2
Neues Bayerisches Abgeordnetengesetz tritt in Kraft	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Steigende Bau- und Energiekosten belasten die Kommunen	3
ORH-Jahresbericht 2022	3
Innenminister Herrmann zum Verfassungsschutzbericht 2021	4
Kommunale Bauthemen	5-7
Kommunale Energiethemen	8-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Landtag beschließt 71 Mrd.-Euro-Haushalt

Der Bayerische Landtag hat den Einzelhaushalt für 2022 auf den Weg gebracht. Insgesamt umfasst der Staatshaushalt 71,1 Milliarden Euro und bleibt damit auf dem gleichen Niveau wie 2021. Mit dem Haushaltsplan nimmt die Regierungskoalition neue Schulden in Höhe von 5,8 Milliarden Euro auf. Zudem werden 2,9 Milliarden Euro aus Rücklagen entnommen.

Die Kritik der Opposition, Bayern werde in die Schuldenfalle getrieben, wies Finanzminister Albert Füracker entschieden zurück. Die Staatsregierung stemme nicht nur die Krise, sondern organisiere auch den Aufbruch. Der Haushalt trage den hohen Unsicherheiten über den weiteren Verlauf der Corona-Pandemie, den Ukraine-Krieg und den weiteren Auswirkungen auf den Staatshaushalt des Freistaates Bayern Rechnung. Füracker zufolge weist der Haushalt 11,4 Milliarden Euro an Investitionen und damit eine Investitionsquote von 16 Prozent auf. Dies sei deutlich mehr als in vielen anderen Bundesländern und wegen des absehbar schwächer werdenden Wirtschaftswachstums notwendig. Alle Haushaltsposten seien transparent dargelegt.

Glasfaserausbau

Im Bereich Finanzen und Heimat mit einem Gesamtetat von 3 Milliarden Euro unterstützt die CSU-Fraktion insbesondere den Glasfaserausbau. Hierfür sind 1,6 Mrd. Euro im Haushalt eingeplant. Ein weiterer Schwerpunkt ist der kommunale Finanzausgleich als eigener Posten im Haushalt. Dieser erreicht mit 10,56 Milliarden Euro (+2,4 %) einen neuen Höchststand für

die Förderung von Bezirken, Landkreisen, Städten und Gemeinden.

Staatsregierung – zuverlässiger Partner der Kommunen

Laut Michael Hofmann, Berichterstatter im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zum Fachbereich Finanzen und Heimat, „hat sich die neue Bundesregierung als verlässlicher Partner für die Kommunen verabschiedet, wie man an der mangelnden Unterstützung bei Ausfällen der Gewerbesteuer sieht. Anders macht es der Freistaat Bayern: Auch in schwierigen Zeiten stehen wir an der Seite unserer Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke. Es gibt kein Bundesland, das die kommunalen Ebenen so großzügig ausstattet wie Bayern – und das schon seit vielen Jahren.“

Im Bereich Bildung mit einem Gesamtetat von 14,4 Milliarden Euro setzt sich die CSU-Fraktion für mehr Personal und bessere IT-Ausstattung an den bayerischen Schulen ein. Insgesamt werden 1.250 neue Stellen an den Schulen geschaffen, davon 1.120 Lehrerstellen. 70,1 Mio. Euro werden in die BayernCloud Schule und IT-Administratoren investiert. 16 Mio. Euro werden für das Pilotprojekt „Digitale Schule der Zukunft“ zur Verfügung gestellt.

Beschleunigung der Hightech-Agenda

Mit einem Gesamtetat von 8,4 Milliarden Euro liegt das Augenmerk im Bereich Wissenschaft und Kunst auf der Beschleunigung der Hightech-Agenda (575 Mio. Euro) und der Förderung von Theatern, Museen und Kultureinrichtungen in Bayern. Als Kulturförderung sind 694 Mio. Euro im Haushalt 2022 eingeplant.

Im Bereich Familie und Soziales mit einem Gesamtetat von 7,35 Milliarden Euro (+4,5 %) wird der Schwerpunkt auf die bestmögliche Unterstützung von Familien gesetzt. Die Förderungen für Kindertageseinrichtungen betragen über 2,9 Milliarden Euro. Die Mittel schließen die Betriebskostenförderung,

den Beitragszuschuss, das Krippengeld sowie Mittel für die Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung mit ein.

Mit einem Gesamtetat von 6,7 Milliarden Euro (+1,9 %) im Bereich Inneres steht die Sicherheit im Vordergrund – mit dem Ziel, dass Bayern Deutschlands sicherstes Bundesland bleibt. Wesentliche Bestandteile sind hier der Ausbau des Digitalfunks (110 Mio. Euro) sowie 500 weitere Stellen für Bayerns Polizei.

Im Bereich Wohnen, Bau und Verkehr mit einem Gesamtetat von 4,67 Milliarden Euro liegt der Fokus insbesondere auf einer Offensive für den öffentlichen Nahverkehr. Die Mittel für die Schiene werden auf 1,5 Milliarden Euro erhöht. 80 Millionen Euro sind im Haushalt 2022 für das 365 Euro-Jugendticket eingeplant.

Investitionen in die Sicherheit

Bei einem Gesamtetat von 2,8 Milliarden Euro (+3,1 %) im Bereich Justiz setzt die CSU-Fraktion vor allem auf Investitionen in die Sicherheit: Im Mittelpunkt stehen 120 neue Stellen für Richter, Staatsanwälte und Justizangestellte, die weitere Digitalisierung der Justiz (106 Mio. Euro) und Bauprojekte wie der Neubau des Strafjustizentrums in München oder zwei neue Justizvollzugsanstalten in Passau und Marktredwitz.

Im Bereich Landwirtschaft mit einem Gesamtetat von 1,8 Milliarden Euro (+6,1 %) wird ein Schwerpunkt auf das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) gesetzt, um Anreize für den Arten- und Naturschutz zu geben (196 Mio. Euro). In die Dorferneuerung werden weitere 140 Mio. Euro investiert.

Mit einem Gesamtetat von 1,7 Milliarden Euro (+ 8,3 %) liegt das Augenmerk im Bereich Wirtschaft auf der Hightech-Agenda Plus (gesamt von 2021 bis 2025: 763 Mio. Euro, für 2022: 350,6 Mio. Euro für die Innovationsförderung). Weitere Schwerpunkte sind der Energiebereich mit deutlichem Fokus auf den Klimaschutz und die Förderung der regionalen Struktur und Landesentwicklung.

Im Bereich Umwelt mit einem Gesamtetat von 1,1 Milliarden Euro wird besonderer Wert auf Hochwasserschutz, Landschaftspflege, Artenschutz, Biodiversität und Klimaschutz gelegt. 21 Mio. Euro zusätzlich werden für Moore, Streubst-

wiesen und Landschaftspflegeprogramme eingeplant. In den Bau von Wasserversorgungsanlagen und in die Sanierung von Wasserleitungen werden zusätzlich 45 Mio. Euro investiert.

Viel Geld für die Gesundheitsversorgung

Mit einem Gesamtetat von 885 Millionen Euro im Bereich Gesundheit und Pflege liegt das Augenmerk auf der Gesundheitsversorgung und den Bereichen Pflege und Hospiz. Für das bayerische Landespflegegeld sind 430 Mio. Euro im Haushalt eingeplant. Im Zentrum steht auch die Bekämpfung des Fachkräftemangels. 16 Mio. Euro sind zusätzlich für die Digitalisierung im Gesundheitsbereich vorgesehen.

Im Bereich Digitales mit einem Gesamtetat von 118 Mio. Euro unterstützt die CSU-Fraktion schließlich den weiteren Ausbau der digitalen Verwaltung. 35 Mio. Euro sind dafür im Haushalt eingeplant.

Insgesamt sind Füracker zufolge gezielte Impulse gesetzt worden, um Bayern als Wirtschaftsstandort nachhaltig zu stärken. Bei allen Ausgaben würden Kosten und Nutzen stets bestmöglich abgewogen. Seriöse Planung und effizienter Haushaltsvollzug seien die Grundlage bayerischer Finanzpolitik. So wolle man den bayerischen Staatshaushalt schnellstmöglich wieder ohne neue Schulden aufstellen und die Reduzierung der Schuldenstände angehen. DK

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Holetschek:

Unterstützung für Kommunen bei innovativen Pflegeformen

Erster Fachtag „Innovative Wege zur Pflege“ für Kommunen findet am 26. April statt

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek unterstützt die Kommunen verstärkt beim Aufbau innovativer Pflegeformen. Holetschek betonte: „Mein Ziel ist es, Pflegebedürftigen ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Meist wollen sie möglichst lange in der gewohnten häuslichen Umgebung bleiben. Das zu ermöglichen, ist ein wichtiges Ziel unserer 'Koordinationsstelle Pflege und Wohnen'. Sie trägt dazu bei, individuelle Lösungen zu Wohn-, Pflege und Betreuungsformen zu entwickeln – angepasst an die regionalen Gegebenheiten vor Ort.“

Der Minister fügte hinzu: „Am 26. April veranstaltet die Koordinationsstelle Pflege und Wohnen in München die erste Fachtagung für Kommunen. Dabei macht sie deutlich, wie vielfältig die Wohn- und Pflegeangebote in den bayerischen Kommunen sind. Gleichzeitig wird die Koor-

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Social Media für Kommunen

21. Juni 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Schwierigkeiten mit Personal meistern

22. Juli 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Überall, wo Menschen aufeinandertreffen, kann es knirschen. Kaum eine Bürgermeisterin, kaum ein Bürgermeister hat Erfahrungen in der Personalführung in einer Verwaltung. Viele Anreize, die man aus der freien Wirtschaft einsetzen kann, fehlen im öffentlichen Dienst. Umso mehr kommt es darauf an, die Mitarbeiter*innen bei Laune zu halten. Wie geht das und was kann man tun, wenn Dinge aus dem Ruder laufen?

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Michaela Kaniber und Albert Füracker:

Mitmachen und die Zukunft der Heimat gemeinsam gestalten

Regionalkonferenz Oberbayern Nord am 2. Mai 2022 in Eichstätt
Erste von bayernweit insgesamt acht Regionalkonferenzen

Bayerns Bürgerinnen und Bürger können jetzt noch leichter die Zukunft Bayerns mitgestalten. Im Zukunftsdialog Heimat.Bayern können sie Zukunftsthemen bestimmen und ihre Ideen einbringen.

Möglichkeit dazu gibt es online unter www.heimat.bayern/zukunftsdialog und bei acht Regionalkonferenzen vor Ort.

Den Anfang macht die Regi-

onalkonferenz für die Region Oberbayern Nord am Montag, 2. Mai 2022 von 18 bis 21 Uhr im Alten Stadttheater in Eichstätt.

„Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen sowohl an der Online-Befragung mitzumachen als auch bei der Regionalkonferenz in Eichstätt dabei zu sein. Bringen Sie Ihre Kreativität und Ihr Wissen für unsere Heimat ein, um Bayern gemeinsam noch attraktiver zu machen. Diskutieren Sie mit uns, der Bayerischen Staatsregierung, in Eichstätt die Zukunftsthemen des nördlichen Oberbayerns – es gilt gemeinsam die Zukunft unserer schönen Heimat Bayern zu gestalten!“, so Heimatminister Albert Füracker.

Neben den von den Bürgerinnen und Bürgern vorab genannten regionalen Zukunftsthemen wird in der Regionalkonferenz in Eichstätt das Thema „Bayerische Identität: Heimatverbundenheit & Werte“ näher beleuchtet.

Themen für ganz Bayern

„Der Klimawandel, der Flächenverbrauch, der Umbau der Energieversorgung, die Verkehrswende, der demografische Wandel, die Ernährungssouveränität: Diese und weitere Themen beschäftigten die Menschen in ganz Bayern und uns als Staatsregierung. Jede Region muss bei der Umsetzung ganz spezielle Herausforderungen meistern. Auf der anderen Seite hat jede Region auch ganz besondere Qualitäten und Liebenswürdigkeiten, die wir bewahren und unterstützen wollen. In Eichstätt möchten wir uns gemeinsam mit Ihnen über Ihre Ideen und Meinungen zur Zukunft des nördlichen Oberbayerns und unserer Heimat Bayern austauschen. Bayern ist einer der schönsten Flecken auf der Welt – das hindert uns aber nicht, unsere Heimat Stück für Stück noch ein bisschen besser zu machen“, so Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber.

Anmeldung bis 20. April

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich zur Teilnahme an der Konferenz in Eichstätt unter www.heimat.bayern/zukunftsdialog bis 20. April 2022 (Fortsetzung nächste Seite)

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Wunder
96349 Steinwiesen
am 15.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Werner Brandenburger
92369 Sengenthal
am 14.4.

Bürgermeister
Franz Josef Weber
84333 Malgersdorf
am 16.4.

Bürgermeister Thomas Hack
97717 Aura a.d. Saale
am 20.4.

Bürgermeister Josef Klaus
84100 Niederaichbach
am 20.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Dieckmann
83677 Reichersbeuern
am 20.4.

Bürgermeister
Klaus Heilinglechner
82515 Wolftratshausen
am 27.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Christiane Meyer
91320 Ebermannstadt
am 15.4.

Bürgermeister Roland Eichmann
86316 Friedberg
am 27.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Sebastian Hartl
92706 Luhe-Wildenau
am 17.4.

Bürgermeister
Johannes Grebner
97532 Üchtelhausen
am 25.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Neues Bayerisches Abgeordnetengesetz tritt in Kraft

Am 1. April 2022 trat das neue Bayerische Abgeordnetengesetz in Kraft. Durch die neuen Regelungen erhalten die Bürgerinnen und Bürger genaueren Einblick, welchen Tätigkeiten Abgeordnete neben ihrem Mandat nachgehen und welche Einkünfte sie dadurch erzielen. Beträge werden künftig nicht mehr im Stufensystem, sondern betragsgenau ab dem 1. Euro angegeben und veröffentlicht.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Das neue Abgeordnetengesetz leistet einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung größtmöglicher Transparenz. Es zeigt einen breiten demokratischen Konsens im Bestreben, die notwendigen Konsequenzen aus der Maskenaffäre zu ziehen und das Vertrauen in die Arbeit des Parlaments und seiner Abgeordneten wiederherzustellen.“

Die bisherigen sog. „Verhaltensregeln“ wurden komplett neu gestaltet und sind nun in das Abgeordnetengesetz aufgenommen worden. Die Verschärfung des Abgeordnetenrechts wurde am 7. Dezember 2021 mit fraktionsübergreifender Mehrheit – mit den Stimmen von CSU, Freien Wählern, Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und FDP – verabschiedet.

Die bayerische Volksvertretung hat damit eines der strengsten und umfassendsten Abgeordnetengesetze aller Parlamente in Deutschland. Mit Inkrafttreten des Gesetzes haben die Abgeordneten drei Monate Zeit, ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten dem Landtagsamt zu melden. Am 1. Juli 2022 werden die Informationen auf der Homepage des Landtags freigeschaltet. Die Beträge sind dann auf der jeweiligen Seite der Abgeordneten einsehbar.

Die neuen Bestimmungen schreiben den Volksvertretern auch vor, Beteiligungen bereits ab 3 Prozent zu melden (zuvor galt dies ab 25 Prozent). Aus einzelnen Einkünften, die den Betrag von 1.000 Euro nicht übersteigen, können quartalsweise Sammelbeträge angezeigt werden. Soweit die Einkünfte aus Umsatzerlösen bestehen, kann anstatt der Bruttobeträge der Gewinn vor Steuern angezeigt werden. Letzteres ist insbesondere für selbständige Einzelunternehmer relevant.

Grundsätzlich bleiben Nebentätigkeiten möglich, Interessenkonflikte mit dem Mandat sollen aber künftig generell vermieden werden. Die neuen Regelungen schränken deshalb Nebentätigkeiten von Abgeordneten mit der öffentlichen Hand massiv ein. □

ORH-Jahresbericht 2022:

Zwischen Pandemie und Schuldenbremse

Auch für das Haushaltsjahr 2020 bestätigt der Bayerische Oberste Rechnungshof der Staatsregierung eine insgesamt geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung, wie aus dem Jahresbericht 2022 hervorgeht. Die Einnahmen des Jahres 2020 fielen geringer aus als geplant, waren aber noch geringfügig höher als die Ausgaben.

Neben den niedrigeren Steuereinnahmen war dies überwiegend auf die Soll-Ist-Abweichung bei der Schuldenaufnahme zurückzuführen, da für den Sonderfonds Corona-Pandemie anstelle der geplanten 20 Milliarden Euro tatsächlich 7,2 Milliarden Euro neue Kredite aufgenommen wurden. Die Haushaltssicherungsrücklage sank auf 8,6 Milliarden Euro. Der komplette Finanzierungsrahmen 2020 von 78,0 Milliarden Euro setzte sich aus Kreditermächtigungen von 40,0 Milliarden Euro, Gewährleistungsmächtigungen von 26,0 Milliarden Euro und einem Bürgschaftsrahmen von 12,0 Milliarden Euro zusammen.

Kritik am Umgang mit staatlichen Geldern

Mit dem aktuellen Jahresbericht hat der ORH unter anderem 20 Prüfungsergebnisse aus verschiedenen Geschäftsbereichen der Staatsregierung vorgelegt. Der Umgang mit staatlichen Geldern wurde in einer Reihe von Bereichen und Ressorts kritisiert.

Stichwort Neuverschuldung und Corona-Kredite: Der ORH hinterfragt erneut, ob die Neuverschuldung wegen Corona im geplanten Umfang tatsächlich erforderlich ist und ob wirklich nur Dinge damit finanziert werden, die mit der Krise direkt in Zusammenhang stehen. „Der ORH erkennt die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen

der Corona-Pandemie grundsätzlich an, wobei es einen unmittelbaren Verfassungszusammenhang zwischen der Nettokreditaufnahme und der Notlage geben muss“, heißt es in dem Bericht. Eine Ausnahme von der Schuldenbremse sei für Corona-Maßnahmen „grundsätzlich zulässig“. Ungeachtet dessen seien alle Möglichkeiten zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme in Betracht zu ziehen, „da die Grundsätze von Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten sind“.

Zweckentfremdung der Mittel für Pflegekräfte

Ein weiterer Kritikpunkt: 133 Millionen Euro wandte die Staatsregierung zu Beginn der Corona-Krise, von April bis Mai 2020, zur Verpflegung und auch als Anerkennung von Beschäftigten etwa von Krankenhäusern auf. Wesentliche Teile davon wurden jedoch zweckwidrig verwendet, stellte der ORH fest. In mehr als einem Drittel der geprüften Fälle seien die Leistungen nicht den Beschäftigten zugutegekommen, sondern bei den Einrichtungen verblieben.

Da bei dieser Hilfeleistung elementare haushaltsrechtliche Grundsätze außer Acht gelassen wurden, empfiehlt der ORH der Verwaltung, die gewährten Leistungen nun endlich zu überprüfen und gegebenenfalls zurückzufordern.

Innenstaatssekretär Sandro Kirchner:

Stärkung der rettungsdienstlichen Versorgung

Landtag beschließt Novelle des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes Einführung des Telenotarztes und des Notfallregisters

Der Bayerische Landtag hat in Zweiter Lesung die Novelle des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes beschlossen. Laut Bayerns Innenstaatssekretär Sandro Kirchner ist das ein wichtiger Meilenstein: „Wir stärken die rettungsdienstliche Versorgung in ganz Bayern und damit das Patientenwohl. Die Änderungen sind von herausragender Bedeutung für die Zukunft des bayerischen Rettungsdienstes.“

Großen Wert legt Kirchner darauf, dass das Gesetz im Vorfeld eingehend mit den betroffenen Organisationen und Verbänden beraten und abgestimmt wurde. Es gebe eine breite Unterstützung bei allen am Rettungsdienst Beteiligten. Das neue

Rettungsdienstgesetz tritt am 1. Mai 2022 in Kraft.

Wie der Innenstaatssekretär erläuterte, schafft die Gesetzesänderung die rechtlichen Grundlagen für wichtige Digitalprojekte wie den ‚Telenotarzt‘. Die Telemedizin ermöglicht, per Videoübertragung am Einsatzort und im Rettungswagen schnell auf zusätzliches Expertenwissen zuzugreifen. „Mit dem Notfallregister bringen wir ein weiteres wichtiges und bundesweit einmaliges Vorhaben auf den Weg“, ergänzte Kirchner. „Damit können wir wichtige zusätzliche Erkenntnisse über die Qualität und die Ergebnisse der Patientenversorgung im Rettungsdienst gewinnen.“

Gelöst ist mit der Gesetzesnovelle laut Kirchner auch die konkrete Umsetzung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur sogenannten ‚Bereichsausnahme‘ im Rettungsdienst. Der EuGH hatte entschieden, dass ein europaweites Vergabeverfahren für die Notfallrettung und den Krankentransport nicht mehr verpflichtend ist, wenn die Leistungen von gemeinnützigen Organisationen oder Vereinigungen erbracht werden. „Wir unterstützen damit ausdrücklich den verstärkten Einsatz von ehrenamtlichen Kräften.“

Unterstützung ...

(Fortsetzung vo Seite 2) anmelden. Neben einem Impulsvortrag und einer hochrangigen Diskussionsrunde werden im Rahmen der Veranstaltung auch bekannte Persönlichkeiten als Botschafter „Heimat.Bayern“ ausgezeichnet. Sollten die vorgesehenen Plätze nicht ausreichen, werden die Teilnehmer im Rahmen eines Losverfahrens ausgewählt.

Mitmachportal

Unabhängig von einer Teilnahme an der Regionalkonferenz können Bürgerinnen und Bürger in einem Mitmachportal unter www.heimat.bayern/zukunftsdialog Themen bestimmen sowie Ideen, Meinungen und Fragen einbringen. Auf dieser Seite können Interessierte weitere Informationen und alle Termine zum „Zukunftsdialog Heimat.Bayern“ einsehen. □

Finanzierungsstau

Mit 600 Millionen Euro jährlich fördert der Freistaat den kommunalen Bau von Schulen, Kindertageseinrichtungen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen. Der ORH stellte jedoch fest, dass zahlreiche Förderverfahren nicht anhand der Vorgaben und damit zu lax angegangen wurden. Deswegen übersteigt das Volumen für kommunale Maßnahmen, die erstmals gefördert wurden, die im Haushaltsplan vorgesehenen Ansätze massiv. Allein in den letzten beiden Jahren hat sich dadurch ein enormer Finanzierungsstau aufgebaut, den das Finanzministerium selbst auf 350 Millionen Euro beziffert.

Zur Stärkung der Region hat das Landwirtschaftsministerium das Steigerwald-Zentrum und den Baumwipfelpfad Steigerwald gefördert. Die Umsetzung der beiden Projekte führte zu deutlich höheren finanziellen Belastungen als geplant und – trotz staatlicher Förderungen – zu Defiziten in Millionenhöhe. Der ORH empfiehlt deshalb eine umfassende Evaluierung und grundlegende konzeptionelle Neuausrichtung beider Einrichtungen.

Die Mittel zur Verbesserung der Studienbedingungen betragen inzwischen fast 200 Millionen Euro jährlich; sie werden seit Jahren nicht mehr entsprechend der oft sehr unterschiedlichen Entwicklung der Studierendenzahlen jeder Hochschule ausgereicht. Dabei waren diese staatlichen Zuschüsse dazu gedacht, die zum Wintersemester 2013/14 entfallenen Studienbeiträge auszugleichen, die Studierende an ihre Hochschule zu zahlen hatten. Der ORH empfiehlt daher, bei der Verteilung der Studienzuschüsse künftig die Entwicklung der jeweiligen Studierendenzahlen und den daraus resultierenden Bedarf der einzelnen Hochschulen zu berücksichtigen.

Zielsetzung der BayernHeim GmbH

Der Freistaat gründete 2018 die BayernHeim GmbH mit dem Ziel, dass diese 10.000 Mietwohnungen bis 2025 für untere und mittlere Einkommensgruppen vorrangig auf staatlichen Grundstücken neu schafft. Die BayernHeim GmbH hat mehr als drei Jahre nach Gründung noch



GZ KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die Auftragsbücher der Baubranche sind voll. Die hohen und stark schwankenden Materialkosten erschweren es den Betrieben zusätzlich verbindliche Angebote unterbreiten zu können. Dies trifft insbesondere unsere Kommunen, die durch langwierige Vergabeverfahren bei der Umsetzung kommunaler Projekte wenig Gestaltungsspielraum haben. Die KPV macht sich hier für eine spürbare Vereinfachung der Vergabeverfahren stark.

Die Unternehmen in der Baubranche sind neben der zu hohen Nachfrage auch noch Lieferwierigkeiten ausgesetzt. Daher sind einige Firmen gar nicht in der Lage an zeitaufwändigen Ausschreibungen öffentlicher Träger teilzunehmen. Zugleich ist ein Ende des Booms in der Baubranche derzeit noch nicht absehbar.

Mit der Corona-Pandemie stieg auch der zusätzliche Kostendruck auf die kommunalen Haushalte. Durch die wirtschaftlichen Auswir-

kungen der Pandemie sowie des aktuellen Krieges in der Ukraine werden die veranschlagten Kosten für Ausschreibungen teils massiv überschritten. Dies belastet nicht nur die kommunalen Haushalte stark, sondern sorgt teilweise dafür, dass wichtige Investitionen verschoben werden müssen oder im Extremfall gar nicht mehr getätigt werden können.

Der Krieg in der Ukraine wirkt dabei wie ein Brennglas. Die stark steigenden Energie- und Spritpreise bedeuten größere Belastungen für private und öffentliche Haushalte.

Höhere Sozialausgaben, z. B. durch die Unterbringung von Kriegsflüchtlingen, stellen uns Kommunen vor zusätzliche Herausforderungen. Die Bayerische Staatsregierung hat hier schnell gehandelt und in einem ersten Schritt eine Milliarde Euro bereitgestellt, um den bayerischen Kommunen bei der Versorgung der Kriegsflüchtlinge zu helfen.

Für die KPV ist dabei klar: Die Unterstützung der Kommunen darf nicht allein die Aufgabe des Freistaats sein. Der Bund muss jetzt schnell handeln und unbürokratische Hilfen ermöglichen sowie endlich für eine koordinierte Flüchtlingsverteilung in Deutschland sorgen.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

KPV: Steigende Bau- und Energiekosten belasten Kommunen

keine Wohnung selbst neu geschaffen. Stattdessen hat sie nur wenige Wohnungen erworben, die ohnehin errichtet worden wären. Mit dem Ankauf von Wohnungen, die bereits den Bestimmungen der staatlichen Wohnraumförderung unterliegen, verfehlt die BayernHeim GmbH ihre Zielsetzung, Wohnraum neu zu schaffen.

Nachfolgenutzung für Kloster-Pavillon

Für die Landesausstellung 2018 wurde im Garten des Klosters Ettal für knapp 600.000 Euro ein Pavillon in Holzbauweise errichtet. Eine Nachfolgenutzung war beabsichtigt, konnte aber bis heute nicht realisiert werden. Im Interesse einer effizienten Verwendung der eingesetzten staatlichen Mittel empfiehlt der ORH allen beteiligten Stellen des Staates, dazu zeitnah gemeinsam mit der Abtei Lösungsansätze zu entwickeln.

Teure elektronische Zahlungsabwicklung.

58 Cent kostete von 2017 bis 2020 im Durchschnitt jeder Euro, den der Freistaat elektronisch für staatliche Verwal-

tungsleistungen eingenommen hat – das ist die bisherige ernüchternde Bilanz dieser elektronischen Zahlungsabwicklung. Der ORH stellte fest, dass dabei in diesem Zeitraum nur 2,7 Millionen Euro elektronisch eingenommen wurden; die Kosten betragen 1,6 Millionen Euro. Insgesamt belaufen sich die Kosten für das seit 2007 sehr schlepplend umgesetzte staatliche ePayment-System auf mittlerweile 3,5 Millionen Euro. Bisher bieten insgesamt nur sechs Behördenzweige diese internetgestützte Bezahlmöglichkeit in ihren Webseiten oder Webshops an. Das Potenzial des ePayments wird damit bei weitem noch nicht ausgeschöpft, meint der ORH.

Mängelliste beim Maßregelvollzug

Der Maßregelvollzug soll die Besserung und Sicherung von bestimmten Straftätern in psychiatrischen Krankenhäusern und Entziehungsanstalten gewährleisten. Der Freistaat erstattet dafür den sieben Bezirken als Trägern des Maßregelvollzugs über jährlich vereinbarte Budgets von inzwischen über 300 Millionen Euro die notwen-

digen Kosten. Ab 2015 sollte das eigens neu gegründete Amt für Maßregelvollzug (AfMRV) diese Kosten transparenter machen. Dies ist bis heute aber allenfalls in Ansätzen geglückt: Fehlende Analysen zu mittlerweile weiter massiv steigenden Kosten, verspätete Prüfungen von Kosten nachweisen, unterlassene Festlegungen zu Qualitätsstandards und zum Personalbedarf – all das umfasst die Mängelliste, die der ORH dem Sozialministerium zum Wirken des AfMRV vorlegte.

Füracker: Investitionen in Zukunftsfelder

„Die Vorgehensweise der Staatsregierung ist fundiert und nachvollziehbar“, erklärte Finanzminister Albert Füracker. Die ergriffenen Maßnahmen und jeder ausgegebene Euro seien notwendig gewesen, um die Pandemie zu bekämpfen, die massiven Auswirkungen für die Wirtschaft abzufedern, Arbeitsplätze zu sichern und die Menschen zu unterstützen. Insbesondere Investitionen in Zukunftsfelder der Wissenschaft und Forschung, wie die zusätzlichen Maßnahmen der Hightech-Agenda Plus, seien hierbei ein tragender Baustein. **DK**

Ich lese die GZ

» ... mit Gewinn, weil sie mir einen fundierten Überblick über das Geschehen in kleinen wie auch großen Kommunen verschafft und mir damit wertvolle Anregungen für meine Arbeit gibt. «

Dr. Michael Fraas

Berufsmäßiger Stadtrat und Wirtschafts- und Wissenschaftsreferent der Stadt Nürnberg



Innenminister Joachim Herrmann zum Verfassungsschutzbericht 2021:

Hass und Hetze in nie dagewesenem Ausmaß

Der bayerische Verfassungsschutzbericht 2021 gibt keine Entwarnung, im Gegenteil: „Hass und Hetze hatten vergangenes Jahr ein bislang nicht gekanntes Ausmaß erreicht – im Netz, auf der Straße bis hinein ins private Umfeld“, erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung in München.

Gerade die Debatte um eine allgemeine Corona-Impfpflicht habe nicht nur zu einer Polarisierung, sondern bei einem kleineren Teil der Gesellschaft auch zu einem deutlich aggressiveren Vorgehen gegen Andersdenkende geführt. „Zwar flauen derzeit die Diskussionen um die Corona-Pandemie etwas ab: Die Szene wird sich aber möglicherweise neue Themen suchen“, befürchtet Herrmann. „Unsere Verfassungsschützer sind deshalb höchst wachsam, auch mit Blick auf die Auswirkungen des Ukrainekriegs.“ In diesem Zusammenhang warnte der Innenminister vor von russischer Seite gesteuerten Fake-News und vor gezielten Cyberangriffen. „Russische Cyberangriffe auf bayerische Behörden sowie auf Unternehmen und Einrichtungen sind nicht ausgeschlossen“, so Herrmann. „Wir haben bereits die Kapazitäten unserer Cyber-sicherheits-Behörden erhöht.“

Einfluss von Extremisten auf Corona-Protestveranstaltungen geringer als befürchtet

Der Einfluss von Extremisten auf die Corona-Protestveranstaltungen war laut Herrmann zahlenmäßig geringer als

befürchtet: „Lediglich bei 207 von rund 3.000 Protesten gegen staatliche Pandemie-Maßnahmen haben die Verfassungsschützer Personen mit extremistischen Bezügen festgestellt. Und: Die Mehrzahl der Protestbewegungen ist friedlich ver-



laufen.“ Laut Herrmann ist es aber alarmierend, wenn es unter Ausnutzung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit zu massiven Ausschreitungen und Straftaten kommt. „Gegen solche Bestrebungen werden wir auch weiter konsequent vorgehen.“

© Bayerisches Innenministerium

Zahl rechtsextremistischer Straftaten zwar gesunken trotzdem Vorsicht

Besonders die rechtsextremistische Szene versuche die Corona-Proteste für ihre Zwecke zu nutzen und mit gezielter Verschleiertechnik, Verschwörungstheorien und Falschbehauptungen Anschluss an das bürgerliche Spektrum zu finden. Auch wenn dies bislang nicht gelungen sei, sei weiterhin Vorsicht geboten. „Das rechtsextremistische Personennpotential bleibt mit 2.700 Personen auf hohem Niveau“, stellte Herrmann fest. „Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Straftaten sei zwar gesunken (2021: 1750, 2020: 2455). „Dass hiermit eine dauerhafte Trendumkehr verbunden ist, ist angesichts der im Netz immer häufiger kursierenden Auf-

rufe, an einem Tag „X“ das System zu stürzen, jedoch eher unwahrscheinlich.“

Trauriger Höchststand bei der Reichsbürger-Szene

Die teilweise Staatsfeindlichkeit bei den Corona-Protesten stellt auch einen Anknüpfungspunkt für die Reichsbürger dar: „Sowohl im virtuellen als auch im realen Raum ist es der Szene gelungen, Anhänger der Corona-Proteste zu gewinnen.“

Sowohl das Personennpotential als auch das Gewaltpotential der Reichsbürger-Szene hat somit im vergangenen Jahr mit 4.605 Anhängern und 122 politisch motivierten Gewalttaten einen traurigen Höchststand erreicht.“ Besorgniserregend sei hier insbesondere die zunehmende Aggressivität. Ebenso stieg die Gesamtzahl der Straftaten von 243 auf 425. „Dies zeigt aber auch: Drohschreiben und Erpressungsversuche ahnden wir konsequent, die Entwaffnung der Szene treiben wir weiter voran.“

Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene beunruhigend

Sorge bereitet dem Minister nach wie vor die Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene. Trotz Rückgangs bei den Zahlen an Straftaten (von 705 auf 471) und Gewalttaten (von 62 auf 47), sind diese Werte im Verhältnis betrachtet beunruhigend: „Der Anteil der Gewalttaten liegt bei nahezu zehn Prozent, was eine Steigerung um rund drei Prozent seit 2019 bedeutet. Der Rückgang ist also kein Grund zur Entwarnung.“ Im Gegenteil: Linksextremistische Gewalttäter hätten nunmehr besonders kritische Infrastrukturen als Anschlagziel und willkommenes Vehikel entdeckt, um die Gesellschaft zu destabilisieren. Ihre Sabotageakte zeigten immer größere Rücksichts- und Skrupellosigkeit. Derzeit versuche diese Szene verstärkt, über das Thema Umwelt- und Klimaschutz demokratische Diskurse zu beeinflussen und gesellschaftlichen Protest zu radikalisieren.

Islamistische Bestrebungen weiterhin präsent

„Auch die islamistischen Bestrebungen dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Diese versuchen nach wie vor Präsenz

Nachhaltigkeitspakt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die gesellschaftliche Nachhaltigkeit der Medien ist Ilse Aigner ein großes Anliegen: „Medien sind Dienstleister für die Demokratie. Sie sichern den Zugang zu Informationen, sie berichten, sie ordnen Dinge ein, sie kommentieren. Am Beispiel des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bekommen wir sehr deutlich vor Augen geführt, wozu wir freie Medien brauchen: Um die Wahrheit des Krieges zu zeigen, um Fakten vermittelt zu bekommen – und um Propaganda, die der Ideologie und dem Verbrechen dient, als solche zu überführen.“ Ilse Aigner lobt die ganzheitliche Idee des Nachhaltigkeitspaktes: „Mich begeistert der verbindende Ansatz von gesellschaftlicher und ökologischer Nachhaltigkeit.“

BLM-Präsident Dr. Thorsten Schmiege: „Was bedeutet Nachhaltigkeit für die Medien? Sind Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit tatsächlich Gegensätze oder bedingt sich das nicht sogar? Und was können gemeinsame Standards und Werte sein? Mit Fragen wie diesen werden wir uns auseinandersetzen, mit dem Ziel, bis zum Herbst Leitlinien zu erarbeiten, wie Nach-

Haltung zeigen vor Ort! KPV-Positionen zum Krieg in der Ukraine

1. Scharfe Verurteilung des russischen Angriffskrieges
2. Klares Bekenntnis zu humanitärer Hilfe in den bayerischen Kommunen
3. Solidarität mit den ukrainischen (Partner-)Kommunen
4. Mehr Personal für unsere kommunalen Behörden zur Bewältigung der Situation
5. Unbürokratische Hilfe des Bundes bei der Flüchtlingshilfe vor Ort
6. Unterstützung von Kitas, Schulen und Bildungseinrichtungen bei der Integration
7. Vereinfachungen im Vergaberecht für die Flüchtlingsunterbringung
8. Stärkung der sozialen Beratungs- und Dolmetscherstellen
9. Anerkennung und Wertschätzung für die ehren- und hauptamtlichen Helfer
10. Systematische Verteilung der Kriegsflüchtlinge in Europa und bessere Koordination der Flüchtlingsverteilung innerhalb Deutschlands. **DK**

Entbürokratisierung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Behörden genauer definieren, damit Bürokratie reduziert werden kann. Zudem würden Gesetze präventiv auf zusätzliche Bürokratie geprüft.

Die generelle Problematik des Vollzugs zeigt sich u.a. beim Thema Entsorgung des Erdaushubs und der unterschiedlichen Auslegung der Landratsämter, wie die anschließende Diskussion zeigte. Nussel zufolge bringt die Klassifizierung des Erdaushubs viel Bürokratie mit sich. Es sei eine Länderöffnungsklausel zur Mantelverordnung für Bayern auf den Weg gebracht worden, damit dort der Aushub ver-

füllt werden kann. Vor dem Hintergrund des dringenden Handlungsbedarfs würden aktuell Vorschläge erarbeitet.

Verantwortlichkeit und Selbstverantwortung

Aus Nussels Sicht müssen auch gesetzliche Konsequenzen, die aus Gerichtsurteilen resultieren, hinterfragt werden. So könne ein Ausgleich zwischen Verantwortlichkeit und Selbstverantwortung mit Augenmaß geschaffen werden. Der Abgeordnete stimmte zu, dass Vergabeverfahren und Ausschreibungen angepasst und neustrukturiert werden müssten. Grundsätzlich sprach er sich für eine Stärkung der kommunalen Planungshoheit aus und hob zudem die Bedeutung gegenseitigen Austauschs mit den kommunalen Spitzenverbänden hervor. Abschließend rief er dazu auf, seinem Büro unter buero.kratieabbau@stmfh.bayern.de konkrete Problemstellungen im Zusammenhang mit Bürokratisierung zu melden.

Kommunalpolitische Angebote der HSS

Ramona Fruhner, Referatsleiterin für Kommunales, Ehrenamt und Rhetorik der Hanns-Seidel-Stiftung oblag es, die kommunalpolitischen Angebote der HSS vorzustellen. Nach ihren Worten sind in einem HSS-Service-Portal für Kommunalpolitiker Leitfäden und weitere kommunalpolitische Informationen und Tipps zu finden. Zudem werden Seminare für Kommunalpolitiker beispielsweise zu den Themengebieten Krisenkommunikation und Öffentlichkeitsarbeit angeboten. Darüber hinaus gibt es ein Hilfsangebot gegen Hassrede im Netz.

Schulungen und Plattform „Kommunal-Digital“

Dank des Einsatzes der KPV bietet auch die CSU-Landesleitung erstmals Schulungen zur Krisenkommunikation für Politiker (Mai/Juni 2022) sowie weitere Rhetorik- und Fachschulungen für CSU-Kommunalpolitiker an.

Zum Abschluss präsentierte KPV-Landesgeschäftsführer Sebastian Franz die neue digitale Plattform „Kommunal-Digital“ im CSU-Mitgliedercockpit. Sie soll die kommunalen Mandatsträger intensiver unterstützen und die kommunale Gremienarbeit inhaltlich stärken. Dazu dienen u.a. kommunalpolitische Handreichungen, CSU-Musteranträge sowie Initiativen aus den Kommunen für die Kommunen. Auf diese Weise will die CSU einen besseren bayernweiten Austausch der knapp 16.000 ehren- und hauptamtlichen Mandatsträger ermöglichen. In der ersten Jahreshälfte 2022 soll die Plattform online gehen. **DK**

Für eine lebenswerte Heimat ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Pflegeheimen ein. Beim Projekt handelt es sich um einen trägerübergreifenden Ansatz. Der Hospizverein kooperiert dabei mit dem „Haus am Wehr“ des Diakonischen Werks in Schwabach, dem Haus „St. Willibald“ der Caritas in Nürnberg und dem „Hermann-Vogel-Pflegezentrum“ der Arbeiterwohlfahrt in Schwabach.

Die Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) in der Diözese Würzburg betreibt in Kooperation mit dem offenen Jugendtreff „dom@in“ das Café Blind Date. Das Café ist ein Leuchtturmprojekt für gelebte Inklusion. Durch Essen und Trinken im Dunkeln kann man dort die Lebenswelt blinder Menschen kennenlernen. Rund 50 Besuchergruppen pro Jahr können sich dabei konkret mit den Schwierigkeiten dieser Behinderung auseinandersetzen und diese so besser begreifen. Das stärkt einen respektvollen Umgang miteinander und sorgt für eine wechselseitige Bereicherung durch reflektierte Begegnungen von Menschen mit und ohne Behinderung.

Umweltpreis

Der Umweltpreis der Bayerischen Landesstiftung geht an die ehrenamtliche Initiative „Paten der Nacht“, an das digitale Mitmachprojekt „Naturschwärmer“ sowie an die bb-net Media GmbH. Mit „Paten der Nacht – eine Initiative zur Eindämmung der Lichtverschmutzung“ klärt Manuel Philipp seit 2019 über die zunehmende Aufhellung des Nachthimmels, die auch als „Lichtverschmutzung“ bezeichnet wird, auf. Gesellschaft, Kommunen und Institutionen sollen so einen bewussteren Umgang mit Kunstlicht erhalten.

Beim digitalen Mitmachprojekt „Naturschwärmer – generationsübergreifende, digitale Bildung trifft Natur und Nachhal-

tigkeit“ des Landesbundes für Vogelschutz in Bayern e. V. können Familien und Interessierte Natur und Umwelt von zu Hause aus entdecken. Es gibt umfangreiche digitale Angebote, Tipps zum Bauen, Basteln und Gestalten, Geschichten, Spiele, Rezepte sowie monatliche Schwerpunktthemen. Das Projekt ist in Zusammenarbeit von elf staatlich anerkannten Umweltstationen und zwei Umweltbildungseinrichtungen des Landesbundes für Vogelschutz entstanden. „Naturschwärmer“ eröffnet neue Dimensionen für ein generationsübergreifendes Miteinander, digitale Bildungsformate und ehrenamtliches Engagement für Natur und Nachhaltigkeit.

Recycling ist wichtig – Elektroschrott vermeiden ist besser: Die bb-net Media GmbH in Schweinfurt ist dazu einen neuen Weg gegangen. Schwerpunkt des Unternehmens ist die Aufbereitung und Wiederverwendung gebrauchter IT-Produkte. Dadurch können Ressourcen eingespart werden, die sonst für die Herstellung und den Transport von IT-Produkten aufgewendet werden müssten. Seit 1995 hat bb-net Media rund 100.000 gebrauchte IT-Geräte aufbereitet. Große Mengen an Elektroabfall konnten so vermieden werden.

Kulturpreis

Mit dem Kulturpreis wurde der renommierte Künstler Wilhelm Koch ausgezeichnet. Er steht für avantgardistische Projekte, nicht nur in seiner Oberpfälzer Heimat. Seit 1984 ist der originelle und markante Impulsgeber für die Kulturvermittlung als Künstler im öffentlichen Raum mit Installationen, Videoarbeiten und Architekturprojekten mit überregionaler Ausstrahlungsfähigkeit tätig. Zu seinen bekanntesten Kunstwerken zählt das 2,70 Meter hohe Reiterstandbild Angela Merkels. **DK**

Kochs aktuelles Projekt ist eine Glyptothek bei Etsdorf.

Ausgezeichnet wurde auch das Theater Mumpitz in Nürnberg, ein engagiertes Theater für Kinder aller Altersstufen, das auch ältere Zuschauer begeistert. 1980 gegründet, ist es eines der ältesten freien Kindertheater in Deutschland. Nach dem Motto: „Mit Mumm und Witz erzählen wir Geschichten“ bietet es lebensnahe Unterhaltung mit pädagogischem Hintergrund. Die Theaterstücke spiegeln die Lebenswelt der Kinder wider. Daneben engagiert sich das Theater Mumpitz in weiteren Bereichen: Mit dem „KulturRucksack“ bietet es seit 2009 spielerisch-pädagogische Workshops zur Nachbereitung kultureller Erlebnisse für Schülerinnen und Schüler der 3. Klassen. Auch die Kindermusikreihe „Musikuss“ mit „Jazz für Kinder“ ergänzt das Angebot.

Innovativer Lern- und Erinnerungsort

Der DenkOrt Deportationen vor dem Würzburger Hauptbahnhof ist innovativer Lern- und Erinnerungsort zu den Deportationen jüdischer Mitbürger aus Unterfranken nach Osteuropa zwischen 1941 und 1944. Der DenkOrt ist ein partizipatives Denkmal: In einer losen Reihe stehen scheinbar herrenlose Gepäckstücke. Das Mahnmal wurde unter Mitwirkung von Künstlern, Schulklassen und Ehrenamtlichen aus Herkunftsgemeinden der Deportierten erstellt und am 17. Juni 2020 eröffnet. Je ein Pendant des Gepäckstücks steht in den Heimatgemeinden der Ermordeten. „DenkOrt Würzburg“ ist ein Beispiel für seriöses und gleichzeitig kreatives Gedenken. Bereits am 24. September 2021 wurde mit der 2. Eröffnung „DenkOrt in Bewegung“ das Mahnmal um 32 Gepäckstücke erweitert. **DK**

Musterbeispiele für Innenbelebung

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich auf Infotour in Kirchdorf am Wald und Schönberg

Lebenswerte ländliche Räume brauchen attraktive Ortskerne. Dabei übernehmen gerade kleinere Orte wichtige Funktionen für die ganze Region. Über zukunftsorientierte Investitionen in eine lebendige Dorfmitte informierte sich jüngst Niederbayerns Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich in der Gemeinde Kirchdorf im Wald (Landkreis Regen) und im Markt Schönberg (Landkreis Freyung-Grafenau).

Die Gemeinde Kirchdorf im Wald bekommt ein neues, modernes Gemeindezentrum. Der Bau hat bereits begonnen, mit der Fertigstellung rechnet Bürgermeister Alois Wildfeuer noch in diesem Jahr. Der ehemalige Leerstand mitten am Dorfplatz bestand früher aus zwei Gebäuden und war im Besitz der Pfarrkirchenstiftung. Die Gemeinde kaufte das in die Jahre gekom-

men, eine Bäckerei und eine Physiotherapiepraxis untergebracht sind, eingeweiht.

Schönbergs Bürgermeister Martin Pichler bezeichnete es als „Glücksfall“, dass 3. Bürgermeister Herbert Kern in das Objekt investiert und es so zu einem Schmuckstück des Marktplatzes aufgewertet hat. Sowohl die Mieter der Wohnungen als auch die Praxis und die Bäckerei mit Café

Bauplätze im Gemeindebereich.

Als nächstes Projekt hat sich der Rathausschef den Marktplatzumbau vorgenommen. In dem die Zugänge zu den Gebäuden abgeflacht und auch die Busbuchten tiefergelegt werden, soll der Markt barrierearm werden. Darüber hinaus wurde bereits ein weiteres Gebäude erworben, in dem im Erdgeschoss die Tourist-Info unterkommt und im Obergeschoss ein Co-Working-Space entstehen soll. Daneben soll auch eine Bonhoefer-Ausstellung eingerichtet werden.

Wichtig ist dem Schönberger Bürgermeister die Aufenthaltsqualität in der Ortsmitte. „Zum Glück haben wir einen historisch gewachsenen Ortskern mit Grünzunge, der auch als Lebensraum attraktiv ist.“ Derzeit gebe es nur wenige Leerstände. Doch hat Pichler Sorge, was die Zukunft der Gastronomie angeht. „Den Betrieben geht das Personal aus.“

Auch Heinrich kennt das Problem, das sich im Zuge der Corona-Schließungen sehr verstärkt habe. „Der Personalmangel zieht sich durch immer mehr Branchen. Da wird es fraglich sein, was wir uns in einigen Jahren noch leisten können“, so der Bezirkstagspräsident. Denn gerade mit Blick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen, für die die Kommunen zuständig sind, werden sich zwar die baulichen Herausforderungen noch meistern lassen, aber kaum die personellen.

In Schönberg hat man sich auf diese Zeit bereits vorbereitet. Im Untergeschoss der Schule entsteht eine Kinderkrippe, am Kindergarten eine Mensa mit 60 Plätzen. Die Köchin wurde bereits eingestellt und arbeitet schon heute mit der Gemeindeverwaltung. **DK**



Bürgermeister Alois Wildfeuer zeigt Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (l.) das Modell des neuen Gemeindezentrums.

Bild: Lang / Bezirk Niederbayern

mene Ensemble, ließ es abreißen und erstellt dort nun mit Unterstützung des Freistaates Bayern einen Neubau.

Im Untergeschoss, mit einer Glaskuppel versehen, entstehen Probenräume für den Musikverein, in den Geschossen darüber finden das Pfarrbüro sowie ein Jugendraum und Veranstaltungssaal für sämtliche kirchlichen und weltlichen Vereine Platz. Ganz oben wird die Bücherei eine neue Heimat finden. Der Veranstaltungssaal steht für größere Feierlichkeiten zur Verfügung, „denn auch bei uns werden die Möglichkeiten weniger, die bisherigen Räume in Wirtshäusern zu nutzen – sei es für Theateraufführungen oder Vereinsveranstaltungen“, erklärte Wildfeuer, der dabei die hervorragende Unterstützung der Städtebauförderung an der Regierung von Niederbayern hervorhob. Gerade bei der Baukostensteigerung – ursprünglich war man von 3,3 Millionen Euro ausgegangen, mittlerweile rechnet man mit 4,4 Millionen – sei die Regierung stets entgegenkommend gewesen.

Sorge wegen Preissteigerung

Bezirkstagspräsident Heinrich befand gerade die Investition in eine lebendige Dorfmitte als sehr zukunftsorientiert, „denn nur lebendige Kommunen haben eine Anziehungskraft auf neue Bürger und auf junge Menschen, damit sie vor Ort bleiben“. Leerstände, die zum Verkauf stehen, gibt es aktuell in Kirchdorf im Wald keine mehr. Zudem will die Gemeinde durch die Ausweisung neuer Baugebiete, etwa in Abtschlag, bauwilligen Gemeindebürgern ein passendes Angebot machen. Allerdings sind beide Kommunalpolitiker auch besorgt, was die Preissteigerungen bei Bauvorhaben angeht. „Die Geldpolitik ist aus den Fugen geraten. Wir sind mitten in einer Spirale, von der ich nicht glaube, dass sie gut für uns ausgeht“, so Gemeindeoberhaupt Wildfeuer, der als Architekt mit dem Thema sehr vertraut ist.

Mit einem weiteren Musterbeispiel für Innenbelebung kann der Markt Schönberg aufwarten: Dort wurde das ehemalige Gasthaus „Bayerischer Hof“ reaktiviert und im September 2021 der Markthof, in dem 22 Wohnun-

würden seither den Ort beleben. „Es ist kaum zu glauben, welcher Impuls davon ausgeht“, betonte Pichler, der sich auch freute, dass dieses erfolgreiche Projekt zudem eine Art „Nachahmungseffekt“ hatte. Auch in der ehemaligen Lederhosenfabrik sind 16 Wohnungen entstanden, viele davon barrierefrei. Pichler zufolge ist eine gute Mischung aus Entwicklungen im Innen- und Außenbereich notwendig, denn auch für das klassische Einfamilienhaus mit Garten brauche es



Bürgermeister Martin Pichler und Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich

Bild: Lang / Bezirk Niederbayern

„Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“:

Bund fördert 15 bayerische Kommunen

238 deutsche Kommunen, davon 15 aus Bayern, werden bei der Entwicklung ihrer Innenstädte und Ortskerne über ein in diesem Jahr neu aufgelegtes Bundesprogramm gefördert. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte im Sommer 2021 die vorgesehenen Mittel für das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ von ursprünglich 25 Mio. Euro um das Zehnfache auf 250 Mio. Euro erhöht. Die Aufstockung ermöglicht eine breite Förderung für Kommunen aller Größenklassen bundesweit. Bis spätestens 2025 müssen die Maßnahmen umgesetzt sein.

Die bayerischen Kommunen erhalten insgesamt rund 10 Mio. Euro aus dem Bundesprogramm. Rund 3,4 Mio. Euro fließen demnach ins oberbayerische Fuchstal (Landkreis Landsberg am Lech). Dort soll der Kern des Gemeindeteils Leeder ausgebaut werden, das Augenmerk liegt demnach auf Begegnungsorten. Nach Schweinfurt in Unterfranken fließen rund 970.000 Euro, mit denen unter anderem Leerstände für Ateliers und Hochschule angemietet werden sollen. Die weiteren Kommunen erhalten zwischen 200.000 und rund 870.000 Euro. **DK**

Die meisten geförderten Gemeinden sind in Oberbayern: Neben Fuchstal bekommen Burgheim (873.225 Euro), Ingolstadt (588.750 Euro), Traunstein (480.000 Euro), Gräfelfing (236.003 Euro), und Schongau (210.000 Euro) Bundesmittel.

In Oberfranken profitieren Hof (862.500 Euro), Mainleus (498.750 Euro), Bamberg (474.600 Euro), Coburg (283.450 Euro) und Ludwigstadt (270.000 Euro) und in Niederbayern Eggenfelden (200.000 Euro), Viechtach (269.730 Euro) sowie Treuchtlingen in Mittelfranken (360.000 Euro). **DK**

T GLASFASER

Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

Der ultimative Digitalisierungs-Booster für Bayern

Unsere Ziele für Bayern:

- Ganzheitliche Glasfaser-Partnerschaft mit der Kommune für eine echte digitale Transformation
- Wir bauen auf eine gemeinsame Strategie bestehend aus Eigenausbau, regionaler Kooperation sowie dem geförderten Ausbau
- Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort
- Maßgeschneiderte Entwicklungsplanung Schritt-für-Schritt und zu 100% transparent



Erleben, was verbindet.



Lieferengpässe und Preissteigerungen bei vielen Baumaterialien

Kommunen sollten mit der Vereinbarung einer Stoffpreisgleitung bei ihren Baumaßnahmen schnell reagieren / Situation bei Baumaterialien kritisch

Die Unternehmen des bayerischen Baugewerbes registrieren bei Preisanfragen bei ihren Lieferanten zu fast allen wichtigen Baumaterialien seit dem vierten Quartal 2020 hohe Preissteigerungen und erhebliche Lieferengpässe. Die deutlichen Preissteigerungen für Baustoffe haben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im ersten Quartal 2022 weiter fortgesetzt.

Besonders dynamisch war der Anstieg bei Bauholz mit 54,3 % gegenüber dem Vorjahr. Auch der Anstieg bei Betonstahl fällt im Februar gegenüber Februar 2021 mit 39,1 % sehr hoch aus. Das gilt auch für die erdölbasierten Stoffe, z.B. Bitumen, mit einem Plus von 45,4 %. Die Auswirkungen des Ende Februar beginnenden Ukrainekrieges auf die Lieferketten und die Energiepreise hat diese Situation noch einmal erheblich verschärft. Fast alle Baumaterialien sind inzwischen betroffen. Ein Ende der äußerst schwierigen Situation ist derzeit nicht absehbar.

Viele Gemeinden, bei denen Baumaßnahmen anstehen oder die bereits mitten im Bau sind, sind deswegen besorgt. Stimmen die Kostenschätzungen noch? Können die Baupartner ihre Leistung pünktlich erbringen? Jeder weiß, dass Verzögerungen oder Stillstand ein Bauvorhaben enorm verteuern und in die Länge ziehen können.

Bayerisches Innenministerium empfiehlt Anwendung von Stoffpreisgleitungen

Die Bundesregierung hat auf die Lieferengpässe und Preissteigerungen reagiert und mit Erlass vom 25. März 2022 eine Stoffpreisgleitung für die Bundesbauverwaltung verpflichtend eingeführt und wichtige Praxisinhalte für bestehende Verträge gegeben. Dem hat sich das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr für die Staatsbauverwaltung mit Erlass vom 31.03.2022 angeschlossen.

Da Städte und Gemeinden bei ihren Baumaßnahmen ebenso betroffen sind wie Staatliche Bauämter, hat das Bayerische Innenministerium mit Schreiben vom 6. April 2022 den Kommunen die Stoffpreisgleitung zur Anwendung empfohlen.

Andreas Demharter, Hauptgeschäftsführer des Landesver-

bands Bayerischer Bauinnungen sieht im Einsatz von Stoffpreisgleitungen in Bauverträgen in der jetzigen Situation ein ganz wichtiges rechtliches Instrument: „Wir unterstützen diese Empfehlung ausdrücklich. Nur so können aktuell die Kosten einer Baumaßnahme einigermaßen im Griff behalten werden. Wenn ein Bauvorhaben ohne Stoffpreisgleitung ausgeschrieben wird, stehen die Bieter nämlich vor dem Problem, dass sie ihre Preise wegen der massiven Preissteigerungen nicht kalkulieren können und gezwungen sind, dass sehr hohe Risiken von Preissteigerungen von Anfang an einzupreisen. Andere Bieter geben bei einem Vergabeverfahren ohne Stoffpreisgleitung lieber gar kein Angebot ab, weil sie fürchten, bei einer Baumaßnahme, die zum Beispiel viel Stahl erfordert, wegen der Preissteigerungen tief in die roten Zahlen zu geraten. Der Einkauf der verknüpften Baumaterialien „auf Vorrat“ ist vielerorts auch gar nicht möglich, weil die Lieferanten ihre Ware kontingentieren und Bestellungen nur unverbindlich ohne Preisbindung entgegennehmen. Mit einer Stoffpreisgleitung ist es dem Bieter dagegen möglich, anhand der aktuellen Tagespreise seinen Preis ohne hohen Risikozuschlag zu kalkulieren.“

Auch laufende Bauvorhaben sind anzupassen

Auch bei laufenden Bauvorhaben, bei denen der Auftraggeber einen Auftragnehmer aus der Zeit vor dem Ukraine-Krieg zum Festpreis zur Ausführung der Bauleistung verpflichtet hat, eine Preisgleitung zu vereinbaren, kann die Vereinbarung einer Stoffpreisgleitung wirtschaftlich sehr sinnvoll sein.

„Bei Altverträgen ist davon auszugehen, dass der Ukraine-Krieg mit seinen Auswirkungen einen Fall der Höheren Gewalt darstellt und Streitigkeiten

über den Wegfall der Geschäftsgrundlage, die möglicherweise in einer Kündigung des Bauvertrages eskalieren, können durch Vereinbarung einer Stoffpreisgleitung vermieden werden.“, so Demharter.

Dazu führt das Bundesbauministerium stellvertretend für die Auftraggeberseite der öffentlichen Hand im Erlass aus: „Auftraggeber und Auftragnehmer haben den Vertrag in der Annahme geschlossen, dass sich die erforderlichen Materialien grundsätzlich beschaffen lassen und deren Preise nur den allgemeinen Unwägbarkeiten des Wirtschaftslebens unterliegen. Sie hätten den Vertrag nicht mit diesem Inhalt geschlossen, hätten sie gewusst, dass die kommenden Kriegsergebnisse in der Ukraine derart unvorhersehbare Einfluss auf die Preisentwicklung nehmen würden. Zwar weist der Bauvertrag das Materialbeschaffungsrisiko grundsätzlich der Sphäre des Unternehmers zu. Dies gilt jedoch nicht in Fällen höherer Gewalt. Insoweit sind die Ereignisse geeignet, die Geschäftsgrundlage des Vertrages im Sinne von § 313 BGB zu stören.“

Verträge können sogar zum Nachteil des Auftraggebers geändert werden

Klug und deeskalierend ist es, wenn in dieser Situation von den Ministerien darauf hingewiesen wird, dass auch unterhalb der Schwelle der gestörten Geschäftsgrundlage Verträge sogar „zum Nachteil“ des Auftraggebers nach § 58 BHO bzw. § 58 BayHO geändert werden können. Der Begriff des Nachteils erfordert eine Gesamtabwägung. Dazu heißt es im Erlass: „Ergibt diese Gesamtabwägung beispielsweise, dass eine Anpassung von Preisen den termingerechten Fortgang der Baumaßnahme fördert, Auseinandersetzungen an anderer Stelle vermeidet, Verwaltungsaufwand und Folgekosten (etwa durch längere Nutzung eines Ersatzmietobjekts) erspart, mag bereits kein Nachteil im wirtschaftlichen Sinne vorliegen.“

Derzeit kann niemand sicher

vorhersagen, wie die Gerichte später einmal eine der größten Krisen der Nachkriegszeit und ihre konkreten Auswirkungen im Einzelfall bewerten werden. Fest steht nur, dass eine Eskalation und ein anschließender Rechtsstreit teuer und langwierig wird. Die Vereinbarung einer Stoffpreisgleitung auf Empfehlung des Innenministeriums ist dagegen fair, partnerschaftlich und deeskalierend.

Die empfohlenen Erlasse und einen Leitfaden zur Anwendung der Stoffpreisgleitung gibt es zum kostenfreien Download auf den Internetseiten des Landesverbandes Bayerischer Bauinnungen unter www.lbb-bayern.de in der Rubrik „News“. □

Bayerisches Bauministerium:

Neue Wohnraumförderungsbestimmungen Wohnungswirtschaft Bayern begrüßt erhöhte Zuschüsse beim sozialen Wohnungsbau

Der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen begrüßt die erhöhten Zuschüsse beim Bau geförderter Mietwohnungen im Rahmen der neuen bayerischen Wohnraumförderungsbestimmungen.

„Auf diese dringend notwendige Erhöhung haben wir lange gewartet“, freut sich Verbandsdirektor Hans Maier. Durch die erhöhten Zuschüsse könnten die seit Jahren steigenden Baukosten teilweise aufgefangen werden. Großes Manko der neuen Förderbestimmungen ist aus Sicht des Verbandes allerdings die Halbierung beim objektabhängigen Darlehen von bisher 50 auf 25 Prozent. Damit wird für die nachhaltig bestandhaltenen Wohnungsunternehmen im VdW Bayern ein Großteil der Verbesserung durch die Zuschüsse wieder weggenommen. □

Mehr Selbstbestimmung für Pflegebedürftige

Fachgespräch zu Wohnperspektiven am Bayerischen Landesamt für Pflege

Für eine bedarfsgerechte und möglichst selbstbestimmte Versorgung von pflegebedürftigen Menschen neue Konzepte denken und diese diskutieren – darum ging es bei der Auftaktveranstaltung zu einer Reihe von praxisbezogenen und handlungsfeldorientierten Fachgesprächen am Bayerischen Landesamt für Pflege (LfP). Mit dabei waren Vertreter des LfP, des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege und des Bayerischen Landkreistages.

In ihrem Impulsvortrag „WOHNEN 6.0 – Perspektiven für die Langzeitpflege“ gab Ursula Kremer-Preis vom Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) einen Überblick über die Entwicklung der Heimmodelle: In der 1. und 2. Heimgeneration aus den 1950er und 60er Jahren (Verwahrhalten/Stationenkonzepte) wurde wenig auf die individuellen Besonderheiten der Heimbewohner eingegangen. Die Bewohnerschaft erhielt eine funktionale Versorgung in weitgehend separierten Sonderwelten. Die 3. und 4. Heimgeneration (Wohnheime/Hausgemeinschaften) in den 80er und 90er Jahren haben der Bewohnerschaft ermöglicht, mehr ein Leben nach ihren individuellen Bedürfnissen führen zu können und den Alltag mehr so wie in einer „normalen“ Familie zu gestalten. Die 5. Generation (Quartiershäuser) seit 2010 versucht, nicht nur die Sonderwelten Heim zu individualisieren und zu „normalisieren“, sondern Heim wieder in die Gesellschaft zu integrieren, indem die Heime inklusive Strukturen schaffen und sich in das Wohnquartier öffnen. „Jedoch trotz vielfältiger Reformen hat sich an der Grundstruktur der Heimversorgung nichts Gravierendes geändert.“

Konzept „WOHNEN 6.0“

Mit dem Konzept „WOHNEN 6.0“ denkt das KDA noch einen Schritt weiter: „Es geht darum, Heime mehr zu demokratisieren.“ Alle am Geschehen Beteiligten – die Bewohnerschaft mit ihren An- und Zugehörigen, unterstützt durch bürgerschaftlich Engagierte aber auch die Mitarbeitenden, sollen mehr direkten Einfluss auf das Leben und die Arbeit in Langzeitpflegeeinrichtungen erhalten. „Im sogenannten Sorgesparlament sollen alle Beteiligten mitscheiden – beispielsweise über den Wohnalltag oder darüber, wie viel die Bewohner und Angehörigen noch selbst stemmen können und wo sie professionelle Unterstützung brauchen. Es geht also nicht um eine neue Heimgeneration, sondern ein sektorenübergreifendes Wohnkonzept.“ Wichtig sei auch, dass die Mitarbeiter mehr Einfluss nehmen können, selbst ihre Arbeitsstrukturen organisieren, selbstverantwortlicher arbeiten dürfen und Hierarchien zugunsten eines kooperativen Führungsstils weichen.

Steigender Pflegebedarf

„Wir stehen vor einer großen Herausforderung: Derzeit lebt knapp eine Million Menschen in der stationären Pflege. Und die Zahl der Pflegebedürftigen mit

können, kann dies die Arbeitszufriedenheit steigern und einen Beitrag zur Begegnung des drohenden Pflegenotstandes leisten. Wenn es gelingt, eine „neue Verantwortungskultur“ in der Sorge zu motivieren und Betroffene, Bürger aus den Quartieren und Profis zusammen die Sorgearbeit stemmen, kann dies die kommunale Daseinsfürsorge entlasten.“

„Ihr Vortrag hat verdeutlicht, wie wichtig es ist, die Bevölkerung bei etwaigen Lösungsansätzen mit einzubeziehen, um die Bedürfnisse auch bedarfsgerecht decken zu können. Die regionale Daseinsvorsorge gilt als eine wesentliche Grundlage für gleichwertige Lebensverhältnisse. Sie steht für die Sicherung der Grundbedürfnisse und für die Schaffung von Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Lebensführung – auch im Alter“, resümierte LfP-Leiter Achim Uhl. □

Mit neu gestalteten Innenstädten in die Zukunft

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) veröffentlicht Broschüre zur Entwicklung des Einzelhandels

Die Geschäfte in den Innenstädten haben seit Beginn der Pandemie noch stärker mit der Online-Konkurrenz zu kämpfen. Der Umsatz des Online-Handels wächst schneller als der des stationären Einzelhandels. Gemeinden können gegensteuern, indem sie ihre Ortskerne möglichst vielfältig gestalten und so die dringend benötigte Kundenfrequenz erhöhen. Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München hat in seiner neuen Broschüre die wichtigsten Zahlen zur Entwicklung des Einzelhandels zusammengefasst und gibt Empfehlungen für Gemeinden.

Die Statistiken sind eindeutig: Der Online-Handel nimmt weiter an Fahrt auf. Zu Beginn der Lockdownphasen in 2020 verzeichnete er eine Wachstumsrate von bis zu 30 % monatlich. Der stationäre Handel in den Stadtmitten kämpft mancherorts dagegen mit starken Umsatzrückgängen. Eine Entwicklung, die allerdings auch schon vor der Corona-Pandemie zu beobachten war: In den vergangenen elf Jahren hat sich der digitale Umsatz vervierfacht, während der Einzelhandel im selben Zeitraum insgesamt nur um ein gutes Drittel wuchs. Trotz dieser starken Wachstumsraten des Online-Handels ist sein Umsatz in 2020 (72,8 Mrd. Euro) aber immer noch weit vom Umsatz des gesamten Einzelhandels entfernt (577 Mrd. Euro).

Home-Shopping statt Innenstadt-Bummel

Die Warengruppen mit dem höchsten Umsatz im elektronischen Einzelhandel sind Bekleidung, Elektroartikel, Computer-Hardware und Software sowie Haushaltswaren und -geräte. Danach folgt, mit starken Wachstumsraten, der Markt für Möbel, Lampen und Dekoration. Lebensmittel, Drogerie- und Kosmetikartikel sowie Uhren und Schmuck werden dagegen bevorzugt im Laden gekauft. Aber auch Möbel, Heimwerken und Garten zählen zu den Produktbereichen, die eine Mehrheit lieber real als digital einkauft.

Spiegelbildlich zum Online-Handel wächst auch die Branche der Kurier-, Express- und Paketdienste schneller als die Gesamtwirtschaft und der Handel. Das Corona-Jahr 2020 hat der Paketbranche ein ebenso überdurchschnittliches Wachstum beschert wie dem Online-Handel. Die Umsätze legten im Vergleich zu 2019 um 10,5 % zu.

Empfehlungen für Kommunen

Die Pandemie hat bei den Menschen das Bedürfnis nach Erlebnissen und Aufenthalt im öffentlichen Raum verstärkt – besonders in den zentralen Ortslagen. Die Kommunen müssen auf diese Trends reagieren und die Entwicklung der gut erreichbaren und zentralen Orte in ihrem Gemeindegebiet gestalten. Handel und Gastronomie sind nach wie vor Frequenzbringer, aber vor allem Ersterer kann diese Funktion nicht mehr wie früher erfüllen. Die Kommunen benötigen ein aktives Citymanagement, das auch die verfügbaren Instrumente der Städtebauförderung nutzt. Das Ausnutzen kommunaler Vorkaufrechte bei strategischer für die Ortsentwicklung wichtigen Immobilien gehört ebenso dazu wie ein Flächen- und Leerstandsmanagement. Ein Mix aus Büros, Wohnungen, Hotels und Gesundheitszentren ergänzt den Einzelhandel und bringt ihm die dringend benötigte Kundenfrequenz in die Ortskerne zurück. □

Wie man zu rechtssicheren und zweckmäßigen Bebauungsplänen kommt

Die Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bebauungsplänen ist kein Selbstläufer. Eine neue Difu-Arbeitshilfe bietet Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung.

Eine effektive und rechtssichere Gestaltung des Verfahrens bei Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bebauungsplänen ist kein Selbstläufer. Es gilt, in einem gut strukturierten und möglichst schlanken Verfahren zu rechtswirksamen Bebauungsplänen zu kommen. Dazu bedarf es einer guten Wissensgrundlage und einer zielgerichteten Herangehensweise – im besten Fall jeweils gestützt durch umfangreiche Praxiserfahrung. Dieses Erfordernis ist in der neuen Difu-Arbeitshilfe berücksichtigt: Äußerst erfahrene Fachleute, die auch in der Wissensvermittlung tätig sind, geben darin ihre vielfach erprobten praktischen „Tipps und Tricks“ und somit ihr wertvolles Wissen weiter. Die bewährte Arbeitshilfe ist damit mittlerweile in einer dritten, grundlegend überarbeiteten Auflage erschienen. Sämtliche Gesetzesänderungen sind darin eingearbeitet, insbesondere auch die des Gesetzes zur Mobilisierung von Bauland (Baulandmobilisierungsgesetz), welches am 22. Juni 2021 in Kraft getreten ist (BGBl. S. 1802), sowie die zwischenzeitlich ergangene Rechtsprechung. Zudem wurden die in der zweiten Auflage der Arbeitshilfe enthaltenen Schemata, Muster und Formulierungsbeispiele weiterentwickelt und aktualisiert.

In der Arbeitshilfe wird zunächst das Re-

gelverfahren mit Umweltpflicht dargestellt. Weiter werden – jeweils in eigenen Kapiteln – die Besonderheiten des vereinfachten sowie des beschleunigten Verfahrens gegenüber dem Regelverfahren herausgearbeitet. Die klare Strukturierung der einzelnen Kapitel entlang praktikabler Verfahrensabläufe und das ausführliche Inhaltsverzeichnis gewährleisten eine gute Übersichtlichkeit und erleichtern das schnelle Auffinden der relevanten Ausführungen. In differenzierter Weise werden die Anwendungsvoraussetzungen anhand vieler unterschiedlicher Beispiele erläutert und die zum Teil komplizierten Abgrenzungsfragen verständlich dargestellt.

Auf die in dieser Difu-Veröffentlichungsreihe übliche Art enthält die neu überarbeitete Difu-Arbeitshilfe praxisnahe Empfehlungen, Muster und Formulierungsbeispiele für alle notwendigen Beschlüsse und weitere Verfahrenselemente sowie kommentierende Hinweise zu den rechtlichen und verwaltungspraktischen Anforderungen. Duktus und Darstellungsweise sind von dem Ziel einer effektiven und rechtssicheren Verfahrensentwicklung geleitet. Für die Praxisnähe und ein hohes Maß an juristischer Kompetenz bürgen Autorin Dr. Marie-Luis Wallraven-Lindl und Autor Andreas Uhmann, die über langjährige Erfahrungen im Planungsreferat der Landeshauptstadt München verfügen und denen besonderer Dank für diese für viele Kommunen und Fachleute wertvolle Publikation gebührt. □

Bayerns Flächen im Spannungsfeld

Online-Diskussionsveranstaltung des Wirtschaftsbeirats Bayern in München

„Die Fläche bleibt immer gleich, es kommt nur darauf an, in welcher Form sie genutzt wird.“ Mit dieser Aussage umschrieb Hermann Steinmaßl, Altlandrat und MdL a.D., bei einer Online-Veranstaltung des Ausschusses Regionale Wirtschaftspolitik des wbu treffend das Spannungsfeld, in dem sich die Flächen Bayerns befinden. Mit 70.000 Quadratkilometern ist der Freistaat das größte Flächenland in Deutschland. Etwa 86 Prozent der Fläche werden land- und forstwirtschaftlich genutzt, 12 Prozent sind Siedlungs- und Verkehrsflächen. Der tägliche Flächenverbrauch beträgt 11,6 Hektar.

Laut Ausschussvorsitzendem Steinmaßl, der als Moderator der Diskussionsrunde mit Michaela Kaniber, MdL, Bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, sowie Oberhaching's Bürgermeister Stefan Schelle, Vorsitzender des Regionalen Planungsverbands München, fungierte, ist Bayerns Attraktivität ungebrochen: Prognosen zufolge steigt die Einwohnerzahl in den kommenden 20 Jahren voraussichtlich um fast vier Prozent auf rund 13,7 Millionen Menschen. Das Wachstum liegt vor allem am Zuzug. Entsprechend steigen die Herausforderungen.

„Die Pandemie hat uns vielfältig vor Augen geführt, dass wir gerade in Bayern Rahmenbedingungen brauchen, um die Wirtschaft in allen Landesteilen in allen Facetten zu sichern und dynamisch zu halten und dem Verfassungsartikel ‚gleiche Lebensbedingungen in allen Landesteilen‘ gerecht zu werden“, betonte Steinmaßl. Mit dem Zuzug von Flüchtlingen aus der Ukraine kämen weitere Aufgaben auf Bayern zu.

Kaniber fordert Kehrtwende

Angesichts des russischen Überfalls und der gravierenden Auswirkungen auf Agrarmärkte und Lebensmittelpreise forderte Ernährungsministerin Michaela Kaniber ein Umdenken beim Umgang mit land- und forstwirtschaftlichen Flächen. „Auch wenn die Versorgung mit Nahrungsmitteln bei uns derzeit gesichert ist, zwingt uns Putins schrecklicher Krieg zum Umdenken: Können wir einfach weiter Flächen stilllegen und die Ernährungssouveränität Europas riskieren? Wir dürfen keinesfalls den Fehler machen wie bei der Energieversorgung und von Importen abhängig werden.“

Neu geprüft werden müssten zudem die sonstigen vielfältigen Ansprüche an landwirtschaftlichen Boden. „Die Versorgungssicherheit zu erhalten, muss angesichts der vielen widerstrebenden Ansprüche oberste Priorität bekommen“, erklärte Kaniber. Die Herausforderung sei, gleichzeitig die Ziele Klimaschutz und

Artenvielfalt nicht aus den Augen zu verlieren. Hier gelte es, smarte Lösungen anzuschließen. Der Freistaat zeige beispielsweise mit seinem erfolgreichen Kulturlandschaftsprogramm, wie die Produktion von Nahrungsmitteln mit Umwelt und Klimaschutz auf einer Fläche vereinbart werden könne.

Flächensparender planen

Auch der Druck durch Ausweisung von neuen Siedlungs- und Verkehrsflächen muss nach den Worten der Ministerin reduziert werden. „Für mich ist ganz klar, es muss flächensparender geplant werden. Neue Flächen dürfen erst in Anspruch genommen werden, wenn es im Innenbereich keine Möglichkeiten mehr gibt oder auch alle bestehenden Industriebrachen reaktiviert sind. Aber auch beim naturschutzfachlichen Ausgleich muss eine Kehrtwende her. Wir brauchen einen intelligenten Ausgleich, etwa durch Kombination verschiedener Maßnahmen auf der gleichen Fläche und ihre Integration in die Bewirtschaftung. Naturschutz und landwirtschaftliche Produktion sind auf der gleichen Fläche möglich.“

Umsicht bei der Energieerzeugung

Für eine neue Dynamik Sorge der Krieg auch bei der Energieerzeugung. Allerdings müsse man vor allem bei flächenintensiven Energiequellen darauf achten, die Energieerzeugung nicht auf Kosten der Ernährungssicherheit umzusetzen. „Wenn wir über Photovoltaik auf landwirtschaftlichen Flächen sprechen, dann sollten es vorrangig Agri-PV-Anlagen sein, also Systeme, mit denen die Flächen gleichzeitig für die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion und die Stromerzeugung genutzt werden können. Aber zunächst müssen alle Möglichkeiten zur Solarstromerzeugung auf bereits versiegelten Flächen, wie Gebäuden, Straßen und Parkplätzen, ausgeschöpft werden“, erläuterte Kaniber. Da „die Erneuerbaren“ letztlich Energien des ländlichen Raums seien, dürfe auch die Wasserkraft nicht

außer Acht gelassen werden.

Auch beim Thema Wald forderte Kaniber ein Umdenken bei den Stilllegungen. Angesichts des immer weiter voranschreitenden Klimawandels habe die Anpassung der Wälder oberste Priorität. „Sie werden gebraucht. Und nur klimastabile Wälder können ihre vielfältigen Funktionen langfristig erbringen“, so die Ministerin. Als Kohlenstoffspeicher sowie nachhaltiger Rohstoff- und Energielieferant leisteten sie einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz.

Damit der nachwachsende und klimafreundliche Öko-Rohstoff Holz auch künftig in ausreichenden Mengen erzeugt werden kann, brauche es die nachhaltige, multifunktionale Bewirtschaftung. Großflächige Stilllegungen, wie sie die EU-Kommission vorantreibt, konterkarierten hingegen die Klimaschutzeffekte von Wald und Holz. „Sonst droht eine Verschiebung der Holzversorgung in Länder mit niedrigeren Umweltstandards“, warnte die Ministerin. Ihr Resümee: Ein simples „Weiter so“ könne es nicht geben. „Wir brauchen intelligentere Lösungen als Flächenstilllegungen, um Produktion, Natur- und Klimaschutz auf der gleichen Fläche in Einklang zu bringen.“

Einwohner und Arbeitsplätze

„Bezahlbarer Wohnraum wird immer mehr zur Mangelware“, konstatierte Bürgermeister Stefan Schelle, Vorsitzender des Regionalen Planungsverbands München. In allen Wohnbereichen seien Preissteigerungen zu verzeichnen, selbst die Corona-Krise habe für keinen größeren Einbruch auf dem Markt gesorgt. Zahlreiche Fachkräfte müssten aus den Ballungszentren wegziehen - mit der Folge, „dass wertvolle Kompetenz aus der Region verschwindet.“ Für die Unternehmensentwicklung stelle der Fachkräftemangel ein großes Risiko dar. Da aber nicht nur Wohnraum, sondern auch Gewerbeflächen benötigt werden, seien die wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung aufeinander abzustimmen, um ein ausgeglichenes Verhältnis von Einwohnern und Arbeitsplätzen in allen Teilen der Region zu erreichen.

Parallel zur starken Zuwanderung in die Region müssten auch die Kapazitäten im Verkehr wachsen. „Die große Herausforderung ist, mit der Siedlungsentwicklung sowie dem Einwohner- und Arbeitsplatzwachstum Schritt zu halten“, machte der Bürgermeister deutlich. Ein ge-



Hermann Steinmaßl.



Michaela Kaniber.



Stefan Schelle.

zielter Ausbau der Infrastruktur sei zu unterstützen, damit sich Wohnungen und Arbeitsplätze dezentral entwickeln. Um dies zu bewältigen, gelte es, den öffentlichen Verkehr stark auszuweiten, insbesondere tangentielle Verbindungen und Expresslinien auch über die Regionsgrenzen hinaus zu schaffen.

Mobilität von Daten und Menschen besser umsetzen

Ein weiterer Aspekt: Arbeiten Menschen von zu Hause aus, entsteht Wertschöpfung vor Ort. Arbeitsplätze in den ländlichen Raum zu verlagern, bietet große Chancen. Die Wirtschaft verfügt durchaus über Spielräume, Unternehmensbereiche outsource und somit die Ballungsräume zu entlasten. Nicht wenige Unternehmen in den Metropolregionen entmieten bereits große Flächen. „Es gilt, die Mobilität von Daten und Menschen besser umzusetzen. Dann nehmen wir auch die Prosperität im ländlichen Raum mit“, unterstrich Schelle.

In diesem Zusammenhang verwies er aber auch auf die Nöte junger Menschen, die sich selbst in ihrem ländlichen Heimatort oft keinen Wohnraum mehr leisten könnten. Aufgrund diverser Regularien seien Kommunen mittlerweile oft nicht mehr in der Lage, Einheimischenmodelle in dem Maße anzubieten, wie dies früher möglich gewesen sei. „Damit gehen die soziale Struktur und die Identität einer Gemeinde verloren.“ Auch das Erbschaftsteuerrecht trage seinen Teil dazu bei und verteuere das Wohnen nochmals.

Kassensturz beim eigenen Anspruchsdenken

Schelle stimmte mit Ministerin Kaniber überein, „dass wir einen Kassensturz beim eigenen Anspruchsdenken machen sollten“. Es gelte, Wohnformen zu überdenken. In Deutschland gebe es einen anhaltenden Trend zu einem hohen Bedarf an Wohnfläche. Während vor 20 Jahren die Bürger im Schnitt eine Wohnfläche von 36 qm

nutzten, sind es heute ca. 47 qm.

Im Dialog bleiben

Laut Stefan Schelle muss ein pragmatischer, konstruktiver und nachhaltiger Weg gefunden werden, wenn es darum geht, gemeinsam Gewerbe, Wohnen, Naturschutz erfolgreich unter einen Hut zu bringen. „Letztlich sind wir verantwortlich für das, was wir der nächsten Generation weitergeben.“ Bleibe man auf allen politischen Ebenen mit der Wirtschaft und den Verbänden im Gespräch, werde dies auch gelingen. „Das muss die Stärke der Demokratie sein – gerade auch in den aktuellen, schwierigen Zeiten“, so der Verbandsvorsitzende.

„Flächenstilllegung können wir uns in der jetzigen Phase nicht leisten“, ergänzte Hermann Steinmaßl. Sein Appell: „Wir müssen alles dafür tun, dass die Menschen, die hier geboren werden, auch in Zukunft wohnen und arbeiten, d.h. leben können. Diese Philosophie darf uns niemals abhandeln.“ **DK**

Staatsminister Aiwanger:

„Ungerechte Straßenausbaubeiträge in Bayern sind Geschichte“

„Wir haben unser zeitliches Ziel erreicht: Die Härtefallkommission für Straßenausbaubeiträge hat noch im ersten Quartal 2022 alle rund 20.000 Bescheide verschickt“, verkündete der Vorsitzende der Härtefallkommission für Straßenausbaubeiträge, Dr. Heinz Fischer-Heidberger. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Innenminister Joachim Herrmann begrüßen, dass damit das Verfahren zu einem guten Abschluss gebracht wurde.

Die Härtefallkommission wird dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport des Bayerischen Landtags nun zeitnah einen Abschlussbericht übermitteln. Die Härtefallkommission hatte am 29. Dezember 2021 abschließend über die Verteilung des Härtefallfonds in Höhe von 50 Millionen Euro entschieden und in den vergangenen Wochen die knapp 20.000 Bescheide erstellt.

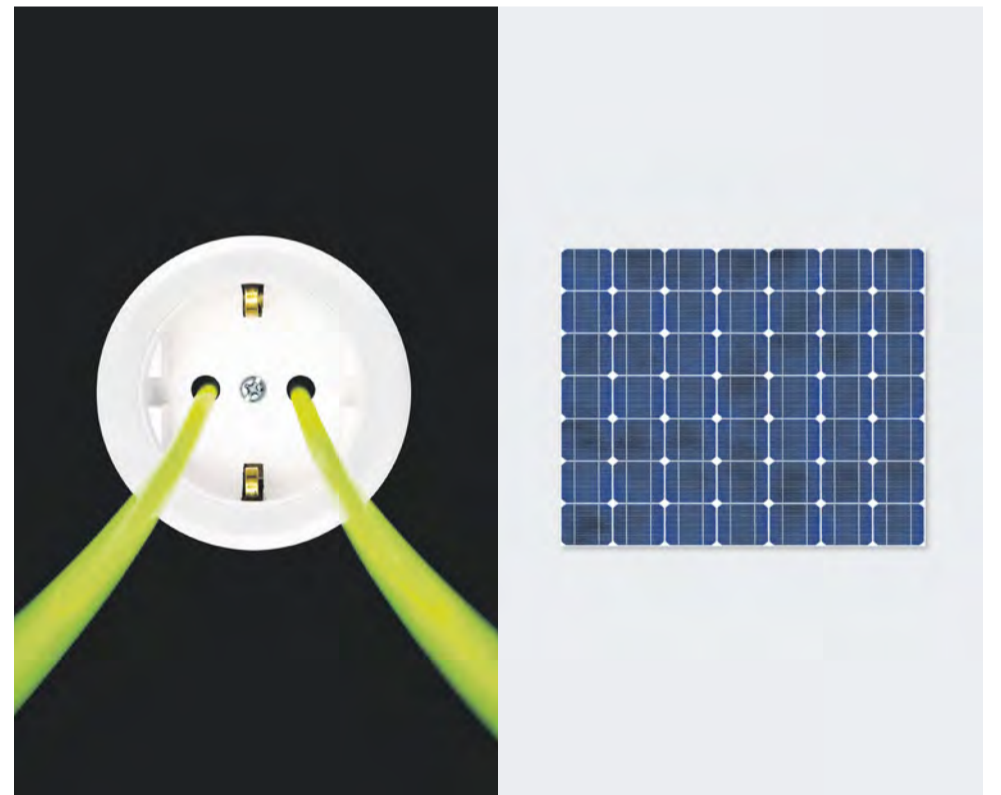
Wie Minister Aiwanger betonte, seien die aus seiner Sicht unge-

rechten Straßenausbaubeiträge in Bayern Geschichte. „Nun können die 50 Millionen Euro an tausende Hauseigentümer rausgehen, die hohe Straßenausbaubeiträge entrichten mussten.“

Schwieriger Prozess

Es sei ein langwieriger und schwieriger Prozess gewesen, der jetzt zum Abschluss gebracht werden konnte, so Aiwanger. „Kein einziges anderes Bundesland au-

ßer Bayern hat einen solchen Härteausgleich zustande gebracht. Ich freue mich, dass wir ein wichtiges Projekt unseres Koalitionsvertrags erfolgreich zum Abschluss bringen konnten, großer Dank an die Härtefallkommission.“ „Ich danke allen am Verfahren beteiligten Mitarbeitern herzlich für ihren unermüdeten Arbeitseinsatz“, so der Kommissionsvorsitzende Fischer-Heidberger. Auch Innenminister Joachim Herrmann dankte den ehrenamtlichen Mitgliedern der Härtefallkommission und ihren Mitarbeitern für ihr Engagement: „Es freut mich, dass das Verfahren zu einem guten Abschluss gebracht wurde, auch wenn es länger gedauert hat, als wir uns das 2019 vorgestellt haben.“ **□**



WIR FÖRDERN RUND UND ECKIG

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Infrastrukturprojekte genauso wie Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.



Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik:

Kommunale Wärmeplanung gewinnt an Gewicht

Die Energiewende kann nur vollbracht werden, wenn auch eine Wärmewende gelingt. Dafür müssen die städtischen Wärmeversorgungssysteme umgebaut werden. Welchen Beitrag das Instrument der kommunalen Wärmeplanung dazu leisten kann, hat das Difu für das Umweltbundesamt untersucht. Das Gutachten basiert auf der Auswertung von zehn Forschungs- bzw. Pilotvorhaben aus der Praxis sowie einem Workshop mit Fachleuten.

Nachdem einige Nachbarländer wie Dänemark, Niederlande, Österreich und die Schweiz kommunale Wärmeplanung teils seit Jahrzehnten praktizieren, wird sie nun auch in Deutschland in Wissenschaft und Praxis zum zentralen Thema. Laut Difu ist Wärmeplanung für Kommunen in einigen Bundesländern wie Baden-Württemberg bereits verpflichtend und damit Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Zudem sei zu erwarten, dass die Bedeutung dieses Instruments weiter zunehmen wird und mehr Kommunen zur Wärmeplanung verpflichtet werden.

Mehr als ein Drittel der Energie in Deutschland wird zum Heizen verbraucht: für Wohn- und öffentliche Gebäude, Gewerberäume, Fabriken und zum

Erwärmen von Wasser. „Umso schwerer wiegt, dass ausgerechnet für den Gebäudesektor die im Bundesklimaschutzgesetz verankerten Ziele in den vergangenen Jahren verfehlt wurden“, heißt es in der Studie. Wärmenetze könnten einen zentralen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele im Gebäudebereich leisten. Der Ausbau der netzbasierten Wärmeversorgung stelle daher auch einen Schwerpunkt in der kommunalen Wärmeplanung dar. Dabei könne es sowohl um die Erweiterung bestehender Wärmenetze als auch um die Errichtung neuer Wärmenetze gehen. Auch eher kleinteilige Quartiersnetze zur Erschließung lokaler Potenziale für die erneuerbare Wärmeversorgung seien zu berücksichtigen.

Wichtiger Schulterschluss

Wesentlich für den erfolgreichen Ausbau der Wärmenetze unter der Prämisse eines treibhausgasneutralen Gebäudebestands sei der Schulterschluss von Kommunen und Energieversorgern. Kommunen komme beim Ausbau der netzbasierten Wärmeversorgung eine wichtige koordinierende und motivierende Funktion zu. Sie könne sich beispielsweise bei der Erhöhung der Anschlussdichte in erneuerbar gespeisten Wärmenetzen engagieren. In ihrer Rolle als die Zuständige für die Ausschreibung von Wärmenetzen und ggf. als Gesellschafterin der Stadtwerke sollte die Kommune auf eine größtmögliche Transparenz und kundenfreundliche Preisgestaltung hinwirken.

Von zentraler Bedeutung für die Umsetzung der Wärmeplanung sei die Verknüpfung mit stadtplanerischen Instrumenten, so das Difu. Die Verknüpfung mit anderen Instrumenten und Verfahren der Stadtentwicklung

und die Berücksichtigung der Wärmeplanung bei aktuellen Entwicklungsprojekten sowie stadtpolitisch wichtigen Themen wie sozialverträglicher Wohnraumversorgung sei dabei wichtig für das Gelingen. Instrumentelle Gestaltungsmöglichkeiten für die Umsetzung der Wärmeplanung, die der Festsetzungskatalog des BauGB im Prinzip bietet, würden von den Kommunen auch aufgrund bestehender Unsicherheiten bei der Rechtsauslegung nur zurückhaltend genutzt. Kommunale Grundsatzzbeschlüsse, wie die Selbstverpflichtung im Rahmen von Bebauungsplanverfahren Energiekonzepte aufzustellen oder bestimmte Energieeffizienzstandards in städtebaulichen Verträgen festzusetzen, gebe es in einzelnen Kommunen, aber bei weitem noch nicht flächendeckend.

Know-how innerhalb der Verwaltung aufbauen

„Ein dauerhafter Erfolg bei der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung kann nur gelingen, wenn das notwendige Know-how innerhalb der Verwaltung aufgebaut wird. Die entsprechenden Mittel dafür sind von Bund und Ländern bereitzustellen und durch Qualifizierungsprogramme und Beratungsangebote zu ergänzen“, heißt es weiter.

Doch wie erfolgt der Kompetenzaufbau in den Verwaltungen? „Die Erstellung von Wärmeplänen bzw. zukünftig deren Aktualisierung, wird in der Regel an Planungsbüros vergeben. Spezialisierte Planungsbüros werden sicher auch langfristig eine wichtige Rolle spielen. Auf Dauer wird die Aufgabe der kommunalen Wärmeplanung aber wohl kaum gänzlich an Dritte ausgelagert werden können“, mutmaßt das Deutsche Institut für Urbanistik.

Für das Prüfen und kritische Hinterfragen der eingereichten Planungen (z. B. Plausibilitätsprüfung eingereicherter Energiekonzepte), für Verhandlungen über die Umsetzung geeigneter Wärmeversorgungslösungen mit der Energiewirtschaft bzw. für das Halten eines engen Kontakts mit den Stadtwerken und auch für die verwaltungsinterne Koordination usw. brauche es spezifisches Know-how innerhalb der Verwaltung. Dies sei der deutliche Tenor auch innerhalb des Fachgesprächs gewesen.

Mehr Praxiserfahrungen nötig

Die Frage, wie groß der Anteil der regelmäßig an Dritte zu vergebenden Aufgaben ist (z. B. technische Detailplanung, Kostenplanung, Rechtsberatung) und welche Aufgaben in der Verwaltung verbleiben, werde sich erst sinnvoll klären lassen, wenn mehr kommunale Praxiserfahrungen vorliegen. Auch das Miteinander zwischen externen Planungsbüros und den zuständigen innerhalb der Verwaltung müsse sich erfahrungsgemäß einspielen. Zu berücksichtigen sei dabei, dass die Wärmeplanung nicht nur innerhalb der zuständigen Koordinationseinheit in der Kommunalverwaltung entsprechende Kompetenzen und ein auskömmliches Zeitbudget verlangt, sondern (in geringerem Umfang) auch in anderen Fachämtern.

Exemplarisch nennt die Studie den Fachbereich Stadtplanung bei der Berücksichtigung energetischer Belange bei Instrumenten und Verfahren sowie den Fachbereich Gebäudemanagement mit erweitertem Prüfauftrag hinsichtlich energetischer Sanierung und netzbasierten Wärmeversorgungsmaßnahmen bei der Sanierung öffentlicher Gebäude. **DK**



Treffen des Bayerischen Sachverständigenrats für Bioökonomie im Landwirtschaftsministerium. Ministerin Michaela Kaniber (4.v.r.) mit der wiedergewählten Sprecherin Patricia Eschenlohr (4.v.l.) und weiteren Mitgliedern des Sachverständigenrats.

Bild: Judith Schmidhuber / StMELF

Michaela Kaniber und Hubert Aiwanger:

Treffen mit Bayerischem Sachverständigenrat für Bioökonomie

Anlässlich eines Treffens mit dem Bayerischen Sachverständigenrat für Bioökonomie im Landwirtschaftsministerium betonten Agrarministerin Michaela Kaniber und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger die Bedeutung der Bioökonomie. „Die Devise lautet ‚Schützen und Nutzen‘. Für unsere heimische Landwirtschaft können so zum Beispiel über nachwachsende Rohstoffe neue Einkommensperspektiven entstehen“, sagte Kaniber. „Angesichts der Ukraine-Rohstoffkrise zeigt sich die Bedeutung der Bioökonomie mehr denn je“, so Wirtschaftsminister Aiwanger.

Mit Blick sowohl auf den Klimawandel als auch auf den schrecklichen Krieg in der Ukraine sehen beide Minister dringenden Handlungsbedarf. „Wir erleben, welche Abhängigkeiten wir in Europa im Energiesektor haben. Unsere auf fossile Rohstoffe basierende Wirtschaft schrittweise zu einer nachhaltigen, biobasierten Kreislaufwirtschaft umzubauen, ist eine riesige Aufgabe. Hier können unsere Landwirte mit innovativen Ideen einen Beitrag leisten“, so Landwirtschaftsministerin Kaniber.

Schon jetzt würden biogene Ressourcen bereits fossile, mineralische oder metallische Rohstoffe ersetzen, wie die beiden Minister erläuterten. Bei dieser Entwicklung spiele der Sachverständigenrat für Bioökonomie eine bedeutende Rolle. Unter dem Begriff Bioökonomie versteht man nachhaltiges Wirtschaften auf Basis nachwachsender Rohstoffe. Dabei ist die nachhaltige Produktion biogener Rohstoffe durch Land- und Forstwirtschaft ein wesentlicher Pfeiler der Bioökonomie.

Expertise gefragter denn je

Wie die beiden Minister feststellten, sind die Themen im Bereich Bioökonomie aktueller und die Expertise des Sachverständigenrates gefragter denn je: Von drohenden Flächenstilllegungen in Landwirtschaft und Wäldern über mehr ökologischer Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe bis hin zu einer möglichen Nutzungskonkurrenz land- und forstwirtschaftlicher Biomasse. Dabei sind sich Ministerin Kaniber und der Sachverständigenrat einig, dass die Forderung von weiteren Stilllegungen von Wäldern unbegründet sei.

Hotspots der Artenvielfalt

„Bayern hat durch die Ausweisung der Naturwälder das waldgesetzliche 10-Prozent-Ziel an nutzungsfreien Staatswäldern bereits erreicht und damit ein grünes Netzwerk an geschützten Hotspots der Artenvielfalt geschaffen“, so Kaniber. Weiter hob sie hervor, dass die Forstverwaltung jetzt schon Privatwaldbesitzern Förderprogramme auf Rekordni-

veau für eine nachhaltige und integrative Waldbewirtschaftung anbietet. Zusätzlich komme noch die Holzbauintiative und das Aktionsprogramm „Klimahäuser für Bayern“ dazu, die Akzente für die nachhaltige Nutzung des klimafreundlichen Rohstoffs Holz schaffen. In der Landwirtschaft will Kaniber bis zum Jahr 2030 30 Prozent Ökolandbau erreichen: „Bayern ist mit rund 11.500 Ökobetrieben und mit rund 410.000 ha Ökofläche Ökoland Nummer Eins in Deutschland. Unser Ziel ist bis 2030 sehr ambitioniert, aber wir blicken sehr zuversichtlich in die Zukunft. Kein anderes Bundesland hat einen so hohen Ökoetat wie Bayern“.

Kaniber und Aiwanger gratulierten der Sprecherin des Sachverständigenrats Bioökonomie Bayern Patricia Eschenlohr zu ihrer Wiederwahl. „Es freut mich, dass wir mit Patricia Eschenlohr eine Gründerin im Rat haben, die deren Anliegen aus eigener Erfahrung einbringen kann“, so Aiwanger.

Die Wende zum Erfolg führen

Patricia Eschenlohr bekräftigte nach ihrer Bestätigung, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im Rat die notwendige Bioökonomie-Wende zum Erfolg führen zu wollen. „In neuer Konstellation hat der Rat letztes Jahr seine Arbeit aufgenommen und dabei den Fokus auf die holz-basierte Bioökonomie und Biokunststoffe gelegt. Im Rahmen eines parlamentarischen Abends mit Landtagsabgeordneten und Vertreterinnen und Vertretern aus Forschung, Verbänden und Wirtschaft haben wir Chancen und Herausforderungen der Bioökonomie diskutiert und Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Wir informieren Politik und Gesellschaft zu dem wichtigen und komplexen Thema Biokunststoffe und formulieren klare Handlungsempfehlungen. Die Umgestaltung unseres fossilen Wirtschaftssystems hin zu einer biobasierten Kreislaufwirtschaft war nie dringender als heute, aus Klimaperspektive sowie hinsichtlich der Versorgungssicherheit mit Rohstoffen“, betonte Eschenlohr. **□**



Die beiden Geschäftsführer, Bürgermeister Hannes Rasp (l.) und Anton Poettinger (4.v.l.), mit Bernhard Kern, Landrat des Landkreises Berchtesgadener Land (2.v.l.), sowie den kommunalen Vertretern der neuen Gesellschaft Watzmann Natur Energie.

Bild: Lindl

„Gemeinsam sind wir stark – So nah. So guad.“

Fünf Kommunen und zwei Energieversorger starten mit der Watzmann Natur Energie

Groß ist das Interesse an der neu gegründeten „Watzmann Natur Energie“ (WNE), die seit Anfang April 100 % Ökostrom für interessierte Privat- und Geschäftskunden im Landkreis Berchtesgadener Land anbietet. Bürgermeister Hannes Rasp und Anton Poettinger, die beiden Geschäftsführer der Watzmann Natur Energie, stellten der Presse sowie den rund 40 geladenen Gästen Konzept und Ziele der neuen Gesellschaft, im Rathaus von Schönau a. Königssee, vor.

Die Watzmann Natur Energie ist ein Unternehmen, das fünf Kommunen und zwei erfahrene Energieversorger als engagierte Partner mit gleicher Überzeugung vereint. Zusammen sollen neue Wege im Hinblick auf eine nachhaltige und vor allem regionale Energieversorgung beschritten werden. „Denn Regionalität, Eigenverantwortung und Unabhängigkeit ist wichtiger denn je, wie die derzeit politisch schwierige Lage zeigt“, betont Schönau Bürgermeister und Geschäftsführer der Watzmann Natur Energie, Hannes Rasp.

Die Energieversorgung selbst in die Hand nehmen, den Kunden direkt vor Ort beraten und die Wirtschaftskraft der Region stärken – diese Ziele möchten die Gemeinden und Märkte Berchtesgaden, Bischofswiesen, Schönau a. Königssee, Marktschellenberg und Ramsau b. Berchtesgaden sowie die Stadtwerke Bad

Reichenhall und Energie Südbayern mit der Watzmann Natur Energie erreichen.

„Denn gemeinsam sind wir stark. Mit dieser neuen Gesellschaft wollen wir uns den wachsenden Herausforderungen des sich schnell verändernden Energiemarkts stellen wie auch neue Energiekonzepte strukturiert und innovativ anpacken“, erläutert Thomas Weber, Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender der Watzmann Natur Energie.

Starke Marke

„Uns allen liegt die schützenswerte Natur unserer schönen Region sehr am Herzen. Deshalb war es uns wichtig, mit einer starken Marke im Berchtesgadener Talkessel eine sichere, faire und bezahlbare Energie anbieten zu können“, erklärt Anton Poettinger, Geschäftsführer der Watz-

mann Natur Energie. „Denn nicht umsonst lautet unser Motto `So nah. So guad.`“

Egal, ob Privat- oder Geschäftskunde, ob Handwerksbetrieb, Gastronomie, Hotellerie, Tourismusbereich oder öffentliche Einrichtung – die Watzmann Natur Energie ist für jeden Bewohner im Landkreis Berchtesgadener Land die richtige Adresse. „Wer sich für die Watzmann Natur Energie entscheidet, wird dies nicht bereuen“, meint Bürgermeister Hannes Rasp. „Großen Wert wird bei der Watzmann Natur Energie auf kompetente Beratung und langfristige Betreuung gelegt. Unsere persönlichen Ansprechpartner vor Ort bieten individuelle Lösungen, spezielle Tarifmodelle und kalkulierbare Kosten. Stabilität, Vertrauen und Transparenz sind für uns keine bloßen Schlagwörter, sondern werden täglich von unseren Mitarbeitern gelebt“, sagt Rasp und bekräftigt weiter: „Jeder Kunde, der jetzt zu uns wechselt, leistet automatisch selbst einen wertvollen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz in unserer Region.“

Näheres unter www.watzmann-natur-energie.de. **□**

Solarstrom um Mitternacht

Die EnergieGenossenschaft Inn-Salzach hat als erstes Unternehmen einen von der Bundesnetzagentur geförderten Solarpark mit Batteriespeicher realisiert. Sind solche Anlagen die Zukunft der Solarenergie?

Von **Christof Dahlmann, Redaktion Profil**

Reckertshausen ist ein Ortsteil der Stadt Hofheim im unterfränkischen Landkreis Haßberge, rund 30 Kilometer nordöstlich von Schweinfurt gelegen. Bereits seit 2010 gab es mehrere Anläufe, nördlich des Orts einen Solarpark zu errichten. Doch die bisherigen Investoren zögerten, unter anderem wegen der hügeligen Topografie des Geländes. Damit alle Solarpaneele genügend Sonne abbekommen, müssen die Reihen dort lichter angeordnet werden. Das schmälert den Ertrag. Außerdem liegt der Einspeisepunkt in das allgemeine Stromnetz rund fünf Kilometer vom Standort entfernt. Je größer die Distanz zum Einspeisepunkt ist, desto höher sind die Kosten, um den Solarpark an das Netz anzubinden.

Die EnergieGenossenschaft Inn-Salzach (EGIS eG) traute sich das Projekt trotzdem zu. Denn moderne Photovoltaik-Anlagen sind dank des technischen Fortschritts deutlich effizienter geworden, sodass sich auch Projekte an Standorten lohnen, die früher nicht wirtschaftlich zu betreiben waren. Ende Januar 2022 hat sie den Bürgersolarpark Reckertshausen schließlich in Betrieb genommen. Die Anlage besteht aus den beiden Freiflächenanlagen „Hühnerellern“ und „Haßberge“. Als Glücksfall erwies sich für die EGIS eG jedoch ein neues Fördermodell, um Anreize für die Verbindung von Solar- oder Windkraftanlagen mit Energiespeichern zu schaffen. „Die Innovationsausschreibung der Bundesnetzagentur, mit der 2021 erstmals solche Kombianlagen gefördert wurden, war für uns der Game-Changer“, betont Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG.

Prozess geschätzt um rund ein Jahr verkürzt. Wir mussten den Bebauungsplan nur geringfügig ändern und beispielsweise den Speicher ergänzen“, erklärt Lang. Auch die Bauarbeiten verliefen weitestgehend reibungslos. Lang



Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender EGIS eG. Bild: EGIS eG

Exkurs: Ökostrom für 2.600 Haushalte

Der Solarpark Reckertshausen weist eine Maximalleistung von insgesamt zehn Megawatt auf. Die Freiflächenanlage Hühnerellern steuert rund 6,8 Megawatt bei, die Freiflächenanlage Haßberge rund 3,5 Megawatt. Insgesamt wurden 23.000 Hochleistungsmodule auf einer Fläche von rund 13 Hektar verbaut. Damit können rechnerisch 2.600 Haushalte mit Ökostrom versorgt werden. Die Investitionssumme liegt bei 14 Millionen Euro.

Die EGIS eG erhielt von der Bundesnetzagentur den Zuschlag, die beiden Projekte in Reckertshausen als Photovoltaik-Speicher-Kombikraftwerke auszuführen. Die Umsetzung ging schnell, da der Flächennutzungsplan bereits stand und auch die Baugenehmigung vorlag. „Das hat den

geht deshalb davon aus, dass der Solarpark Reckertshausen das erste Projekt aus der Innovationsausschreibung 2021 ist, das umgesetzt wurde. „Wir sind damit sozusagen Deutschlands innovativster Solarpark“, bekräftigt der Vorstandschef der Genossenschaft.

Energiespeicher entlasten das Stromnetz

Innovativ sind vor allem die Batteriespeicher des Solarparks mit einer Leistung von insgesamt 7,2 Megawattstunden. Diese hat das Unternehmen MaxSolar aus Traunstein entwickelt, mit der die EGIS eG regelmäßig zusammenarbeitet. MaxSolar hat den Solarpark zudem gebaut und anschließend an die Genossenschaft übergeben, die den Park nun betreibt.

Agrarministerin Kaniber:

Multitalent Biomasse würdigen

Die Land- und Forstwirtschaft ist ein bedeutender Lieferant für Rohstoffe, die auch in der Chemie- und Automobilindustrie benötigt und genutzt werden. Gleiches gilt auch beim Thema erneuerbare Energien. Denn, was fast niemand realisiert: Biomasse steht für mehr als 50 Prozent aller bereitgestellten erneuerbarer Energien bei Wärme, Strom und Kraftstoff.

Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber fordert daher von der Bundesregierung, dass das Multitalent Biomasse endlich entsprechend seiner vielfältigen Möglichkeiten gewürdigt wird. „Es ist wirklich ein Unding und für mich unverständlich, dass wir scheinheilig über Flächenstilllegungen diskutieren und sehenden Auges in ein Scheitern der klimafreundlichen Wirtschaftsumstellung rennen. Auf europäischer Ebene wird immer lauter über das Thema Flächenstilllegungen diskutiert und gleichzeitig soll parallel die Energiewende umgesetzt und die Bioökonomie vorangetrieben werden. Das widerspricht sich in meinen Augen immens. Denn dafür ist es zwingend erforderlich, ausreichend nachwachsende und nicht fossile Rohstoffe zur Verfügung zu stellen. Und das können nun mal nur unsere

Land- und Forstwirte“, erläutert Kaniber.

Beim Thema Biomasse gibt es aus ihrer Sicht noch viele ungenutzte Potenziale, die gehoben werden können und müssen. Um dies zu ermöglichen, brauche es aber zuverlässige und planbare Anreize für die Betriebe. Das gelte sowohl im stofflichen als auch im energetischen Bereich. Gerade kleine Güllebiogasanlagen könnten durch eine etwas höhere Vergütung zur Nutzung der ansonsten brachliegenden Gülle motiviert werden. „Ich fordere, dass die Bundesregierung bei der Entwicklung der Biomassestrategie die Länder einbindet. Der Ball liegt ganz klar bei der Bundesregierung. Bayern und seine Landwirtinnen und Landwirte sind bereit, ihren Beitrag für die Gesellschaft und Energiewende zu leisten“, so die Ministerin. □

gespeist wird, wenn überall die PV-Anlagen unter Volllast laufen. Ein sehr wichtiger Aspekt für die Stabilität der allgemeinen Stromversorgung. Weil immer mehr Sonnenstrom produziert wird, entsteht mittlerweile regelmäßig ein Überangebot, vor allem zur Mittagszeit. Wenn die Netzbetreiber feststellen, dass das Netz den Sonnenstrom nicht mehr aufnehmen kann, sind sie berechtigt, die Anlagen abzuschalten. Pascal Lang kennt solche Fälle nur zu gut: „Das passiert auch unseren Solarparks immer wieder. Entschädigungen federn den finanziellen Verlust zwar ab, doch

natürlich ist es ärgerlich, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien verschwendet wird.“

Speicher: Schlüsseltechnologie für CO2-neutrale Energieversorgung

Energiespeicher spielen eine entscheidende Rolle für das Gelingen der Energiewende. „Sie sind für die Versorgungssicherheit bei einer weitgehend CO2-neutralen Energieversorgung die Schlüsseltechnologie schlechthin“, betont Jürgen Karl, Professor für Energieverfahrenstechnik an der Universität Erlangen-Nürnberg im Interview mit „Profil“. Während Energiespeicher für Privatverbraucher schon länger eine interessante Ergänzung zur Photovoltaik-Anlage auf dem Dach sind, waren sie für Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen oder Netzbetreiber zu kostspielig. Da sich die Technik inzwischen weiterentwickelt hat und auch die Preise gesunken sind, rückt ein wirtschaftlich rentabler Betrieb in greifbare Nähe. Auch die Bundesnetzagentur fördert zunehmend Energiespeicher, erstmals 2021 durch eine Innovationsausschreibung.

Lang hält Energiespeicher noch aus einem anderen Grund für sinnvoll: Sie könnten die Wertschöpfungsquote von E-Auto-Batterien deutlich erhöhen. Denn diese Batterien halten normalerweise bis zu zehn Jahre, anschließend müssen sie mühsam recycelt werden. Für Energiespeicher reiche die verbleibende Leistung jedoch aus, sagt Lang: „Während Batterien bei E-Autos möglichst schnell laden sollten, ist die Geschwindigkeit für die Stromspeicherung nicht so entscheidend. Deshalb kann ich mir gut vorstellen, dass ausgemusterte E-Auto-Batterien flächendeckend in Energiespeichern zum Einsatz kommen.“

Genossenschaft sorgt für Bürgerbeteiligung vor Ort

Die Menschen vor Ort konnten sich auf zwei Wegen am Solarpark beteiligen. Einerseits hatten sie die Möglichkeit, Genossenschaftsanteile zu erwerben. Andererseits konnten sie Nachrangdarlehen zeichnen. „Auf diese Weise treiben wir die Energie-

wende in Bürgerhand voran und binden die Mitglieder langfristig in nachhaltige Projekte ein“, erklärt Lang.

Auch wenn die EGIS eG das Projekt in kurzer Zeit realisiert hat, gab es durchaus Herausforderungen. Energiespeicher sind Neuland für die Genossenschaft. „In Themen wie Wartung, Brandschutz oder Klimatisierung der Anlage mussten wir uns erst einmal einarbeiten. Da haben wir in den vergangenen Monaten viel dazugelernt“, betont Lang. Beteiligungsbedarf gab es deswegen auch mit der VR-Bank Rottal-Inn, die der EGIS eG ergänzend zur Bürgerbeteiligung ein Darlehen für den Solarpark Reckertshausen gewährt hat. Unter anderem waren wegen des Batteriespeichers einige zusätzliche Details zur Finanzierung und zur Versicherung des Solarparks abzuklären. „Glücklicherweise haben wir eine gute Kundenbeziehung zur VR-Bank Rottal-Inn, die Vertrauensbasis war also gegeben, um so ein Projekt gemeinsam zu stemmen“, macht Lang deutlich.

BKW als Stromabnehmer

Abnehmer des EGIS-Stroms aus dem Solarpark Reckertshausen ist das Schweizer Unternehmen BKW aus Bern, das auch in Deutschland aktiv ist und sich unter anderem auf die Vermarktung von regenerativ erzeugtem Strom spezialisiert hat. Dazu hat die EGIS eG einen langfristigen Stromliefervertrag (Power Purchase Agreement; PPA) mit BKW abgeschlossen.

Die Direktvermarktung von Strom über PPA-Verträge sei zwar mittlerweile Standard, doch in Kombination mit Speichern gebe es nur wenige Unternehmen, die entsprechende Leistungen anbieten, stellt Lang fest. „Letztlich hatten wir mehr Arbeit als gedacht. Wir sind aber sehr froh, dass wir den Solarpark Reckertshausen realisieren konnten. Das zeigt, dass sich auch schwierige Projekte umsetzen lassen, wenn es neue und innovative Vermarktungsmöglichkeiten gibt.“

Die Webseite der EnergieGenossenschaft Inn-Salzach eG: <https://www.egis-energie.de/> □

Wärmewende mit Holz

Wirtschaftsminister Aiwanger: „Holz und Biomasse werden heuer 20 Prozent des bayerischen Wärmebedarfs decken“

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat zum Ende der Veranstaltungsreihe „Wärmewende mit Holz“ die Bedeutung von Holz für Energie und Klimaschutz unterstrichen. Laut Aiwanger „ist Holz als nachhaltiger Rohstoff ein zentraler Baustein unserer Energie- und Wärmewende. Diese Botschaft ist wichtig, denn unterschiedliche Interessengruppen haben den Rohstoff Holz als Energielieferant in Misskredit gebracht - vollkommen zu Unrecht.“

Holz kann in großem Ausmaß fossile Energieträger ersetzen und fällt bei der dringend nötigen Durchforstung der Wälder an. Je nach Holzart ersetzt ein Ster Holz, was einem Raummeter entspricht, bis zu 200 Liter Heizöl. Gerade in ländlichen Gebieten ist die Wärmegewinnung aus Holz nicht nur Tradition, sondern hat auch Zukunft. Die Wärme eines Holzofens ist behaglich und wohltuend.“

Steigende Nachfrage

Bayernweit steigt die Nachfrage nach Brennholz aufgrund der steigenden Energiepreise wieder stark an. Ofenbauer berichten über eine wachsende Nachfrage nach Scheitholz- oder Pelletöfen oder Hackschnitzelanlagen. „In diesem Jahr werden wir unser Ziel erreichen und 20 Prozent des gesamten Wärmebedarfs im Freistaat aus Biomasse erzeugen - vor allem auch dank Holz. Politische Rückendeckung gibt unser Förderprogramm „BioKlima“. Pro Jahr fördern wir dabei Investitionen in neue und umweltchonende Biomasseheizwerke mit 2,5 Millionen Euro.“ □

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe zeichnete der Wirtschaftsminister die Wäscherei Top Clean aus Lohberg als „Gestalter im Team Energiewende Bayern“ aus. Das Unternehmen aus dem Landkreis Cham hat mit „BioKlima“-Fördermitteln in einen 2 Megawatt starken Biomassekessel investiert. Dieser produziert auf Basis regionaler Holzpellets Prozesswärme. Seit der Inbetriebnahme 2014 wurden dadurch 4,2 Millionen Liter Heizöl ersetzt und 12.000 Tonnen CO2 vermieden.

Die Veranstaltungsreihe „Wärmewende mit Holz“ findet seit 2015 jährlich statt. Aufgrund der Pandemie wurden die diesjährigen Termine überwiegend digital durchgeführt und erreichten dabei rund 1.800 Teilnehmer. Die Veranstaltungen werden von dem Beratungszentrum LandSchaftEnergie (LSE), den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, C.A.R.M.E.N. e. V. (Centrales Agrar-Rohstoff-Marketing- und Energie-Netzwerk) und dem Technologie- und Förderzentrum (TFZ) Straubing umgesetzt. □

Energie für heute und morgen



Mit Gas geht's

Zuverlässig für Sie da

erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben



Olaf Lies. Bild: Nds. Ministerium f. Umwelt, Energie, Bauen u. Klimaschutz



Dr. Patrick Graichen. Bild: BMWK / Susanne Eriksson



Hubert Aiwanger. Bild: Bay. Wirtschaftsministerium / R.Kerl

[Energienministerkonferenz von Bund und Ländern:](#)

Im Krisenmodus

Ihre Entschlossenheit, die Energiewende konsequent voranzutreiben und die Abhängigkeit von russischen Importen zu reduzieren, bekräftigten die Energieminister von Bund und Ländern bei ihrem jüngsten Treffen unter Vorsitz des niedersächsischen Ministers für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Olaf Lies.

Die Bundesregierung wird in Kürze ein Gesetzgebungspaket zur Beschleunigung der Energiewende auf den Weg bringen. Für den Sommer vorgesehene weitere Maßnahmen zur Flächenverfügbarkeit für Wind und zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen bereits im Mai in die Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden. Thema des Treffens waren außerdem die aktuellen Vorsorgemaßnahmen, die notwendig

sind, um die Energieversorgung auch im Falle von Lieferunterbrechungen oder Versorgungsengpässen sicherzustellen. Dabei wurde auch die Entscheidung des BMWK, die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas auszurufen, erörtert.

Dr. Patrick Graichen, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, wies darauf hin, dass es derzeit keine Versorgungsengpässe gebe, es aber aufgrund der aktu-

ellen Lage geboten sei, die Vorsorgemaßnahmen zu erhöhen, insbesondere die ausreichende Befüllung der Gasspeicher sicherzustellen, um auf eine etwaige Eskalation seitens Russlands vorbereitet zu sein.

Gas ersetzen durch andere Energiequellen

Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger verlangte vom Bund, „bereits jetzt Gas wo immer möglich durch andere Energiequellen zu ersetzen, um einer möglichen Gasmangellage frühzeitig zu entgegen“. Die Stromproduktion sollte neben den Erneuerbaren Energien vorrangig

mittels Kohlekraftwerke erfolgen, soweit technisch möglich, um Gas zu sparen. „Dafür müssen die Rahmenbedingungen gesetzt und die Kohlevorräte maximal aufgefüllt werden. Wir brauchen sechs bis zwölf Monate Vorratshaltung bei Kohle, die wir weltweit kaufen können und müssen. Strom und Öl müssen gezielt günstiger werden, damit sich der Verbrauch dorthin verlagert“, so Aiwanger.

Weitere Maßnahmen, die schnell wirksam sind, müssten ergriffen werden: „Biogasanlagen müssen entbürokratisiert und voll ausgelastet sowie Flächenstilllegung in der Landwirtschaft zumindest temporär aufgehoben werden. Denn hier können wir beispielsweise Energiepflanzen zur Stromerzeugung anbauen“, erklärte der Minister. Des Weiteren seien Vorkehrungen zu treffen, um Lkw im Ernstfall umgehend auf einen Betrieb ohne AdBlue umstellen zu können, da auch zur AdBlue-Produktion Gas benötigt wird. „So stellen wir sicher, dass es nicht plötzlich zu Transportengpässen kommt.“

Auch Endverbraucher könnten den Gasverbrauch beim Heizen reduzieren, indem sie so weit wie möglich auf strombetriebene Endgeräte umstellen. Auch dazu muss Strom durch Steuersenkungen günstiger werden: „So sorgen wir dafür, dass alle systemrelevanten Betriebe weiter mit Gas versorgt werden können, bei denen es keine Ersatzlösungen gibt. Ich hoffe aber

sehr und rechne damit, dass die Verhandlungen in den kommenden Wochen zu einer vernünftigen Lösung führen werden und es nicht zu einem Gasembargo kommt“, stellte Aiwanger fest. Das Bayerische Wirtschaftsministerium habe bereits seit mehreren Wochen einen eigenen Krisenstab Gasversorgung mit Vertretern der Energieunternehmen, Wirtschaftsverbänden und Industrie eingerichtet.

Sehr ernstes Zeichen

Ministerpräsident Dr. Markus Söder nannte die Ausrufung der Frühwarnstufe im Notfallplan Gas durch die Bundesregierung ein „sehr ernstes Zeichen“. Er forderte den Bund zur Sicherstellung der Energieversorgung auf und plädierte für einen eigenen Krisenstab dazu im Kanzleramt. Außerdem rief Söder erneut dazu auf, Atom- und Kohlekraftwerke länger laufen zu lassen als bisher geplant. Es wäre geradezu absurd, in einer solchen Situation nun andere Energieträger abzuschalten, warnte der CSU-Vorsitzende und verwies auf drohende massive Einschnitte für die Wirtschaft und Massenarbeitslosigkeit.

Für VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing ist die Feststellung der Frühwarnstufe nach dem Notfallplan Gas „eine richtige und notwendige Entscheidung“ des zuständigen Ministers Habeck. Sie ergänze seine Bemühungen um mehr Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen. Aktuell bestehe noch keine Mangellage. Der Schritt diene aber der rechtzeitigen Vorbereitung auf einen möglichen russischen Lieferstopp und eine dann folgende Unterversorgung. Erforderlich sei nun, im sog. Krisenteam mit Vertretern der Bundesregierung, der Bundesnetzagentur, der Länder und der Branche zusammenzukommen und Vorkehrungen für die bei einem Lieferstopp notwendige Notfallstufe zu treffen. Sie gehe einher mit umfassenden Rechten und Pflichten der Bundesnetzagentur.

vorbereiten und diese rechtlich richtig einordnen können.

Klarer Fahrplan

Obwohl aktuell noch keine Mangellage vorliegt, ist es aus Andreaes Sicht notwendig, dass alle Beteiligten für den Fall einer Lieferunterbrechung einen klaren Fahrplan zu ihren Rechten und Pflichten haben. „Das heißt, wir müssen jetzt die Notfallstufe konkret vorbereiten, denn im Fall einer Lieferunterbrechung muss es schnell gehen. Die Gasversorgung werden weiterhin ihre Verantwortung wahrnehmen, die Gasversorgung zu sichern und entsprechende Maßnahmen in Abstimmung mit der Bundesnetzagentur vorbereiten. Klar ist, die geschützten Kunden, zu denen private Haushalte und soziale Dienste wie Krankenhäuser und Feuerwehr gehören, werden weiter versorgt. Für alle weiteren Kunden, zu denen auch die Industrie gehört, brauchen wir eine Positiv-Liste, die festlegt, welche Industrien und Sektoren weiterhin mit Gas versorgt werden.“

Nach Auffassung von Dr. Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK), unterstreicht das Ausrufen der Frühwarnstufe des Notfallplans Gas die kritische Lage an den Energiemärkten: „Für Bayerns Wirtschaft ist das Versorgungsrisiko groß, da russisches Erdgas eine wichtige Rolle in vielen Industriebetrieben spielt. Angesichts der angespannten Lage ist es vollkommen richtig und notwendig, dass nun ein Krisenstab die Situation täglich beurteilt und weitere Vorbereitungen koordiniert. Wir begrüßen, dass das Bayerische Wirtschaftsministerium im Krisenstab der Bundesregierung vertreten ist.“

Betriebe, die auf Erdgas angewiesen sind, sollten spätestens jetzt Notfallpläne aufstellen, um Schäden an Anlagen und Produktionsgütern durch Erdgas-Lieferstopps so gut wie möglich zu vermeiden. Wichtig sei im Einzelfall auch der offene Austausch mit den Energieversorgern, um Klarheit über vertragliche Regelungen bei möglichen Einschränkungen oder Abschaltungen zu erhalten, so Gößl weiter. Laut einer Studie des BDEW sei das Ausweichen auf andere Energieträger für die meisten Industriebetriebe kurzfristig nicht möglich. Das Substitutionspotenzial für Erdgasanwendungen umfasse nur acht Prozent des gesamten industriellen Erdgasverbrauchs. „Die Industrie würde damit von einem Lieferstopp voll getroffen werden, ohne dass realistische kurzfristige Optionen einer Energieträgersubstitution bestehen“, heißt es in der Studie weiter.

Schnellkredit- und Eigenkapitalprogramme

Der BIHK fordert daher weiter den Einsatz aller Instrumente, um die Energieversorgung zu stabilisieren und das Energieangebot unabhängig von russischen Lieferungen zu erhöhen. Die Bundesregierung müsse auch Schnellkredit- und Eigenkapitalprogramme für besonders betroffene Unternehmen vorbereiten. Diese sind nach Gößls Einschätzung besonders in den energieintensiven Branchen zu finden, wie Zement- und Ziegelfabriken, Metallindustrie, Nahrungsmittelindustrie mit Molkereien, Zucker, Stärke- und Futtermittelherstellern, die komplette chemische Industrie, Glas- und Keramikindustrie und Papierhersteller. In diesen Branchen stehen in Bayern mehr als 200.000 Jobs auf dem Spiel. Die Dominoeffekte durch Produktionsausfälle und massive Preissprünge quer durch alle Sektoren wären verheerend. **DK**



Dr. Markus Söder. Bild: Staatskanzlei



Ingbert Liebing. Bild: VKU/Chaperon



Kerstin Andreae. Bild: Trutschel/BDEW



Dr. Manfred Gößl. Bild: IHK München

[Entwurf der EEG-Novelle 2023:](#)

Anspruch und Wirklichkeit

BDW und vbw sehen Wasserkraft benachteiligt

Deutliche Kritik am Entwurf der EEG-Novelle 2023 haben der Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) und die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft geübt. „Falls diese so umgesetzt wird, wie es in dem im eigenen Haus entwickelten Referentenentwurf aktuell geplant ist, droht die Wasserkraft massiv zurückgebaut zu werden“, erklärte BDW-Präsident Hans-Peter Lang. Hier werde mit zweierlei Maß gemessen. „Dass die Wasserkraft unter den erneuerbaren Energien als einzige benachteiligt werden soll, ist völlig unverständlich und würde dem Wirtschaftsstandort Bayern schaden“, stellte vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt fest.

Aktuell erzeugen Wasserkraftanlagen in Deutschland täglich im Schnitt rund 55 Millionen CO₂-freie Kilowattstunden Strom, dies zudem verlässlich, flexibel regelbar und netzstabilisierend. Trotzdem soll dieser Technologie laut Referentenentwurf zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2023 – anders als den anderen regenerativen Energien – das übergeordnete öffentliche Interesse abgesprochen werden. „Dies ist eine einseitige Diskriminierung der Wasserkraft und würde zu einer gravierenden Benachteiligung zum Beispiel in Genehmigungsanträgen für effizienzsteigernde Modernisierungsmaßnahmen führen, betonte Lang. Für viele kleine, seit Jahrzehnten bestehende Wasserkraftanlagen wäre bei Umsetzung dieser Pläne der Weiterbetrieb gefährdet.“

„Gerade hat das BMWK zum Ausrufen der Frühstufe des Notfallplans Gas erklärt, dass die Bundesregierung alles tue, um die Versorgungssicherheit in Deutschland weiter zu gewährleisten“, erläuterte der Präsi-

dent. Zudem sei jeder Gasverbraucher – von der Wirtschaft bis zu Privathaushalten gehalten, seinen Energieverbrauch so gut wie möglich zu reduzieren. „Wir verstehen den Appell vor dem Hintergrund eines möglichen Lieferstopps von Erdgas aus Russland, aber es ist uns schleierhaft, weshalb parallel dazu die Rahmenbedingungen für die Wasserkraft gravierend verschlechtert werden sollen“, so Lang. Jede Kilowattstunde



BDW-Präsident Hans-Peter Lang. Bild: BDW

Strom aus Wasserkraftanlagen, die wegfielen, müsste mit Gas zur Stromerzeugung in Gaskraftwerken ersetzt werden.

Was auf dem Spiel steht und welches Potenzial die Wasserkraft bietet, unterstrich Lang mit folgenden Zahlen: Aktuell sind im Bundesgebiet rund 7.300 Wasserkraftanlagen mit einer installierten Leistung von 5,6 Gigawatt in Betrieb. Der Stromertrag liegt bei rund 20 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr. 2019 lag der Anteil der Wasserkraft an der Stromversorgung in Deutschland bei rund 3,5 Prozent, bezogen auf den Strom aus regenerativen Anlagen betrug er 8,3 Prozent. Die Anlagen sparen jedes Jahr rund 15 Millionen Tonnen CO₂ ein.

Sicherung und Förderung

„Anstatt per Gesetz zu bewirken, dass der Anteil geschmälert wird, sollte lieber dafür gesorgt werden, dass die Stromerzeugung aus Wasserkraft gesichert und durch die Förderung von Modernisierungsmaßnahmen gesteigert wird“, bekräftigte der BDW-Präsident. Schließlich zähle jede Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Energien.

Auch die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. fordert, die Wasserkraft nicht zu benachteiligen: „Für die bayerische Stromversorgung ist die Wasserkraft eine tragende Säule. Im Jahr 2020 haben unsere Was-

serkraftwerke rund 15 Prozent des bayerischen Bruttostroms erzeugt. Dass im Referentenentwurf der EEG-Novelle die Wasserkraft unter den erneuerbaren Energien als einzige benachteiligt werden soll, ist völlig unverständlich und würde dem Wirtschaftsstandort Bayern schaden“, so vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

Aus Sicht der vbw gibt es beim Ausbau und der Modernisierung von Wasserkraft weitere Potenziale, die gehoben werden müssen. Die flexibel regelbare Wasserkraft dürfe angesichts der ambitionierten Klimaziele und der großen Herausforderung der Energiewende nicht ausgebremst werden. Auch als Baustein zur Verringerung von Abhängigkeiten von russischen Energieimporten sei die Wasserkraft bestmöglich zu nutzen und zu fördern.

Eine weitere Einschränkung der vbw darin begründet, dass die Förderung von Wasserkraft wieder an die Einhaltung der gewässerökologischen Anforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) geknüpft werden soll. „Wasserkraft ist grundlastfähig, klimafreundlich, wenig witterungsanfällig und produziert unabhängig von der Tageszeit Strom“, erklärt Brossardt und ergänzt: „Ohne eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Umwelt- und Klimaschutz wird die Energiewende nicht gelingen. Mit Blick auf die große Herausforderung, vor der wir durch den Klimawandel stehen, müssen alle erneuerbaren Energien ohne einseitige Diskriminierung gefördert und ausgebaut werden. Das gilt in Zeiten unsicherer Energieversorgung in besonderem Maße.“ **DK**

Vorbereitung auf mögliche Notlage

Liebing zufolge sind sich die Stadtwerke ihrer Verantwortung für die Versorgungslage bewusst und bereiten sich auf eine mögliche Notlage vor. „Niemand wünscht sie sich, aber niemand kann sie zurzeit ausschließen.“ Die Stadtwerke benötigten dafür aber auch klare Kriterien und Rechtssicherheit bei der im Knappheitsfall erforderlichen Priorisierung, wem weiterhin wie viel Gas geliefert werden kann. Möglicherweise sei es für den Fall eines Lieferstopps auch erforderlich, umfangreiche Beschränkungen und Vorgaben für den Gashandel zu verfügen und die kommunalen Energieversorger finanziell abzusichern. Hier seien Bundesregierung und Bundesnetzagentur gefordert.

Auch Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, bezeichnet die Ausrufung der Frühwarnstufe als wichtigen Schritt, der nun ermöglicht, auch auf formalem Weg Vorsorge für eine eventuell mögliche erhebliche Verschlechterung der Gasversorgungslage zu treffen. Es gehe darum, dass alle von einem möglichen Lieferstopp russischer Gasmengen betroffene Unternehmen sich jetzt auf diese Situation vorbereiten und so einen wertvollen Beitrag zur Krisenvorsorge leisten können, dass im Sinne der Versorgungssicherheit in Deutschland europaweit einheitlich vorgegangen wird und alle Gasnetzbetreiber und Gasversorgungsunternehmen sich auf die zu ergreifenden Maßnahmen und die erforderlichen Abläufe im Krisenfall

BWE Bayern legt „besseres Windkonzept“ vor

„Windenergie kann mindestens 30 Prozent des zukünftigen Strombedarfs in Bayern abdecken“, rechnet der Bundesverband Windenergie – Landesverband Bayern (BWE Bayern) in seinem neuen Positionspapier „Bayerns besseres Windkonzept“ vor. Somit geht der Verband künftig von einem deutlich höheren Anteil der Windenergie an der bayerischen Energieversorgung als die Staatsregierung aus. „Die von Ministerpräsident Söder genannten 500 neuen Windenergieanlagen entsprechen weder dem Potenzial Bayerns als flächengrößtes Bundesland noch den Herausforderungen, um Klimaneutralität und Versorgungssicherheit für Bayern zu erreichen“, stellte BWE-Landesvorsitzender Dr. Bernd Wust fest.

Aus Sicht des Verbandes kann der enorme zusätzliche Bedarf Bayerns an elektrischer Energie für Strom, Wärme und Verkehr im Wesentlichen nur mit einem starken Ausbau der Photovoltaik und Windenergie gedeckt werden; sie böten die größten und am schnellsten zu realisierenden Potenziale. Zudem ergänzten sie sich auch systemisch in idealer Weise – mit entsprechend positiven Auswirkungen auf den Netzausbau und die Versorgungssicherheit im Freistaat.

Anhand aktueller Energieprognosen und eigener Berechnungen ergibt sich für den BWE ein Ausbauziel von ca. 120 Terrawattstunden (TWh) Strom aus Erneuerbaren Energien bis 2040. Dies würde bedeuten, dass der jetzige Anteil aus regenerativen Ressourcen in Höhe von ca. 40 TWh verdreifacht werden müsste. Für die Windenergie lassen sich daraus laut BWE Bayern folgende Ausbaupfade ableiten:

- Bis 2030 Erhöhung der installierten Leistung von jetzt 2,5 Gigawatt (GW) auf ca. 8,5 GW. Dies

entspricht einem Zubau von insgesamt ca. 1.200 Windenergieanlagen (WEA) bzw. ca. 130 WEA pro Jahr mit jeweils 5-6 MW Nennleistung. Hinzu kommt der in 2030 noch vorhandene WEA-Bestand von ca. 700 WEA mit 2 GW installierter Leistung.

- Bis 2040 wäre dieser Ausbau (= Zubau plus Repowering der genannten 700 WEA) dann in einem etwas höheren Tempo fortzusetzen (ca. 180 WEA pro Jahr), um letztlich auf insgesamt ca. 3.000 WEA mit einer Nennleistung von ca. 18 GW zu kommen. Damit ließe sich mindestens 30 Prozent des im Jahr 2040 in Bayern verbrauchten Stroms erzeugen.

Um die vorgenannten Ausbauziele zu erreichen, müssten in den Regionalplänen auch genügend Standortflächen ausgewiesen werden. Mit der 2%-Zielvorgabe der Bundesregierung stehen dafür aus Sicht des BWE auch in Bayern ausreichend Flächen zur Verfügung. Als Zwischenschritt bis 2030 hält der Branchenverband ca. 1% der Landesfläche für erforderlich. Die jetzige 10H-Regelung lasse diese Ziele jedoch nicht ansatzweise erreichen und sei deshalb sofort aufzuheben.

Neben der Abschaffung der 10H-Regelung gibt es aus Sicht des BWE weitere Stellschrauben, die für den Erfolg der bayerischen Energiewende entscheidend sind. So bedürfe beispielsweise der Windenergieerlass und darin vor allem die überholten Artenschutzvorgaben, aber auch die wissenschaftlich veralteten Abstandsregeln zu Erdbebenstationen, einer grundlegenden Neukonzipierung.

Mit Blick auf die deutschlandweite Situation brauche es darüber hinaus eine verbindliche Südquote in der EEG-Ausschreibung, damit der Ausbau der Windenergie Aufgabe aller Bundesländer bleibt. Nur dann könnten

sämtliche Regionen Deutschlands gleichermaßen als Stromproduzenten und -konsumenten agieren und die Stromversorgung zu deutschlandweit gleichen Bedingungen gesichert werden. Die Südquote müsse deshalb bei der laufenden Novellierung des EEG beibehalten und dort auch europarechtlich durchgesetzt werden.

„Eine faktische Blockade der Windenergie und eine Verklärung Bayerns als Sonnenland bieten keine Zukunftsperspektive“, bilanzierte Wust. Die Entwicklungen der vergangenen Wochen hätten zudem drastisch vor Augen geführt, wie abhängig Bayern von importierten fossilen Energieträgern und insbesondere von russischem Gas und Erdöl sei. Um möglichst viel des im eigenen Land verbrauchten Stroms selbst zu erzeugen und die Menschen und die heimische Wirtschaft sicher und kostengünstig mit Energie versorgen zu können, müsse der Freistaat alle Optionen für den Ausbau der Erneuerbaren nutzen. **DK**

Neubauegebiete und Bauleitplanung

Treffen des Kommunalen Energieeffizienz-Netzwerks Ebersberg-München

Neue Wohngebiete sorgen erst einmal für einen steigenden Energieverbrauch. Das ist Fakt. Doch mit klugen Lösungen können Kommunen den zu erwartenden Verbrauch drastisch senken und Energieressourcen gleich von Beginn an effizient nutzen. Wie das möglich ist, erklärte Dr. Harald Schäffler beim 6. Netzwerktreffen des Kommunalen Energieeffizienz-Netzwerks Ebersberg-München.

In seinem Fachvortrag stellte der Geschäftsführer des in Freiburg im Breisgau ansässigen Ingenieurbüros Schäffler sinnig unter anderem ein kaltes Nahwärmenetz in der Gemeinde Schlier vor. Solche Systeme arbeiten mit Temperaturen im Bereich von 10 bis 25 °C und stellen somit eine Grundwärme bereit, die innerhalb der angeschlossenen Häuser durch Wärmepumpen auf das übliche Warmwasserniveau gehoben wird. Zugleich kann das niedrige Temperaturniveau kalter Nahwärmenetze im Sommer zur Kühlung der Häuser genutzt werden. Das Netz in der Gemeinde Schlier, einer Nachbargemeinde der Stadt Ravensburg, deckt die Hälfte des Strombedarfs der angeschlossenen Wärmepumpen über Photovoltaikanlagen. Dank dieser Kombination kann der Energieverbrauch des Neubaugebietes gleich von Beginn an drastisch gesenkt werden.

Einblick in die Praxis

Auch Martin Schmidt-Roschow aus der Bauverwaltung der Gemeinde Pliening gab in seinem Vortrag einen interessanten Einblick in die Praxis. Auf einem drei Hektar großen Gelände entsteht derzeit eine Passivhaus-siedlung. Dabei stieß die Gemeinde auch an ihre planerischen Grenzen, denn der Bebauungsplan lässt nur wenige Vorgaben zu. Die Einhaltung dieser muss allerdings von den Käufern nachgewiesen werden.

Über die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen von Klimaschutzmaßnahmen in Bebauungsplänen gab anschließend Victoria von Minnigerode einen Einblick. Klar wurde durch den Vortrag der für die Beratungsgesellschaft Rödl & Partner tätigen Rechtsanwältin, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden begrenzt sind und oftmals hinter dem zurückbleiben, was sich klimabewusste Bürgerinnen und Bürger bei der Ausweisung neuer Wohngebiete wünschen.

Das Netzwerktreffen schloss mit den Berichten aus den Gemeinden: In den 14 am Netzwerk teilnehmenden Gemeinden werden derzeit über 70 Projekte zur Verbesserung der Energieeffizienz umgesetzt.

OSTWIND:

Kommunale Energie-Kompetenz mit Stadtwerke-Know-how

Ex-Stadtwerkechef Christian Kutschker leitet künftig solare und kaufmännische Aktivitäten in Deutschland

Vor dem Hintergrund der von der neuen Bundesregierung beabsichtigten Ausbauoffensive für Wind- und Sonnenenergie und der damit verbundenen Herausforderungen hat sich die in Regensburg beheimatete OSTWIND Erneuerbare Energien GmbH personell neu aufgestellt. Künftig soll der vormalige Stadtwerkechef Christian Kutschker die solaren und kaufmännischen Aktivitäten von OSTWIND in Deutschland leiten.

„Die Energie der Zukunft kommt nicht mehr aus fernen Ländern, sondern wird vor Ort erzeugt“, begründet OSTWIND-Geschäftsführer Stefan Bachmaier die neue Personallie. „Mit der langjährigen Stadtwerke-Erfahrung von Christian Kutschker und seinem großen kommunalen Netzwerk wollen wir die Verbindung zu unseren Standortgemeinden stärken, deren erneuerbare Energie-Potenziale noch effizienter nutzen und gemeinsam die regionale Energiezukunft gestalten“, so Bachmaier.

Reizvoller Perspektivwechsel

Für Christian Kutschker ist vor allem der mit dem beruflichen Einstieg bei OSTWIND verbundene Perspektivwechsel – von der Energieverteilung hin zur Energieerzeugung – reizvoll. „Wir brauchen Energie für komplexe Anwendungsprozesse im privaten und im gewerblichen Bereich. Diesen Bedarf an Energie müssen wir ressourcenschonend und klimaneutral erzeugen – am besten selbst und am besten dezentral“, so der neue OSTWIND-Prokurist. Im Energie-Mix

aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse sieht er folgerichtig viele Chancen für Deutschland. Gerade im Süden seien Photovoltaikanlagen aufgrund der hervorragenden Strahlungswerte dafür besonders geeignet. „Die Technologie ist ausgereift, die wirtschaftliche Amortisation ist gegeben“, zeigt sich Kutschker überzeugt. „Deshalb freue ich mich, ab jetzt mit OSTWIND diesen ambitionierten Weg in die Energiezukunft zu gehen und dafür verstärkt auch auf das enorme Potenzial der Sonnenenergie zu setzen.“

OSTWIND ist ein unabhängiges Familienunternehmen – gegründet von Gisela Wendling-Lenz und Ulrich Lenz, die heute gemeinsam mit Fabian Kayser und Philip Milek den Vorstand der OSTWIND AG bilden. Die mittelständische Firmengruppe mit Sitz in Deutschland und Frankreich projektiert, errichtet und betreibt Wind- und Solarparks. Seit 1992 hat OSTWIND 603 Windenergieanlagen mit 1085 MW Leistung geplant, gebaut sowie ans Netz gebracht und ist darüber hinaus für 285 Windenergieanlagen mit 720 MW Leistung in der Betriebsführung verantwortlich. □

Studie von Agora Energiewende:

Wege aus der fossilen Energiekrise

Deutschland kann die strukturelle Abhängigkeit von russischen Gasimporten beenden, seinen Gasbedarf bis 2027 nachhaltig um ein Fünftel bzw. 200 Terawattstunden senken und dabei wichtige Fortschritte im Klimaschutz erzielen. Zu diesem Ergebnis gelangt die Studie „Energiesicherheit und Klimaschutz vereinen – Maßnahmen für den Weg aus der fossilen Energiekrise“, erstellt von Agora Energiewende in Zusammenarbeit mit der Prognos AG und dem Wuppertal Institut.

Bereits bestehende Instrumentenvorschläge für den Klimaschutz stärken die Energiesicherheit – die neue Dringlichkeit erfordert schnelle politische Entscheidungen. „Es braucht eine konsequente Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien, die Einführung einer verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung, ein schnelles Verbot neuer Gas- und Ölheizungen, Förderprogramme für die Industrietransformation und eine Fachkräfteoffensive“, heißt es in der Untersuchung.

Kräfte bündeln

„Die Regierung muss nun zusammen mit der Bevölkerung und der Industrie alle Kräfte bündeln, um der fossilen Energiekrise vor allem strukturell zu begegnen“, erläutert Simon Müller, Direktor der Deutschlandarbeit von Agora Energiewende. Dafür müsse neben kurzfristig wirksamen Maßnahmen zur Einsparung von Erdgas umgehend der Ausbau von Erneuerbaren Energien und die Wärmewende beschleunigt werden, um Energiesouveränität für Deutschland zu erreichen. „Jede Wärmepumpe, jede Solarzelle und jedes Windrad macht uns unabhängiger von fossilen Energieimporten und hilft zugleich unser 2030-Klimaziel zu erreichen.“

Der Zubau von 44,5 Gigawatt Windkraftanlagen, davon 39 Gigawatt Windkraftanlagen an Land sowie 84 Gigawatt Solaranlagen, sind aus Müllers Sicht entscheidend, um im Stromsystem innerhalb von fünf Jahren 50 Terawattstunden Erdgas zu ersetzen.

In der Fernwärmeerzeugung könne eine Kombination von Wärmepumpen, Elektrodenkesseln, Solar- und Geothermie, Nutzung von Abwärme und grünem Wasserstoff Erdgas im Umfang von 27 Terawattstunden einsparen. Diese Maßnahmen ermöglichten somit Erdgaseinsparungen in Höhe von 77 Terawattstunden im Jahr 2027 im Vergleich zu 2021.

Falls russische Importe vollständig ausbleiben, könnte Deutschland die Gasnachfrage vorübergehend um rund 160 TWh bis zu 260 TWh senken, was im Maximum annähernd dem in dieser Studie ermittelten Ersatzbedarf entspricht. Dies setze voraus, dass europaweit kurzfristig gut 500 TWh an anderweitigen Importen (überwiegend LNG) beschafft werden und in allen EU-Ländern ähnlich starke Einsparungen unternommen werden können. Insgesamt hat Deutschland im Jahr 2021 912 Terawattstunden Erdgas verbraucht, von denen rund 90 Prozent aus Importen stammten. Russland deckte knapp die Hälfte dieser Importe ab.

Laut Untersuchung wäre ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt erforderlich, gezielte finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Haushalte und ein Schutzschirm für den Industriestandort Deutschland notwendig. Einsparungen könnten durch einen Brennstoffwechsel in der Strom-, Fernwärme- und Prozesswärmeversorgung um ein Drittel, die Absenkung der stofflichen Erdgasverwendung auf ein Mindestniveau und eine Senkung der Raumtemperatur um 1 °C bis 1,5 °C erzielt werden. **DK**

Für den Bürgerenergiepreis 2022 suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter bayernwerk.de/buergerenergiepreis







Seit 1. April gibt es Burghauser Strom

Ein weiterer Schritt Richtung Nachhaltigkeit - Burghauser Ökostrom geht in den Vertrieb

Die kommunale Energieversorgung Burghausen GmbH (EBG) bietet seit 1. April 2022 den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Burghausen sowie der umliegenden Kommunen Burgkirchen a. d. Alz, Emmerting, Haiming, Markt l. Inn, Mehring, Stammham und Tittmoning Ökostrom an. Ab sofort können Interessenten, die ihren Strom bei einem regionalen Anbieter beziehen möchten, zur Energieversorgung Burghausen wechseln.

Die Vorteile des Burghauser Strom-Konzepts liegen auf der Hand: Der Strom wird regional erzeugt und hat keine langen Wege hinter sich, er wird nachhaltig gewonnen und auch direkt vor Ort verbraucht. „Das ist die Zukunft. Davon bin ich überzeugt. Die aktuellen Entwicklungen in Osteuropa zeigen, dass wir Energie bei uns erzeugen müssen und das muss und wird auch in Burghausen noch weiter wachsen“, sagt Erster Bürgermeister Florian Schneider. Burghausen soll klimaneutral und nachhaltiger werden.

E-Mobilität als zentrales Thema

Hierbei spielt die EBG mit dem Angebot des Burghauser

Thalmassing macht die Schule schlau

Die Bayernwerk Netz (Bayernwerk) treibt die Digitalisierung der Energiewirtschaft weiter voran. In Thalmassing hat Bayerns größter Netzbetreiber jetzt den 100.000 Smart Meter innerhalb des E.ON-Konzernverbands in Deutschland verbaut. Das Jubiläumsgesamt wurde zusammen mit Kommunalbetreuer Stephan Leibl und Bürgermeister Raffael Parzefall in der Grundschule installiert.

Neue Smart Meter bieten sowohl Kunden als auch Unternehmen weitreichende Vorteile gegenüber den alten analogen, so genannten Ferraris-Zählern, die bis 2032 schrittweise abgelöst werden. „Innovation und die ständige Weiterentwicklung immer intelligenterer Netze treiben wir seit Jahren voran. Der intelligente Zähler ist nun die technologische Brücke und die neue Technologie wird der Baustein für neue Kundenlösungen rund um Effizienz, Vernetzung und Komfort sein. Die Energiezukunft kommt damit in die Gebäude“, erklärte Stephan Leibl, Kommunalmanager beim Bayernwerk.

Ein Stück Energiezukunft

Intelligente Messsysteme sind zentraler Bestandteil und Schlüssel einer zukunftsfähigen Infrastruktur in der Energiewirtschaft. „Als Bürgermeister bin ich immer an Neuheiten aus Energie und Technik interessiert. Mit der Bayernwerk-Gruppe konnten wir schon einige Innovationen umsetzen. Deshalb freut es mich, dass wir auch nun mit dem Wechsel auf einen intelligenten Zähler wieder ein Stück Energiezukunft in unserer Kommune erleben“, sagte Raffael Parzefall, Bürgermeister von Thalmassing. Nutzer haben durch die intelligenten Messsysteme eine exakte Stromverbrauchs- und Kostenkontrolle und können Einsparpotentiale aktiv erkennen. Zudem können die Kunden von neuen und flexiblen Stromtarifen profitieren.

Bis 2032 wird das Bayernwerk landesweit in ihrem Netzgebiet sukzessive bei mehr als 600.000 Kunden ein intelligentes Messsystem einbauen. Der Gesetzgeber verpflichtet Stromkunden mit einem jährlichen Verbrauch von mehr als 6.000 kWh sowie künftig auch Betreiber von Erzeugungsanlagen über 7 kW installierter Leistung nach und nach zertifizierte intelligenten Messsysteme zu nutzen. Ziel ist es, die Energiewende nicht nur erneuerbar und dezentral, sondern auch

Ökostroms eine zentrale Rolle. „Wir werden auch beim Umbau der Mobilität mehr E-Ladesäulen und Sharingangebote bekommen. Natürlich kommt aus den Burghauser E-Ladestationen physisch auch Burghauser Strom“, so das Stadtoberrhaupt Schneider. Somit ist neben der Stromproduktion vor Ort der Ausbau der E-Ladeinfrastruktur ein wesentlicher Baustein für die künftige Ausrichtung der Stadt in Sachen Energie. Die bestehenden Lademöglichkeiten werden durch weitere acht neue Standorte ergänzt und bieten den E-Mobilisten ab Ende des Jahres ein flächendeckendes Ladenetz. Die Verantwortlichen der Stadt Burghausen und der EBG sind bereits mit Autohäusern im Gespräch und stre-

ben ein entsprechendes Angebot noch in 2022 an.

Da die EBG eine gemeinsame Gesellschaft der Stadt Burghausen und der Energie Südbayern GmbH ist, bringt sich Bürgermeister Florian Schneider mit voller Überzeugung in die Gestaltung des Unternehmens ein. „Gerade in der aktuellen Situation ist mir ein fairer Preis für unseren Ökostrom sehr wichtig. Die Burghauserinnen und Burghauser haben es jetzt selbst in der Hand zu wechseln und zu einem vernünftigen Preis regional Strom zu kaufen.“

Die Zukunft: Noch mehr nachhaltiger Strom aus Burghausen

Schon jetzt werden vor Ort in sechs Blockheizkraftwerken 3,2 Millionen kWh Strom erzeugt. Zum Ausbau der Erzeugung ist zudem eine Photovoltaik-Freiflächenanlage am Hieringer Feld in Planung. Diese wird mit einer Leistung von 4.000 kWp ab Frühjahr 2023 die lokale Stromproduktion ergänzen und zugleich der Steigerung der Versorgungssicherheit dienen.

Die Formalitäten: Wie kommt man an den Burghauser Strom?

Wie können Interessenten zum Ökostrom der EBG wechseln? Am einfachsten und rund um die Uhr funktioniert der Wechsel online über www.energieversorgung-burghausen.de. Neben einem Preisrechner steht auf der Homepage der komplette Bestellvorgang zur Ver-

Pumpspeicherwerk Riedl:

Planfeststellungsverfahren beginnt

Für das seit Jahrzehnten geplante Pumpspeicherwerk Riedl ist die Prüfung der Antragsunterlagen durch das Landratsamt Passau abgeschlossen. Es folgt die öffentliche Auslegung mit Anhörung der Betroffenen. Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger besuchte den Standort und sprach mit dem Unternehmen VERBUND sowie mit den Gegnern des Projekts.

„Dieses Pumpspeicherwerk ist für die Umsetzung der Energiewende von großer Bedeutung. Überschüssiger Strom aus Erneuerbaren Energien kann hier sehr effektiv zwischengespeichert werden. Natürlich ist der Speichersee mit 24 Hektar Größe aus Sicht der Anwohner ein markanter Eingriff in die Landschaft. Deswegen kann ich verstehen, dass einige Anwohner Bedenken haben. Ich hoffe aber, dass die Grundstücksverhandlungen, die VERBUND mit den Eigentümern führt, letztlich Erfolg haben werden und die Region von der Investition profitiert“, erklärte Aiwanger.

Netzstabilität herstellen

Aus seiner Sicht ist das Pumpspeicherwerk zur Stabilisierung des Stromnetzes von großer Bedeutung, innerhalb weniger Sekunden könne die Anlage ans Netz gehen und Versorgungssicherheit und Netzstabilität herstellen. „Das können Batteriespeicher nicht. Ich hoffe deshalb auf Realisierung des Projekts noch in diesem Jahrzehnt“, betonte Aiwanger.

Die Donaukraftwerk Jochenstein AG (Verbund AG) plant im Markt Untergriesbach, Landkreis Passau, die Errichtung eines Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer Leistung von 300 MW. Das Projekt ist vor-

fügend, inklusive der Kündigung beim bisherigen Lieferanten durch die EBG. Zusätzlich erreichen die Bürger die telefonische Beratung unter der Telefonnummer 08677 887-787. Vor Ort unterstützen Mitarbeiter der Stadtwerke in der Tittmoninger Straße 4 bei Fragen. Hilfreich ist es in jedem Fall, wenn Interessenten ihre letzte Stromrechnung herausuchen, darauf finden sich alle Informationen, die für einen Wechsel benötigt werden.

Zum Unternehmen: Die Gesellschaft besteht seit Oktober 1997 und ist ein gemeinsames Unternehmen der Stadt Burghausen und der Energie Südbayern GmbH mit aktuell jeweils 50%-Beteiligung. Bislang ist das Hauptgeschäft die Versorgung von über 300 Kunden im Stadtgebiet mit selbsterzeugter Wärme – über 14 Millionen kWh werden jährlich an die Kunden abgegeben. Die Wärme wird zum einen in unterschiedlich umfangreichen Wärmenetzen zum anderen direkt mittels Wärme-Einzelcontracting zur Verfügung gestellt. Alle Anlagen unterliegen der permanenten Überwachung und Instandhaltung, so wird der effiziente und ressourcenschonende Betrieb garantiert. Gekoppelt laufen bereits jetzt in sechs Anlagen Blockheizkraftwerke – betrieben überwiegend mit Biomethan – die mittels Kraft-Wärme-Kopplung Strom für umgerechnet ca. 1.000 Haushalte erzeugen.

Nach der Ufirmierung im Herbst 2021 von Wärmeversorgung Burghausen GmbH in Energieversorgung Burghausen GmbH und der einhergehenden Erweiterung des Geschäftszwecks, wird die Wärmeversorgung nun ergänzt durch den Verkauf von Ökostrom, den weiteren Ausbau der lokalen Stromproduktion, den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur sowie das Angebot von E-Carsharing. □



V.l.: Michael Bock, Geschäftsführer EBG; Anton Erb, Geschäftsführer EBG; Pascal Steinbach, Projektleiter; Alexandra Burghardt, Werbepartnerin; Bürgermeister Florian Schneider; Tanja Erb, Prokuristin EBG; Norbert Kindermann, Geschäftsführer ESB. Bild: Stadt Burghausen/Königseder

Nachhaltige Energieversorgung für Technology Campus Augsburg

Der WALTER Technology Campus Augsburg (TCA) im Universitätsviertel bekommt ein neues und nachhaltiges Energiekonzept: Künftig sollen die hier ansässige Forschung und die Unternehmen gebündelt mit Strom, Wärme und Kälte aus regenerativen Quellen in einem eigenen Arealnetz versorgt werden. Die Walter AG und die Bayernwerk Natur GmbH gaben dem Projekt nun grünes Licht.

Energie-, Wärme- und Kälteversorgung aus einem Guss – Quartierslösungen nennt man solche Modelle, die für ganze Stadtviertel oder kleine Gemeinden entwickelt werden. Der Vorteil: Mit einer integrierten Konzeption und Planung lassen sich kostengünstige und nachhaltige Energielösungen gestalten. Davon profitieren künftig auch die ansässigen Forscher und Unternehmer am Technology Campus Augsburg. Auf dem Areal gegenüber der WWK-Arena werden das Augsburger Immobilienunternehmen WALTER Beteiligungen und Immobilien AG (Walter) und das Energieunternehmen Bayernwerk Natur (Bayernwerk) aus Unterschleißheim zukünftig die Energieversorgung übernehmen.

Neue Gesellschaft gegründet

Zu diesem Zweck haben die Partner in dieser Woche die TCA Sustainable Energy Solutions GmbH (TCA SES) gegründet. „Wir freuen uns über diese langfristige Partnerschaft, mit der wir eine vielseitige und nachhaltige Energieversorgung unserer Mieter sicherstellen können. Mit Bayernwerk haben wir einen starken und verlässlichen Partner gefunden, der zudem eine Vielzahl von innovativen technischen Lösungen bereithält“, erklärt Jürgen Kolper, Vorstand der WALTER Beteiligungen und Immobilien AG. Franco Gola, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur, fügt hinzu: „Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen auf den Energiemärkten ist ein ressourcenschonender Umgang für die Unternehmen von großer Bedeutung. Mit unserer jahrelangen Erfahrung in der dezentralen und regenerativen Energieerzeugung werden wir ihnen eine ausgewogene und vor allem effiziente Versorgung anbieten können.“

Auf den insgesamt 182.000 Quadratmetern des Areals sind derzeit das KI-Produktionsnetzwerk der Universität Augsburg, der Finanzdienstleister ebase sowie der Elektronikdienstleister TQ-Systems angesiedelt. Daneben sind seitens der Stadt Augsburg in den Hallen ein Impfzentrum sowie seit dem vergangenen Wochenende eine Unterbringung für potenziell 250 Flüchtlinge aus dem ukrainischen Kriegsgebiet eingerichtet.

Die TCA SES wird nun das bestehende Energienetz auf dem ehemaligen Fujitsu-Werksgelände übernehmen und weiterentwickeln. So wird die Wärmeenergie in den Gebäuden für Warmwasser und Heizung ein hocheffizientes Blockheizkraftwerk (BHKW) liefern, das auf dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung basiert.

Hier wird mit der Verbrennung von Erdgas und perspektivisch Biogas nicht nur Wärme, sondern auch Strom erzeugt. Insgesamt 840 Kilowatt (kW) elektrische Energie leistet das BHKW, das direkt vor Ort als Netzstrom im Areal genutzt werden kann. Überschüssiger Strom kann darüber hinaus in das öffentliche Netz eingespeist werden. Die Bereitstellung der Wärme an besonders harten Wintertagen ist durch hocheffiziente Gaskessel sichergestellt.

Wirkungsgrad von annähernd 100 Prozent

Das Blockheizkraftwerk erreicht durch eine effiziente Nutzung der Abwärme einen Wirkungsgrad von annähernd 100 Prozent. Zum Vergleich: Konventionelle Großkraftwerke liegen bei einem Wirkungsgrad von rund 40 Prozent. Für Raphael Troll, gemeinsam mit Ingo Vorndran neuer Geschäftsführer der TCA SES, liegen die Vorteile auf der Hand: „Wir stellen den ansässigen Mietern nachhaltige Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung.“ Möglich sei dies durch eine dezentrale Energieversorgung und der Nutzung lokal vorhandener, regenerativer Energiequellen. Statt kostspieliger und energieintensiver Einzellösungen pro Kunde und Werk können bei einer Quartierslösung mit der Kopplung innovativer Technologien wettbewerbsfähige Energie bereitgestellt werden.

Kopplung mit weiteren Erneuerbaren

Das BHKW wird gemeinsam mit den auf dem Gelände vorhandenen konventionellen Kälte- und Wärmeezeugern in die zukünftige Versorgung der Mieter am WALTER Technology Campus Augsburg integriert. Das langfristig angelegte Konzept sieht auch vor, dass Photovoltaik auf den Dächern der Gebäude eingesetzt wird. Weiterhin sollen auch Batteriespeicher eingerichtet werden, um den Solarstrom besser nutzen zu können. „Wir möchten die Energieversorgung wirtschaftlich und nachhaltig anbieten. Das erwarten unsere Mieter aus dem Bereich von Technologie und Wissenschaft“, sagt Jürgen Kolper. Der Aufbau einer Ladeinfrastruktur für E-Mobilität soll das Angebot für die Mieter ergänzen.

Die Zusammenarbeit ist bewusst langfristig angelegt. Das Modell vom WALTER Technology Campus soll auf weitere Objekte erweitert werden. Des Weiteren sollen Themen wie Elektromobilität und neue Speichermodelle innovativ integriert werden. □

Gemeinsam für eine sichere Energiewende

Die Netze BW unterstützt 450connect beim Aufbau der bundesweiten 450MHz-Plattform zur Digitalisierung der Energie- und Wasserwirtschaft und anderer kritischer Infrastrukturen. Die EnBW-Tochter wird dafür zeitnah 170 Funkstandorte in Baden-Württemberg aufbauen.

Die neue 450MHz-Plattform der 450connect wird künftig eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung der Energiewende in Deutschland spielen. Denn sie erlaubt einen

hochverfügbaren und ausfallsicheren Sprach- und Datenaustausch. Der ist unverzichtbar für die Systemintegration der erneuerbaren Energien. Die Netze BW übernimmt dabei den Aufbau

der Funkstandorte in ganz Baden-Württemberg sowie in Teilen Bayerns.

Außerdem organisiert sie alle notwendigen Abstimmungen, Genehmigungen und Baumaßnahmen vor Ort. Auf Basis dieser Funkstandorte baut 450connect als Frequenzzuteilungsinhaber und Funknetzbetreiber das 450MHz-Funknetz auf und stellt damit den bun-

desweiten Netzbetrieb sicher. Die 450MHz-Plattform wird vollständig autark von bestehenden Telekommunikationsnetzen sein. Das macht sie zuverlässig sowie ausfallsicher. Notstromanlagen an den Funkstandorten sorgen dafür, dass das 450MHz-Funknetz auch bei einem Stromausfall bis zu 72 Stunden zur Verfügung steht.

Martin Konermann, technischer Geschäftsführer der Netze BW, sagt: „Ein Ausfall der Sprachkommunikation wie bei der Flutkatastrophe im Sommer 2021 ist mit der 450MHz-Plattform ausgeschlossen, weil wir die Funkstandorte nicht nur auf Höhen errichten, sondern entsprechend auch mit Notstromversorgungseinheiten ausstatten werden.“ Zudem sorgt die hochverfügbare und ausfallsichere Kommunikations-Plattform dafür, dass auch Sensoren in kritischen Einrichtungen wie Wasserwerken erreichbar sind. Denn die physischen Eigenschaften der 450MHz-Frequenzen ermöglichen eine optimale Gebäudedurchdringung.

„Auch wenn Sprachkommunikation, zum Beispiel für die Krisenstäbe auf Landkreisebene, möglich sein wird – die meisten Nutzer werden Sensoren mit kleinen Datenpaketen sein“, so Konermann. Die Netze BW realisiert bereits an geeigneten Orten in Baden-Württemberg Funkstandorte, die über drei Knotenpunkte in Karlsruhe, Stuttgart und Ulm in die bundesweite 450MHz-Plattform der 450connect integriert werden. Die EnBW-Tochter übernimmt dabei eines der größten Projekte zur Bereitstellung von Funkstandorten. In einigen anderen Regionen Deutschlands realisiert 450connect ebenfalls Funkstandorte in Kooperation mit Energieversorgungsunternehmen, die Gesellschafter der 450connect sind. Darüber hinaus kooperiert 450connect mit unabhängigen Mastanbietern zum Aufbau des 450MHz-Funknetzes.

Wenige Funkstationen reichen aus

Ein großer Vorteil der 450MHz-Funkfrequenzen ist, dass sie sehr gute Ausbreitungseigenschaften haben und wenige Funkstationen genügen. In ganz Baden-Württemberg werden rund 170 Funkmasten benötigt, um eine zuverlässige Flächenabdeckung zu gewährleisten. Im mathematischen Durchschnitt stehen die 450MHz-Masten rund 15 Kilometer voneinander entfernt. Im Einzelfall kann die Distanz aber auch doppelt so groß sein.

Funkstationen sehen sich

Jeder Funkstandort hat per Richtfunk Kontakt zu mehreren weiteren Standorten. Redundanz steigern die Ausfallsicherheit. Weil die Netze BW bei diesem Projekt auch auf Bestandsanlagen ihrer Konzern-Mutter EnBW sowie vieler weiterer Infrastrukturunternehmen zurückgreifen kann, müssen nur wenige Funktürme neu gebaut werden. „Hier sind wir in engem und konstruktivem Austausch mit den in Frage kommenden Kommunen. Wenn Gemeinden dies wünschen, legen wir die Türme so aus, dass auch Mobilfunkanbieter diese nutzen können. Das ist insbesondere für Regionen mit einer schlechten Mobilfunkversorgung interessant“, so Konermann weiter.

Grundlage zum Gelingen der Energiewende

Das 450MHz-Funknetz bietet Sicherheit in der Kommunikation, die zur Umsetzung der Energiewende in Deutschland dringend gebraucht wird. Denn immer mehr erneuerbare Energieanlagen speisen ihren Strom dezentral und unregelmäßig ein.

RENEXPO INTERHYDRO

Europas (Klein-)Wasserkraft als zukunftsorientierter Treiber der Energiewende

Anfang März fanden sich im Messezentrum Salzburg über 60 Aussteller aus acht Nationen zur Fachmesse für Wasserkraft & Kongress zusammen und repräsentierten das Potential und Unternehmertum, das in der alternativen Energiegewinnung steckt.

„Die RENEXPO INTERHYDRO bot als erste Messe österreichweit den Auftakt in das Veranstaltungsjahr 2022. Die gegenwärtigen Ereignisse bekräftigen zunehmend die Wichtigkeit einer unabhängigen Energieversorgung. Die Brisanz des Themas sorgt sicher innerhalb der Branche als auch politisch für neuen (Auf)Schwung, um vorhandenes Potential noch effizienter zu nutzen. Wir freuen uns, dass wir mit der RENEXPO INTERHYDRO dafür eine geeignete Plattform schaffen, die die verschiedenen Interessengruppen zusammenbringt und wir so unseren Teil für einen Weg in eine möglichst klimaneutrale Zukunft Europas beitragen können“ fasst Geschäftsführer DI (FH) Alexander Kribus, MBA, zusammen.

Zur Eröffnung der Fachmesse für Wasserkraft & Kongress luden Landesrat Dipl.-Ing. Dr. Josef Schwaiger, Dr. Andreas Lenz, Mitglied des deutschen Bundestages und im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, sowie die österreichische Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Leonore Gewessler, BA, die sich aufgrund kurzfristiger Verhinderung mit einer Videobotschaft an die Messebesucher und -aussteller wandte: „Bereits in der Vergangenheit hat die Wasserkraft einen unschätzbaren Beitrag geleistet, damit wir aktuell einen Großteil unseres Strombedarfs durch saubere Wasserkraft abdecken können. Auch in Zukunft ist die Wasserkraft ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die erneuerbare Stromerzeugung und deren Ausbau. Es freut mich, dass die RENEXPO INTERHYDRO ein wich-

tiges Diskussionsforum für den Beitrag der Wasserkraft für eine lebenswerte Zukunft bietet.“

Landesrat Dipl.-Ing. Dr. Josef Schwaiger betont: „Wir haben uns zum Ziel gesetzt bis zum Jahr 2030 den gesamten Strombedarf im Bundesland Salzburg bilanziell selbst zu erzeugen. Bestehende Kleinkraftwerke leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Bei Anpassungen bestehender Kraftwerksanlagen werden laufend erhebliche Effizienzverbesserungen erzielt. Dabei ist auch auf die Gewässerökologie in besonderer Weise Bedacht zu nehmen. Eine Win-Win-Situation für Energie, Klima und Ökologie“. Dr. Andreas Lenz vom deutschen Bundestag unterstrich unter anderem die Versorgungssicherheit und Verfügbarkeit der alternativen Energiegewinnung.

Die komplette Welt der Wasserkraft

In insgesamt zehn verschiedenen Ausstellungsbereichen von Wasserfassung, über Gewässerschutz bis hin zu verschiedenen Kraftwerkstypen präsentierten die teilnehmenden Unternehmen ihr Know-how und zeigten sich mit der diesjährigen Auflage der Fachmesse nach zweijähriger Pause zufrieden: „Für uns hat die RENEXPO INTERHYDRO eine große Bedeutung, da hier sehr gezieltes Publikum vor Ort ist. Zwar haben wir dieses Jahr weniger Kontakte festgestellt, dafür aber hochkarätigere.“ resümiert Geschäftsführerin von DI-VE Turbinen GmbH & Co. KG, Ing (FH) Martina Römmelt-Fella, ihre bereits zwölfte Teilnahme an der Fachmesse. □

Neue Kabelleitung für mehr Sonnenstrom

Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) plant den Neubau einer Erdkabelleitung, die das Umspannwerk bei Bachl im Landkreis Kelheim mit der Hochspannungsfreileitung zwischen Sittling und Regensburg verbindet. Den Antrag für einen Planfeststellungsbeschluss wurde nun bei der Regierung von Niederbayern eingereicht. Die sieben Kilometer lange Leitung ist erforderlich, um zukünftig mehr regional erzeugte Energie im Verteilnetz aufnehmen zu können.

Im Landkreis Kelheim plant das Bayernwerk zwischen dem Umspannwerk bei Bachl (Gemeinde Rohr in Niederbayern) und der bestehenden Freileitung bei Sittling eine neue Kabelverbindung. Für den Neubau der Kabelleitung hat das Bayernwerk kürzlich bei der Regierung von Niederbayern ein Planfeststellungsverfahren beantragt. Baustart für das Neun-Millionen-Euro-Projekt soll 2023 sein.

Einspeisung regional erzeugter Energie

Seit Jahren steigt rund um die Gemeinde Rohr in Niederbayern die Menge dezentral erzeugter Energie, insbesondere aus Photovoltaikanlagen. Der erzeugte Strom übersteigt oft die von Verbrauchern vor Ort benötigte Menge. Der Sonnenstrom aus Niederbayern muss entsprechend ins Netz integriert und

über leistungsstarke und sichere Verbindungen verteilt und zum Kunden gebracht werden. „Es besteht der Bedarf einer neuen Kabelleitung, um die Einspeisung in das regionale Hochspannungsnetz zu ermöglichen. Wir müssen das Netz ausbauen, wenn wir die Energiewende in Niederbayern gemeinsam erfolgreich gestalten wollen“, sagt Genehmigungsmanager Peter Hilburger. „Mit der Anbindung des Umspannwerks Bachl schaffen wir die Voraussetzung, dass regional erzeugter Sonnenstrom regional verbraucht und verteilt werden kann.“

Die geplante Kabelleitung soll künftig das Umspannwerk Bachl und die bestehende Hochspannungsleitung, die zwischen Sittling und Regensburg verläuft, verbinden.

Die Kabelstrecke entsteht entlang der Staatsstraße 2230 zwischen Bachl und Unterschambach in der Gemeinde Saal an der Donau. Kurz vor Unterschambach macht die neue Kabelleitung einen Bogen nach Nord-Westen. Südlich von Buchhofen entsteht an einem Mast der Übergang zur Freileitung Sittling – Regensburg. Kartenmaterial und weiterführende Informationen können auf www.bayernwerk-netz.de/bachl abgerufen werden.

Der Bau ist nach Abschluss der Genehmigung im kommenden Jahr vorgesehen. Das Planfeststellungsverfahren führt die Regierung von Niederbayern. □



Die Bayernwerk Netz GmbH hat den Antrag zur Planfeststellung für den Neubau einer Erdkabelleitung bei Bachl im Landkreis Kelheim eingereicht. Der Bau ist nach Abschluss der Genehmigung 2023 vorgesehen. Bild: Robert Piffer, Bayernwerk Netz GmbH

Vogelschutz:

Erste Bürgerwindenergieanlagen mit kamerabasierter Abschaltautomatik

Aiwanger und Glauber: „Genehmigung von drei Windenergieanlagen in Fuchstal ist das Signal zum Aufbruch“

Das Landratsamt Landsberg hat der Gemeinde Fuchstal die Genehmigung zur Errichtung von drei Bürgerwindenergieanlagen erteilt. Es handelt sich um die erste Genehmigung 2022 in Bayern. Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger: „Das ist ein sehr gutes Aufbruchsignal für die Zukunft der Windkraft in Bayern. An diesen Windrädern wird auch ein innovatives Kameraabschaltssystem zum Schutz von Vögeln erprobt. Diese Erkenntnisse helfen uns dann, Artenschutz und Windkraft besser miteinander zu vereinen.“

Der Staatsminister dankte dem Landratsamt Landsberg für die zügige Bearbeitung des Genehmigungsverfahrens: „So kann sich die lokal verankerte Bürgerwindgesellschaft rechtzeitig an der EEG-Ausschreibung am 1. Mai 2022 beteiligen und die Einspeisevergütung sichern.“

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber ergänzte: „Das Modellprojekt in Fuchstal bringt Mensch, Artenvielfalt und Energiewende zusammen. Die Gemeinde Fuchstal zeigt damit eindrucksvoll, wie die Energiewende gelingen kann. Das Projekt weist den Weg in die Zukunft. Der Krieg in der Ukraine hat viele Gewissheiten zerstört. Wir müssen jetzt mit ganzer Kraft den Ausbau der erneuerbaren Energien voranbringen. Je mehr

Energie vor Ort selbst erzeugt wird, desto weniger Rohstoffe müssen nach Deutschland importiert werden.“

Der Zeitplan der Gemeinde sieht vor, im Sommer und Herbst dieses Jahres die Wege und die Erdarbeiten für die Windräder, die wie auch die vier bereits bestehenden Anlagen im Waldgebiet errichtet werden, durchzuführen. Ab Ende des Jahres sollen die Fundamente gebaut werden. Die Windräder sollen im Sommer 2023 aufgestellt und im Herbst 2023 in Betrieb gehen. Schon seit dem Frühjahr 2022 wird das Kamerasystem virtuell in Bezug auf die zukünftigen neuen Windenergieanlagen getestet. Ab der Brutsaison 2024 geht dann das System in den Erprobungsbetrieb mit den realen Windenergieanlagen. Die Kosten

in Höhe von 1,3 Millionen Euro für das Leasing der Kamerasysteme und der Infrastruktur werden vom Wirtschaftsministerium und die wissenschaftliche Begleitung mit 1,16 Millionen Euro vom Umweltministerium finanziert. Der Spatenstich für die Aufstellung der beiden Stahltürme erfolgte bereits Anfang Februar.

Erfolgsgeschichte Fuchstal

„Fuchstal hat für ganz Bayern Vorbildcharakter“, erklärt Aiwanger. Die drei neuen Windenergieanlagen schreiben die Erfolgsgeschichte fort: Hier sind bereits vier Windrotoren seit 2016 in Bürgerhand in Betrieb, außerdem eine PV-Freiflächenanlage in Bürgerhand. Zudem stellt die Gemeinde gerade den Bau eines Stromspeichers, eines Wärmespeichers und einer Power-to-Heat-Anlage, mit der überschüssiger Strom aus den Erneuerbare-Energie-Anlagen genutzt werden soll, zu Ende. Bis 2030 will der oberbayerische Ort komplett energieautark sein. □

Sonnenkraft in der Kläranlage

Die Stadtwerke Abensberg errichten mit der Stadtentwicklungsgesellschaft Abensberg zwei Photovoltaik-Anlagen. Eine wird auf der Kläranlage errichtet, eine weitere am Wasserwerk nördlich des Brunnens 1. Beide PV-Anlagen werden den Strombezug aus dem Stromnetz weiter erheblich verringern.

Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und Zweiter Bürgermeister Dr. Bernhard Resch begrüßten die weiteren Bemühungen der Stadtwerke, mit eigenerzeugtem Strom die Wirtschaftlichkeit der Anlagen nachhaltig zu verbessern. Angesichts der steigenden Kosten sei dies ohnehin „das Gebot der Stunde“, so Brandl. Stadtwerke- Werkleiter Dr. Rainer Reschmeier erläuterte die technischen Rahmendaten: Im Vorbereitung der Kläranlage wird eine PV-Anlage mit 135 kWp errichtet. „Von dieser Anlage werden gut 80 Prozent der erzeugten Energie direkt in der Kläranlage verwendet.“ Durch diese Maßnahme erwartet er eine durchschnittliche tägliche Stromersparnis von ca. 300 kWh. „Durch das vorhandene Klärgas-Blockheizkraftwerk ergibt sich die Möglichkeit, dass die Kläranlage tagsüber den PV-Strom nutzt und nachts das BHKW mit dem eingespeichertem Klärgas betreibt“, so Reschmeier.

Die PV-Anlage wird auf einer ungenutzten Fläche in der Kläranlage errichtet, die sich durch den Abriss der nicht mehr genutzten Tropfkörperanlage ergab. Gebaut wird sie durch die Landshuter Firma Elektro Ecker; Inhaber Josef Ecker sagte, die Besonderheit der Anlage sei, dass sie mittels Betonfundamenten errichtet wird. Derzeit nicht zu unterschätzen: „Das Material ist da.“ Die Planung kommt von der Firma Elektroplanung Frey aus Leiblfing (Landkreis Strau-

bing); Inhaber Bernhard Frey sagte beim Termin, der Platz für die Anlage sei optimal ausgenutzt. Auch die Projektleiterin Franziska Kraus war mit dabei. Die wesentlichen Arbeiten, so schätzte sie, werden etwa drei Wochen Zeit brauchen. Von der Kläranlage selbst waren Abwassermeister Konrad Ettengruber und Facharbeiter Korbinian Auhuber mit dabei.

Strom 60 Prozent reduziert

In wenigen Wochen wird es einen weiteren Baubeginn geben – beim Wasserwerk nördlich des Brunnens 1 in der Nähe von Baiern wird ebenfalls eine PV-Anlage, hier mit 250 kWp, errichtet. Von dieser Anlage werden voraussichtlich knapp 50 Prozent der Energie selbst genutzt, während der Rest eingespeist wird. Durch die Anlage wird der Strombezug des Wasserwerks um ungefähr 60 Prozent reduziert. Hierbei dient der Hochbehälter als Speicher; gepumpt wird immer tagsüber, wenn die Sonne scheint. Der Rest der Energie wird aus dem öffentlichen Netz entnommen.

Die Wirtschaftlichkeit beider Projekte wurde vom Institut für Energietechnik an der OTH Amberg-Weiden untersucht, mit dem Ergebnis, dass beide wirtschaftlich sinnvoll sind und unter dem Strich zu finanziellen Einsparungen führen. „Hier ergibt sich ein Vorteil sowohl für die Umwelt als auch den Geldbeutel“, so Reschmeier. □

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Als Landrätin verrete ich den Landkreis Regen. Der Kreis hat derzeit rund 77.300 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich habe mein Amt am 1. Dezember 2017 angetreten, wie jeder bayerische Landrat bin ich hauptamtlich tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen?

Ich war 27 Jahre lang hauptamtliche Bürgermeisterin der Marktgemeinde Teisnach.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Rita Röhr

Landrätin Landkreis Regen

Weil man in der Kommunalpolitik tatsächlich etwas umsetzen kann.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Natürlich durch die üblichen Kurse und Seminare. Das Leben als Kommunalpolitiker bedeutet immer auch, schnelle Entscheidungen treffen zu müssen und das muss man auch können. Dazu ist das Wissen um kommunalrechtliche Zuständigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen unabdingbar erforderlich.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Herausforderungen sind bei allen ländlich geprägten Landkreisen ähnlich. Die Entwicklung ist ja nicht so dramatisch eingetroffen, wie das noch vor einigen Jahren vorausgesagt wurde. Aber wir müssen den demografischen Wandel im Blick haben und alles dafür tun, jungen Menschen bei uns Arbeitsplätze und Wohnmöglichkeiten zu bieten. Die Infrastruktur des Gesundheitswesens ist für Jung und Alt gleichermaßen wichtig.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Natürlich beschäftigt mich, wie wohl alle Landräte, die Pandemie und die Unterbringung der Flüchtlinge sehr. Aber das ist ja nur ein Teil der ständigen Herausforderungen. Das „normale“ Leben steht nicht still. Wie geht es auf dem Land weiter mit der Mobilität und dem Ausbau des ÖPNV, welche Themen müssen wir in



© Tobias Bals

der Kreisentwicklung schwerpunktmäßig bearbeiten. Vor dem Hintergrund eines Krieges nicht weit von uns weg, scheint das alles nicht so wichtig zu sein. Aber die Bevölkerung hat auch ein Anrecht darauf, dass diese Dinge nicht vergessen werden.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Der neue Nahverkehrsplan für den Landkreis, der Neubau der Berufsschule in Regen, die Sanierung der Realschule in Zwiesel, die Fertigstellung der Investitionen am Krankenhaus in Viechtach, die Planung für das neue Krankenhaus in Zwiesel, um nur einiges zu nennen. Die Arbeit geht ganz sicherlich nicht aus und wird auch für meinen Nachfolger noch herausfordernd werden.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Hört den Menschen zu, nehmt ihre Sorgen ernst. Bildet Euch immer eine eigene Meinung und steht dafür ein.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Eine wichtige Runde ist die Abteilungsleiterrunde, sie tagt bei mir im Amt wöchentlich. Ebenso wichtig: Die Gespräche mit den Fachstellen, der Austausch mit den Fraktionssprechern und meinen Stellvertretern im Landkreis.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Der Einfluss wird immer wichtiger. Vor diesem Beschleunigungsprozess, der kein Privatleben zu kennen scheint, müssen wir uns aber auch schützen. Jeder Mensch braucht auch mal seine Auszeit. Und wovor ich immer warne: Vermeintliche Meinungsmacher sind zwar meistens laut, aber nicht immer die Mehrheit.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Zuhören, dann erst sprechen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Am liebsten gar nicht (Scherz). Als Mandatsträger, der immer versucht das Beste für die Menschen zu erreichen. Von dem auch immer alle Ratsuchenden wissen: Sie wird sich kümmern und gleichzeitig akzeptieren, dass man halt nicht immer helfen kann. □

Grenzenlose Zusammenarbeit:

Von der Aufnahme von Geflüchteten bis zur digitalen Infrastruktur

Bezirkstagspräsident Franz Löffler und Regierungspräsident der Oberpfalz, Walter Jonas, im Austausch mit dem neu gewählten Pilsner Hejtmann Rudolf Špoták

Mit einer Vielzahl an Themen im Gepäck reisten Anfang April Bezirkstagspräsident Franz Löffler und Regierungspräsident Walter Jonas zum neu gewählten Präsidenten (Hejtmann) der tschechischen Verwaltungsregion Pilsen Rudolf Špoták. Der 38 Jahre alte tschechische Politiker der Piratenpartei übt das neue Amt seit dem 14. Februar aus und freute sich über den hochkarätigen Besuch aus der Oberpfalz. Hejtmann Špoták hat dabei eine ganz besondere Beziehung zu seinen Nachbarn.

Er lebt mit seiner Familie in Domažlice, das nur knapp 20 Kilometer von Furth im Wald entfernt liegt und hat selbst vier Jahre lang (bis 2016) im Landkreis Cham gearbeitet. Als Landrat des Landkreises Cham freute sich Bezirkstagspräsident Löffler besonders: „Im Gespräch wurde schnell klar, dass Hejtmann Špoták die Themen der Grenzpendler, die den gemeinsamen Wirtschaftsraum leben, aus eigenen Erfahrungen kennt und wir den festen Willen teilen, unseren gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum partnerschaftlich weiterzuentwickeln.“

Regierungspräsident Jonas: „Die Beziehung zu unseren Nachbarn aus Pilsen hat sich in den vergangenen Jahren enorm vertieft und wurde wirtschaftlich aber auch kulturell immer weiter ausgebaut. Diese Zusammenarbeit und das lebendige Miteinander wollen wir auch in Zukunft weiterführen und intensivieren, denn sie bringt für die Bürger auf beiden Seiten der Grenze greifbare Vorteile.“

Auch kulturell gab es schnell Anknüpfungspunkte zwischen den Gesprächspartnern. Als erster Chode in diesem Amt ist Hejtmann Špoták in der Region fest verwurzelt. Die Choden (tschechisch Chodové) sind Angehörige einer tschechischen Volksgruppe, die um die Stadt Domažlice, zwischen Pilsen und der Grenze zur Oberpfalz, zu Nieder-

bayern und dem Egerland, seit dem Hochmittelalter ansässig ist. Ein gutes Fundament für die weiteren Gespräche. So waren sich die Gesprächspartner einig, dass die Partnerschaft zwischen Bayern und der Tschechischen Republik fundamental sei. Besonders die Ukraine-Krise zeige, wie entscheidend es ist, dass die westlichen Länder und Europa noch näher zusammenrücken. Die Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten sei eine gemeinsame Aufgabe.

Infrastruktur ist Verbindungselement

„Ein zentrales Verbindungselement unserer Regionen ist die Infrastruktur“, betonte Bezirkstagspräsident Löffler. Eine Auffassung, die auch von tschechischer Seite geteilt wird. Einigkeit bestand darin, sich für den weiteren Ausbau der Bahninfrastruktur einzusetzen. Wobei die Strecke von Pilsen nach Schwandorf auf der Agenda ganz oben steht. Ein Ziel sei es zudem, den grenzüberschreitenden Öffentlichen Personennahverkehr weiter auszubauen und insbesondere die grenzüberschreitenden Tarifstrukturen noch besser zu vernetzen. Neben der Verkehrsinfrastruktur sei dabei aber auch die digitale Infrastruktur von zentraler Bedeutung für den gemeinsamen Wirtschaftsraum. So solle der Ausbau eines

5G Korridors zwischen München und Prag weiter vorangebracht werden.

Einig waren sich Löffler und Špoták auch beim Thema Atom-müllendlager. Hierfür sei der Bayerische Wald und Böhmerwald/Sumava nicht geeignet und müsse aus der Suche ausgenommen werden. Aufgrund der erfolgreichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst gelte es jetzt als nächste Stufe zu versuchen, auch die Notaufnahmen der Kliniken – etwa von Regensburg bis Pilsen – besser zu vernetzen. So solle in Kürze, wenn eine Notaufnahme überlastet ist, auch die im Nachbarland gelegene Notaufnahme Patientinnen und Patienten aufnehmen können.

Zum Abschluss des Besuchs freuten sich die Gesprächspartner auf eine weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit und eine direkte Kommunikation untereinander. Spätestens bei den Feierlichkeiten zum Jubiläum „20 Jahre Regionalkooperation“ im September dieses Jahres werde man bei gemeinsamen Veranstaltungen in Pilsen die gelebte Partnerschaft zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern feiern. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion: Constanze von Hassel (verantwortlich) Doris Kirchner, Chefin vom Dienst Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter: Sebastian Franz (KPv) Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb: Monika Steer (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-12 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 01.01.2022 Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen: Theresa von Hassel (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise: 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland: € 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften: (Abrechnung über eine Adresse) € 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen: (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung: zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung: Constanze von Hassel

Theresa von Hassel Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen: Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried Paketanschrift: Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11 Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse: 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel Theresa von Hassel Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung: DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Wirtschaftsschule ab Jahrgang 5:

CSU für Modellversuch

„Bildung 4.0“ Thema beim CSU-Bezirksvorstand Mittelfranken

Erlangen. Zur Optimierung des Schul- und Bildungssystems in Bayern spricht sich der Bezirksvorstand der CSU-Mittelfranken für einen Schulversuch aus, wonach ein Übertritt zu Wirtschaftsschulen bereits ab der fünften statt wie bisher ab der sechsten Jahrgangsstufe geprüft werden soll. „Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird gebeten, entsprechende Pilotprojekte auf den Weg bringen“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann.

Der CSU-Bezirksvorstand hatte sich im Rahmen der Sitzung mit dem Schwerpunktthema „Schule und Bildung von morgen“ ausführlich damit beschäftigt und die Entwicklung der Wirtschaftsschulen herausgegriffen. Oberstudiendirektor Gerald Wölfe, Leiter der Städtischen Wirtschaftsschule Erlangen, war Gast der Tagung und sprach von einer Benachteiligung staatlicher Wirtschaftsschulen, nachdem private Träger inzwischen sogar gerichtlich bestätigt bekommen hätten, dass bereits ab der fünften Jahrgangsstufe der Übertritt zur Wirtschaftsschule zu gestatten sei.

„Die Unternehmen benötigen dringend gut ausgebildete Schulabgänger“ und die 73 staatlichen Wirtschaftsschulen in Bayern könnten dies sicherstellen und wollen auch da anfangen, wo andere anfangen können, so Wölfe. Er berichtete von einer engen Verzahnung mit örtlichen großen wie mittelständischen Unternehmen und Betrieben, die gerne auf Schulabgänger von Wirtschaftsschulen zurückgreifen würden. Dies bestätigte auch Studiendirektor Claus Bauer, Leiter der Städtischen Wirtschaftsschule Schwabach, der ebenfalls als Gast an der Sitzung teilnahm.

„Jede Schule ist gleich viel wert“

Die zugeschaltete Schulreferentin der Stadt Nürnberg, Cornelia Trinkl, berichtete von unterschiedlichen Meinungen hierzu und von möglichen Verteilungskämpfen, teilweise werde sogar das Ausbluten der Mittelschulen befürchtet. Sie plädierte für eine Gesamtschau der jeweiligen örtlichen Bildungslandschaft, um dann gemeinsam mit den Kommunen das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Für Landrat Dr. Jürgen Ludwig, Landkreis ist „jede Schule gleich viel wert“ und im Landkreis Ansbach und in der Stadt Ansbach hätten sich die Wirtschaftsschulen bestens bewährt. Die Rektorin einer Grundschule in Gunzenhausen, Ingrid Pappler, stellte allerdings die Frage, ob es sinnvoll sei, 10-Jährige bereits auf berufsvorbereitende Schulen zu schicken.



Bild: Pressestelle Landkreis Cham

Bezirkstagspräsident Franz Löffler (l.) und Regierungspräsident Walter Jonas (r.) im Austausch mit dem neu gewählten Pilsner Hejtmann Rudolf Špoták.

vorbereitende Schulen zu schicken.

Mit dem Abschluss der Mittleren Reife bleibe aber ja bei einer Entscheidung für die Wirtschaftsschule die Durchlässigkeit zu anderen Schularten gewährleistet und Gefährdungen für andere Schulen wurden im Vorstand schon wegen der geringen Schülerzahl bei flexibleren Übertrittsmöglichkeiten und einem früheren Start der Wirtschaftsschule nicht gesehen. Die CSU-Mittelfranken war sich darin einig, dass ein gewisser Schulwettbewerb nicht schade, „Qualität wird sich jeweils durchsetzen“, so der Tenor.

Auch Mittelschulen und die berufliche Bildung müssten ständig an ihrem Profil arbeiten, meinte Cornelia Trinkl. Schule und Bildung seien einem steten Wandel unterworfen und auch die Lehrerbildung müsse sich stets weiterentwickeln. Es gäbe immer wieder neue Herausforderungen, wie nicht nur Corona mit den erforderlichen Maßnahmen und dem Distanz-

unterricht gezeigt habe. Stichwortartig nannte die sie den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, die Inklusion, die Digitalisierung, die strategische Personalplanung, die Demokratiebildung und die Lehrpläne insgesamt.

„Ministerium soll sich Schulversuch öffnen“

„Wo der Sachaufwandsträger dies wünscht, sollte das zuständige Ministerium die bisherige Blockadehaltung aufgeben und sich einem Schulversuch öffnen“, konstatierte der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration. Joachim Herrmann will die Diskussion um eine moderne Schul- und Bildungspolitik fortführen und nach weiteren Beratungen entsprechende Anträge zum CSU-Parteitag stellen und sich mit seinem Ministerkollegen austauschen. „Der Bezirksverband der CSU-Mittelfranken wird beim Thema Bildung nicht lockerlassen“, so Herrmann. pmw



Unser Foto zeigt v.l.: FU-Bezirksvorsitzende Cornelia Griesbeck, CSU-Bezirksgeschäftsführer Werner Stieglitz, CSU-Bezirksvorsitzenden Joachim Herrmann, stellv. Bezirksvorsitzenden Herbert Lindörfer und im Hintergrund die Bundestagsabgeordneten Artur Auernhammer und Tobias Winkler. Bild: pmw



Die Podiumsdiskussion zum Bürgerdialog.

Bild: Landratsamt Dachau

Bürgerdialog im Landkreis Dachau:

Klimaschutz im Landkreis und in den Kommunen

Nach langer Veranstaltungspause öffnete der Bürgerdialog im Landkreis Dachau Ende März wieder seine Türen. Zu dem Thema Klimaschutz in Landkreis und Kommunen hörten Bürgerinnen und Bürger Fachvorträge und konnten sich in einer Podiumsdiskussion beteiligen.

Vor Ort sprachen zu den technischen Aspekten der Energiewirtschaft und des Klimawandels Prof. Dr.-Ing. Michael Sterner, Mitglied des Weltklimarates, sowie Dr. Christian Hofer, RD Bayerischer Landkreistag über die Möglichkeiten und Grenzen der Klima- und Energiewende im Landkreis. Anschließend diskutierten unter anderem Bundestagsabgeordnete Katrin Staffler, Prof. Dr. Michael Sterner, Dr. Christian Hofer, Marcel Fath, 1. Vorsitzender Dachau AGIL, und Dr. Herbert Grenbenc, ehemaliges BMW-Vorstandsmitglied, gemeinsam mit Landrat Stefan Löwl in einer Podiumsdiskussion.

Erstmals fand die Veranstaltung wieder vor Ort in der Realschule in Dachau statt. Um auch Personen zu adressieren, die aufgrund der Vorsicht noch Menschenansammlungen meiden, bot die Wirtschaftsförderung im Landkreis Dachau auch eine online Teilnahme an. Insgesamt nahmen so 70 Bürgerinnen und Bürger teil.

Mehr Klima- als Kriegsflüchtlinge

Schon lange vor dem Krieg in der Ukraine geplant, brachte die aktuelle Situation eine weitere Brisanz in den Klimaschutz. „Die Erde hat Fieber und wir müssen das begrenzen“, leitete Professor für Energiespeicher und Energiesysteme an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg Michael Sterner seinen Vortrag ein. Er ist Mitautor des Weltklimaberichts des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). „Der Temperaturanstieg in Dachau beträgt 2,7 Grad Celsius. Erdöl, Gas und Kohle kosten uns Kopf und Kragen. Es gibt mehr Klima- als Kriegsflüchtlinge. Wenn wir nicht handeln, müssen wir Bayern aufgeben und nach Skandinavien auswandern. Das ist keine Schwarzmalerei!“ Laut Sterner gilt es jetzt zu handeln und mit einfachen Mitteln gegen die Situation zu kämpfen: Mit wärmerer Kleidung im Haus lasse sich die Heizung ein paar Grad zurückstellen und viel Energie sparen. Weniger Fleisch zu essen bringe mehr Anbauflächen für vegetarische Ernährung, was nach dem Ausfall von ukrainischem und russischem Getreide noch sehr wichtig werde. Auch ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen bringe neben größerer Sicherheit vor allem große Einsparungen. Zusätzlich thematisierte er auch die 10H-Regel für den Bau von Windrädern – wie bereits von Wirtschaftsminister Habeck gefordert plädiert auch Sterner für den Fall der Regelung in Bayern. Denn Bayern sei einer der größten Importeure von russischer Energie. Wasserkraft bringe in Bayern nur langfristig eine zielführende Lösung. Stand heu-

te ersetzt ein Hektar Freiflächenphotovoltaik 40 Hektar Maisanbau für Biogasanlagen. Photovoltaik (PV) lohne sich auch für Hausbesitzer. Erneuerbare Energien seien drei- bis viermal günstiger als fossile.

Einschränkungen müssen fallen

Auch Dr. Christian Hofer vom Bayerischen Landkreistag unterstützte die Aussagen des Vorredners. Einschränkungen im Kommunalrecht müssten zeitnah zugunsten des Klimaschutzes und -wandels fallen. Klimaschutz und Energiesicherheit sind ein Grundrecht! Vor allem müssen Engpässe beim Anschluss von Energieerzeugungsanlagen ans Stromnetz weichen. Gefordert sind hier alle politischen Instanzen, von der

EU bis hin zu kommunalen Entscheidungsträgern.

In der anschließenden Podiumsdiskussion brachten Bürgerinnen und Bürger ihre persönlichen Erfahrungen ein. So erzählte Heinrich Bömeke, wie es ihm in einer finanziellen Notsituation gelungen ist, ganz viel Energie zu sparen. Zahlreiche Hindernisse beim Klimaschutz kamen ebenfalls zur Sprache. Das sind zum Beispiel Verbote von PV-Anlagen wegen Denkmalschutz sowie lange Bearbeitungszeiten der Energieversorger bei Anfragen und Anträgen. Der Preisträger des Energiepreises 2021 des Landkreises Dachau, Wilhelm Kirchsteiner, führte auch die fehlenden Handwerker an, die die Projekte umsetzen könnten. Hier seien Veränderungen in der Bildungspolitik nötig. Die Diskussion zeigte einmal mehr, zum Klimaschutz sind alle nötig: die Politik muss die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und Unternehmen, Bürger, und Bürgerinnen müssen sich aktiv einbringen. □

Trauer in der kommunalen Familie:

Altlandrat Heinrich Frey verstorben

Die große kommunale Familie in Bayern trauert um Starnbergs Altlandrat Heinrich Frey. „Mit Heinrich Frey verlieren wir einen lieben Menschen, der sich seit vielen Jahrzehnten für die Menschen ... mit ganzem Herzblut eingesetzt hat. Er hat durch seine Zielstrebigkeit und seine menschliche Art kommunalpolitisch viel erreicht. In vielen Bereichen war er mir ein Vorbild und sehr geschätzter Wegbegleiter. Unser aller Mitgefühl gilt seiner ganzen Familie“, würdigt sein unmittelbarer Nachfolger, Altlandrat Karl Roth, den Vater des heutigen Landrats, Stefan Frey.

Der Verstorbene war in der kommunalen Szene geschätzt und beliebt seit er im Finanzministerium das Thema Kommunal Finanzen verantwortete. Seine berufliche Reputation führte ihn anschließend als Direktor – erneut zuständig für die kommunalen Finanzen – in die Bayerische Landesbank. Von 1996 bis 2008 war er schließlich Landrat des Landkreises Starnberg. Seine kommunalpolitische Laufbahn begann er 1977 als Kreisvorsitzender der CSU. Im Jahr darauf wurde Frey in den Kreistag gewählt. Von 1985 bis 1987 war er Stellvertreter Landrat, ab 1990 Fraktionsvorsitzender seiner Partei. In Landesvorstand und Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) war der kompetente Rat des ausgewiesenen Fachmanns über Jahrzehnte hoch geschätzt.

In all den Jahren war Frey für eine Vielzahl von Projekten verantwortlich. So legte er durch Umstrukturierung, Sanierung und Überführung des Kreiskrankenhauses in eine GmbH den Grundstein für eine gesicherte Gesundheitsversorgung und das Erfolgsmodell der Starnberger Kliniken. Solide Kommunal Finanzen waren Heinrich Frey stets wichtig.

Nicht nur in der Bevölkerung, auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in seinem jeweiligen Wirkungskreis war Heinrich Frey sehr geschätzt. Sein Landratsamt war für ihn immer ein Dienstleistungs- und Servicezentrum für alle Bürgerinnen und Bürger. Deshalb hat er sich fortlaufend um die Modernisierung der Verwaltung gekümmert und 2005 die neue Bürgerservice-Einrichtung eröffnet.

Heinrich Frey sagte einmal über sich selbst: „Ich sehe mich als einen Kommunalpolitiker, der auf der Grundlage des politischen Programms, aber stets ohne ideologische Scheuklappen bestrebt ist, pragmatische und realisierbare Entscheidungen zu treffen.“ Ganz nach diesem Leitgedanken hat er die Geschicke des Landkreises gelenkt. Für seinen unermüdbaren Einsatz erhielt er 2013 das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland; 2014 wurde ihm vom Kreistag der Titel des Altlandrats verliehen.

Die Beerdigung auf dem Friedhof bei der Kirche St. Josef in Starnberg sei für die Woche nach Ostern vorgesehen, sagte Stefan Frey. „Alle, die das Bedürfnis haben zu kommen, sind eingeladen.“ Wer Heinrich Frey kannte, denkt an einen klugen, sportlichen, charmanten und mit hintergründigem Witz ausgestatteten Mann. Er wird uns allen in dankbarer Erinnerung bleiben. □

GZ PINOS WELT

In Bayern ist es ja schon seit geraumer Zeit möglich: Gesetze werden durch das Einstellen in das elektronische Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt gemacht, Verwaltungsvorschriften im Bayerischen Ministerialblatt. Jetzt ist es auch bald im Bund soweit: Das elektronische Bundesgesetzblatt kommt ab 2023 und wird, so das stolze



Bundesjustizministerium, künftig Tonnen an Papier einsparen, auf das bisher das Bundesgesetzblatt ganz analog gedruckt wurde. Wow.

Aber die Fortschrittskoalition, als die die Ampel angetreten ist, lässt es nicht dabei bewenden. Es werden weitere, innovative Wege der Rechtssetzung beschritten. Verwaltungsanordnungen werden neuerdings in Talkshows verkündet – so Gesundheitsminister Lauterbach bei Markus Lanz – oder – ebenso Lauterbach – via Twitter im Zeitfenster zwi-

antwortungsbewussten Menschen unterziehen. Niemand weiß, wie viele Infizierte sich trotz behördlicher Anordnung mangels Kontrolle nicht daran halten und spazieren gehen, einkaufen oder ihrer Arbeit nachkommen. Schließlich steht es den Leuten ja nicht auf die Stirn geschrieben, dass sie infiziert sind. Diese Praxis der eigentlich freiwilligen Iso-

lation sollte also zur Rechtslage erhoben werden, womit im Übrigen Tonnen von Papier gespart werden können (ein guter Mensch, der für mich immer Katzenleckerlis im Schrank hat, erhielt bei seiner Infektion einen zehnteiligen Brief!).

Aber weil dies nach der Freiwilligkeit des Maskentragens im Supermarkt und der Freiwilligkeit des Hustens in die Armbeuge schon die dritte Freiwilligkeit innerhalb weniger Tage bedeutet hätte, war das Erschrecken bei denjenigen groß, die der festen Überzeugung sind, dass man Deutsche strenger an die Kandare nehmen muss als Briten, Franzosen oder Skandinavier. Deutschland ohne Gebote, Verbote oder Anordnungen? Undenkbar!

Und weil die Zumutung der individuellen Freiheit und Verantwortung so zur unmittelbaren Todesgefahr für (ja für wen denn?) wurde, musste das Ganze schnell via ZDF und Kurznachrichtendienst eingefangen werden.

Ups, war ich jetzt zu libertär? Das kommt wohl daher, dass ich als freiheitsliebende und unabhängige Katze es auf den Tod nicht ausstehen kann, wenn Vorschriften erlassen werden oder an ihnen festgehalten wird, obwohl man sie nicht (mehr) braucht und/oder nicht kontrollieren kann.

Ich hab mal bei zwei großen Verfechtern von Freiheit der Nachkriegszeit nachgelesen, was sie uns heute vielleicht sagen würden. Zum einen beim Liberalen Karl-Hermann Flach: „Freiheit bedeutet für uns nicht Disziplinlosigkeit, sondern Pflicht“, zum anderen bei einem der Väter unseres Gesellschaftsmodells, Ludwig Erhard: „Freiheit ohne Ordnung treibt nur zu leicht ins Chaotische und Ordnung ohne Freiheit überantwortet uns dem Zwang“. Was uns nicht widerfahren darf, ist, dass die Prophezeiung von Albert Camus eintritt: „Der Wille zur Freiheit wurde durch den Willen zur Herrschaft ersetzt.“

Kreative Wege der Rechtsetzung

schen 2 und 3 Uhr morgens. Bedenklich daran ist zwar, dass Menschen mit Einschlafproblemen bzw. nächtlichem Harndrang dann immer einen Informationsvorsprung haben, aber das muss hingenommen werden.

Gut, der erste Testlauf der künftigen Verkündungswege hat nicht optimal geklappt, aber das lag wohl auch am Inhalt. Ursprünglich hatten die Gesundheitsminister des Bundes und der Länder vereinbart, die rechtliche Einordnung der Isolation von mit COVID-19 infizierten Menschen an die tatsächliche Praxis anzugleichen. Die sieht ja so aus, dass eine fünf-, sieben- oder zehntägige (trotz aufmerksamer Zeitungslektüre ist es mir nicht gelungen herauszufinden, welcher Zeitraum gerade für welche Personengruppe gilt) Pflicht zur häuslichen Isolation zwar ausgesprochen und regelmäßig nach Ende des Zeitraums auch durch die Zustellung eines entsprechenden Verwaltungsbescheides mit Strafandrohung bekräftigt, aber de facto nicht kontrolliert wird. Wer sollte dies auch tun.

Mangels Kontrolle ist also eine solche Isolation in Wahrheit eine freiwillige Isolation, derer sich die vernünftigen, einsichtigen und ver-

Ihr Pino

Klimaschutz praktisch erleben

Klimaschutzprojekt der Klima- und Energieagentur in Bamberg

Die Klima- und Energieagentur führt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Umwelt-Aktion e.V. zum wiederholten Mal Projekte in den Grund- und Förderschulen durch. Die Deutsche Umwelt-Aktion e. V. ist ein gemeinnütziger Verein, der seit über 60 Jahren das Thema Naturschutz den Kindergärten- und Schulen näher bringt. Eine essentielle Arbeit, die die Klima- und Energieagentur gerne unterstützt.

Durch die positive Rückmeldung der Schulen wurde die Zusammenarbeit dieses Jahr ausgeweitet. Erfreulicherweise konnten sich in diesem Jahr neben den 3. auch die 4. Klassen für die Teilnahme am Projekt bewerben. Die Schülerinnen und Schüler haben bei diesem Projekt die Möglichkeit, sich klimaspezifische Themen praxisnah zu erarbeiten.

Das Thema Klimaschutz wird auch in der Ferdinand-Dietz-

Grund- und Mittelschule Memmelsdorf groß geschrieben. Die 3. Klassen befassen sich mit dem Thema „Energie erleben und verstehen“. Innerhalb von zwei Schulstunden lernen die Schüler, welche Möglichkeiten es gibt, umweltfreundlich Strom zu erzeugen. Zudem erkennen sie, dass sie sorgfältig mit Energie umgehen müssen, um den Klimawandel nicht zu verstärken und somit die Umwelt zu schützen.

Die spannenden Fragestellungen werden praktisch an kleinen Arbeitsstationen erarbeitet.

Fleißige Schüler

Die aktive Einbindung der Schülerinnen und Schüler in das Projekt sorgt für entsprechende Motivation, Interesse und eine unmittelbare Erfahrung. Beste Voraussetzungen für einen nachhaltigen Lernprozess. Hiervon überzeugten sich auch Landrat Johann Kalb, Landkreisleiter Gerd Schneider, Gemeinde Memmelsdorf. Sie besuchten die Schule, um das Engagement der Schülerinnen und Schüler zu würdigen. „Der selbstverständliche Einsatz der Kleinsten für unser Klima ist beeindruckend und ein wichtiger Impuls für unsere Gesellschaft“, betonte Landrat Johann Kalb.

Projekte der Klima- und Energieagentur: www.klimaallianz-bamberg.de. □



Der Kreisvorsitzende der KPV – Kommunalpolitische Vereinigung der CSU im Landkreis München, Bürgermeister Maximilian Bötl (Gemeinde Kirchheim bei München) ließ sich gemeinsam mit Nevio Zuber, Matthias Ruhdorfer und Brigitte Weinzierl im neuen Gymnasium der Gemeinde Unterföhring von Schulleiterin Betina Mäusel und Pascal Rausch die IT-Ausstattung vorführen. „Beeindruckend, nutzerfreundlich und durchdacht“, lobte Bötl und ergänzte: „Wir brauchen eine viel bessere IT und die zugehörigen personellen Ressourcen für alle Schulzweige! Die Trennung in technische und pädagogische IT-Betreuung bei Kommunen/Zweckverbänden und Schulen ist nicht mehr zeitgemäß.“ Das Bild zeigt v.l.: Pascal Rausch, Nevio Zuber, Alexander Mayer, Betina Mäusel, Maximilian Bötl, Brigitte Weinzierl und Matthias Ruhdorfer.

Bild: Gemeinde Kirchheim

RGRE-Delegiertenversammlung in Hannover:

Kommunaler Friedensappell verabschiedet

Ganz im Zeichen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine stand die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) in Hannover, an der rund 300 Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus der gesamten Bundesrepublik teilnahmen. „Die deutschen Kommunen stehen fest an der Seite ihrer ukrainischen Partner und werden sie unterstützen“, so der scheidende RGRE-Präsident und Oberbürgermeister von Karlsruhe, Dr. Frank Mentrup.

Die ungeteilte und vollständige Solidarität der deutschen Städte, Landkreise und Gemeinden mit den Kommunen in der Ukraine betonte auch seine Nachfolgerin, Bürgermeisterin Christiane Horsch von der Verbandsgemeinde Schweich an der Römischen Weinstraße, die nach der Delegiertenversammlung vom neuen Präsidium einstimmig an die Spitze des Verbandes gewählt wurde.

Nach einer bewegenden Rede per Videozuschaltung des Stellvertretenden Ministers für europäische Integration, Ihor Korkhovi, verabschiedeten die De-

legierten einen „Kommunalen Friedensappell“. Darin wird das sofortige Ende des Krieges, der Abzug aller russischen Truppen und ihrer Verbündeten, die uneingeschränkte Wiederherstellung der vollständigen territorialen Souveränität der Ukraine sowie die Zahlungen von Reparationsleistungen für die entstandenen Kriegsschäden an die Ukraine gefordert. Entführte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssten sofort freigelassen werden.

„Die vielen Vertriebenen gut unterzubringen, zu versorgen, ihnen beizustehen und ihnen nach-

der Flucht Halt zu geben, ist den Städten, Landkreisen und Gemeinden eine selbstverständliche humanitäre Verpflichtung“, heißt es weiter. „Wir unternehmen gemeinsam mit vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern alles, um ein erstes Ankommen, auch die Betreuung der Kinder, eine Arbeitsaufnahme und das Erlangen von Kenntnissen der deutschen Sprache zu ermöglichen. Die große Hilfsbereitschaft im Hinblick auf Hilfsleistungen, Spenden und die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine erfüllt uns mit Dankbarkeit gegenüber allen Unterstützerinnen und Unterstützern. Gleichzeitig brauchen die Kommunen finanzielle und logistische Hilfe von Seiten der Bundesregierung und den Landesregierungen, um diese Herausforderungen zu meistern.“

Kommunalpartnerschaften

Man stehe an der Seite der ukrainischen Kommunen, so der RGRE. „Wir wollen das Netz von deutsch-ukrainischen Kommunalpartnerschaften stärken. Daher rufen wir deutsche Kommunen auf, für die Zukunft Partnerschaften mit ukrainischen Kommunen zu erwägen. Wir ap-

pellieren an die russischen Kommunen, sich mit uns gemeinsam für den Frieden einzusetzen.“

Der Krieg in der Ukraine zeige die Bedeutung der EU als Wertegemeinschaft auf und verdeutliche, wie wichtig eine starke, funktionierende Zivilgesellschaft ist. Diese sollte auch im Mittelpunkt europäischer Förderung stehen. „Als Kommunen werden wir unseren Beitrag zur Stärkung der europäischen Werte und zur Weiterentwicklung einer rechtsbasierten, offenen und demokratischen Gesellschaft leisten.“

EU und Bundesregierung werden aufgefordert, alle Möglichkeiten für ein schnelles Aufnahmeverfahren der Ukraine in die EU auszuschöpfen und dem Land schnellstmöglich zumindest den Status eines Beitrittskandidaten zu ermöglichen. „Gleichzeitig erwarten wir, dass die Europäische Union in noch stärkerem Maße die Ukraine humanitär und wirtschaftlich unterstützt.“ Mit seiner beeindruckenden Haltung werde das Land „ein großer Gewinn für die Europäische Union“ sein, betont der Rat der der Gemeinden und Regionen.

Unter dem Motto „Europas Zusammenhalt = Europas Zukunft“ wurde ein abwechslungsreiches Programm mit engagierten Vorträgen, spannenden Workshops, angeregten Diskussionen und einem interessanten Austausch mit Kommunalvertretern zusammengestellt. Workshops widmeten sich den Themen „Kommunale Partnerschaften: Basis des

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage des Bayerischen Bauindustrieverbands e.V. bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Zusammenhalts“, „Europa mit den beiden Bürgermeisterinnen Maria Weber (Stammham) und Kathrin Alte (Anzing) betraut und eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Es gibt aktuell 204 Bürgermeisterinnen in ganz Bayern. Das sind weniger als 10 Prozent aller Bürgermeister. Diese niedrige Zahl der Bürgermeisterinnen bleibt ganz besonders bei der CSU ein Thema. Maria Weber: „Momentan sind wir zwölf Kolleginnen, die der CSU angehören, im ganzen Regierungsbezirk!“. Ilse Aigner hat bei der Arbeitsgruppe ein Konzeptpapier beauftragt, das Vorschläge und Handlungsempfehlungen enthalten soll. „Wir haben schon viele gute Vorschläge gesammelt, wie den Ausbau der Mentoring-Programme oder eine parteiübergreifende Image-Kampagne für diese Aufgabe. Das werden wir gerne aufgreifen“, sagt Bürgermeisterin Kathrin Alte. Eine Idee der Bürgermeisterinnen ist auch, die Vernetzung und den Austausch untereinander zu verbessern. So trafen sich Weber (r.) und Alte (2.v.l.) mit ihren Kolleginnen Dr. Brigitte Kössinger aus Gauting (l.) und Claudia Forster aus Denkendorf (3.v.l.) kürzlich in Anzing. Weitere Treffen und die Abstimmung des Vorschläge sollen folgen.



Wie gewinnt man Frauen für die Kommunalpolitik? Wie kann das Besondere am Job der Bürgermeisterin besser verkauft werden? Mit dieser „Daueraufgabe“ für die Kommunalpolitik hat die oberbayerische CSU-Bezirksvorsitzende und Landtagspräsidentin Ilse Aigner die beiden Bürgermeisterinnen Maria Weber (Stammham) und Kathrin Alte (Anzing) betraut und eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Es gibt aktuell 204 Bürgermeisterinnen in ganz Bayern. Das sind weniger als 10 Prozent aller Bürgermeister. Diese niedrige Zahl der Bürgermeisterinnen bleibt ganz besonders bei der CSU ein Thema. Maria Weber: „Momentan sind wir zwölf Kolleginnen, die der CSU angehören, im ganzen Regierungsbezirk!“. Ilse Aigner hat bei der Arbeitsgruppe ein Konzeptpapier beauftragt, das Vorschläge und Handlungsempfehlungen enthalten soll. „Wir haben schon viele gute Vorschläge gesammelt, wie den Ausbau der Mentoring-Programme oder eine parteiübergreifende Image-Kampagne für diese Aufgabe. Das werden wir gerne aufgreifen“, sagt Bürgermeisterin Kathrin Alte. Eine Idee der Bürgermeisterinnen ist auch, die Vernetzung und den Austausch untereinander zu verbessern. So trafen sich Weber (r.) und Alte (2.v.l.) mit ihren Kolleginnen Dr. Brigitte Kössinger aus Gauting (l.) und Claudia Forster aus Denkendorf (3.v.l.) kürzlich in Anzing. Weitere Treffen und die Abstimmung des Vorschläge sollen folgen.

Bild: Gemeinde Anzing

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etsch.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Martha Müller · 0711/900357-72 · windimwald@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84099 Schlierling
Tel. 09451 9313-0 · www.fahrenn-koessinger.de

Fahren
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Glasfaserausbau

UG
Unternehmens-
Glasfaser
powered by Allianz

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.
Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten für 2022 sichern unter: **0800 410 1 410 111**
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas
INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSCHUTZ

Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit.
Tel.: 0871 205494-0 oder vertrieb@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de **schweitzer**
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de **KFB**

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ein Schritt der Energiepreiserhöhung voraus

Betriebskostenkontrolle für Ihre Lüftungsanlagen

- Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- Maximale Hygiene - keim- u. schadstoffübertragungsfrei
- Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de **SEW®**

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Nicht nur der Bau – auch viele andere Branchen sind betroffen

Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und andere Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften sind aber keine Probleme, die nur die Bauwirtschaft hat. Viele andere Branchen sind ebenso davon betroffen.

Bundesweite Bündnisse gegen Schwarzarbeit

Gemeinsam mit den Zollbehörden haben Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften der besonders betroffenen Wirtschaftszweige Bündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung geschlossen. Diese gibt es mittlerweile auch in den Ländern.

Die Bündnisse gegen Schwarzarbeit in der Bauwirtschaft werden zusammen mit dem Zoll gemeinsam getragen von den Verbänden der Bauindustrie, des Baugewerbes und der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt.



Ist der Bau besonders betroffen?

Der Öffentlichkeit wird gerne der Eindruck vermittelt, der Bau sei besonders von der Schwarzarbeit betroffen. Das entspricht aber so nicht den Fakten. Mehrere Faktoren kommen hier zusammen: Die Bauwirtschaft ist einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige, sie verantwortet die Infrastruktur und damit den Wohlstand unserer Gesellschaft. Bauunternehmen und Baustellen sind überall zu finden. Viele Baustellen sind öffentlich sichtbar oder sogar zugänglich. Schon alleine deswegen ist davon auszugehen, dass auf die Bauwirtschaft und ihre Baustellen zahlenmäßig viele Kontrollen entfallen, die zudem oftmals vor den Augen der Öffentlichkeit stattfinden.

Wenn man diesen Mengeneffekt berücksichtigt, ergibt sich ein ganz anderes Bild:

Im Verhältnis zu ihrer Größe und wirtschaftlichen Bedeutung ist die Bauwirtschaft von der Schwarzarbeit eher weniger betroffen.

Wer ist überhaupt ein Bauunternehmer?

Es kommt noch hinzu, dass in diesen und ähnlichen Fällen des Öfteren von „Bauunternehmern“ die Rede ist, obwohl es in Wirklichkeit keine sind. Gerne werden dann viele Unternehmer oder Investoren aus der Immobilien- oder der Finanzbranche als „Bauunternehmer“ tituliert, auch wenn sie in Wahrheit bestenfalls ihr Geld in Bauwerken anlegen oder Transaktionen mit Immobilien durchführen. Von einer eigenen Bautätigkeit kann da aber keine Rede sein.

„Bauunternehmer“ nennen sich auch viele, die es nicht sind.

Fatal daran ist aber, dass so das Bild der Bauwirtschaft und das Ansehen der Bauunternehmer in der Öffentlichkeit beschädigt wird.

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

Oberanger 32
80331 München
Telefon +49 89 235003-0
Fax +49 89 235003-70
info@bauindustrie-bayern.de
www.bauindustrie-bayern.de

Stand: März 2022

BAU INDUSTRIE
Bayern

VERANT- WORTUNG

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

Die Bauindustrie übernimmt Verantwortung

für ihre Partner und setzt sich für
geordnete Bedingungen am Bau ein

Hochkomplexe Anforderungen prägen das moderne Bauen

Heutiges industrielles Bauen erfordert die Zusammenarbeit sehr vieler Partner auf der Baustelle. Viele dieser Nachunternehmer und Lieferanten sind selbst Spezialisten, ohne deren Fähigkeiten ein modernes Bauwerk nicht erstellt werden könnte. Ähnliche Strukturen des Zusammenwirkens vieler Partner gibt es auch in anderen Branchen, aber die Zusammenarbeit am Bau weist eine Besonderheit auf: Während in vielen anderen – stationären – Branchen diese Netzwerke meistens längerfristig bestehen und daher entsprechend optimiert sind, erfordern die immer komplexeren Baustellen von heute eine maßgeschneiderte Zusammenarbeit nationaler und internationaler Bauspezialisten. So wie jedes Bauwerk ein Unikat ist, so ist es auch die dafür erforderliche Koordination aller am Bauen beteiligten Partner. Die Art des Bauwerks, das Gelände und die Bodenbeschaffenheit, die Witterung sowie die Anforderungen der Auftraggeber sorgen dafür, dass keine Baustelle der anderen gleicht. Natürlich wird der Hauptunternehmer so weit wie möglich mit den bewährten Partnern zusammenarbeiten, die er kennt und denen er vertraut. Allerdings sind wegen der Besonderheit jedes Bauwerks und damit jeder Baustelle fast immer neue Baupartner erforderlich. Und jedes Mal gilt es, die Baustelle jeweils neu genau dort zu errichten, wo gebaut werden soll: Die Bauindustrie kann man daher auch als „Industrie wandernder Fabriken“ kennzeichnen.

Die Herausforderung stellt sich dann so dar: Immer steht ein hochkomplexes, zugleich einzigartiges Netzwerk von Baupartnern vor einer neuen und ebenfalls einzigartigen Bauaufgabe – an einem jeweils neuen Ort – der Baustelle.



Jeder Hauptunternehmer haftet umfassend für die Nachunternehmer

Die Beauftragung eines Nachunternehmers überträgt einen Teil der Bauaufgabe vom Hauptunternehmer auf diesen. Damit wird aber nicht die Verantwortung abgegeben. Im Gegenteil, jeder Auftraggeber in der Wertschöpfungskette haftet für alle nachfolgenden Partner – und zwar ohne eigenes Verschulden – dafür, dass diese die Mindestlöhne und die Sozialabgaben entrichten. Aus dieser Haftung kann er sich nicht befreien.

Aus eigenem Interesse wird daher ein seriöser Hauptauftragnehmer nur ihm ebenfalls als seriös erscheinende Nachunternehmer beauftragen.

Nachunternehmer sind Spezialisten

Nachunternehmer werden von der Bauindustrie aus verschiedenen Gründen eingeschaltet. Dazu zählt auch die flexible Beschaffung personeller Kapazitäten. Viele Nachunternehmer sind hochkompetente Spezialisten aus dem In- und Ausland. Ohne deren Spezialkenntnisse wären viele Bauwerke überhaupt nicht in der geforderten Qualität und der zugesagten Bauzeit erstellbar.

Die Mindestlöhne Bau: früher eingeführt und höher als der Gesetzliche Mindestlohn

Den Bau-Mindestlohn gibt es seit mehr als zwei Jahrzehnten und somit viel länger als den Gesetzlichen Mindestlohn, den es in Deutschland erst seit 1. Januar 2015 gibt. Der Bau hat zwei Mindestlöhne. Bereits der untere, der Mindestlohn 1 (derzeit in Westdeutschland 12,85 Euro) liegt deutlich über dem Gesetzlichen Mindestlohn (derzeit: 9,82 Euro). Der Bau-Mindestlohn 2 beträgt derzeit 15,70 Euro (in Westdeutschland).

Der Bau-Mindestlohn ist allgemein verbindlich: Er gilt, wie ein Gesetz, für alle Bauunternehmen und alle Baubeschäftigten.

Ordnungsfunktion des Tarifvertrags

Damit der Wettbewerb am Baumarkt zu einem Ringen um das qualitativ beste Angebot wird und nicht in einen unproduktiven Wettlauf um den billigsten Lohn ausartet, bekennen sich alle Bauindustriunternehmen, die Mitglied des Bayerischen Bauindustrieverbandes (oder eines anderen bauindustriellen Landesverbandes) sind, zum Tarifvertrag.

Der Tarifvertrag regelt die Mindestentgelte und Ausbildungsvergütungen im Bauhauptgewerbe. Selbstverständlich kann jederzeit nach oben abgewichen, also mehr bezahlt werden.

Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein

Jeder Mindestlohn muss aber auch kontrolliert werden, sonst wäre der ehrliche Unternehmer, der ihn einhält, sehr schnell der Dumme. Er hätte praktisch keine Chance mehr auf einen neuen Bauauftrag. Bekanntlich werden die meisten öffentlichen Bauaufträge an den Bieter mit dem niedrigsten Kostenangebot vergeben.

Und der größte Hebel bei den Kosten sind nun einmal die Lohnkosten. Einerseits weil der Lohnanteil am Bau immer noch beträchtlich ist, andererseits aber auch, weil viele andere Kostenarten wie Materialpreise, Energiekosten, etc. im Prinzip für alle gleich sind.

